

# NEUE ZEIT

FEBRUAR 1980

8



Datum

Unterschrift des Leiters

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus  
— Hauptbibliothek —  
75 Cottbus, Dürmer Str. 13/14  
Fernruf 24 305

**24. Februar-  
Wahlen  
zu den Sowjets**





## SOWJETUNION IM BILD

Die ASSR der Komi im Norden der Sowjetunion hat eine rauhe, aber schöne Natur: weiße Nächte, Polarlicht, Taiga, Tundra, soweit das Auge reicht, die Petschora, wo im Ufergebirge Zedern wachsen, Sumpfland...

Die Taiga-Siedlung Timan liegt mitten in der Autono-

men Republik, weitab von allen Großstädten. In Timan leben vorläufig Geologen einer Forschungsexpedition, die nach Bauxitvorkommen suchen. Bis zur nächsten Stadt Uchta führt über das sumpflige Land eine nur im Winter befahrbare 240 km lange Straße. Die Geologen aber bauen wie immer zunächst einmal ihren Aufenthaltsort aus, z. B. halfen sie dem dortigen Sowjet, ein kleines Flugfeld und einen Sportsaal bei der Schule zu bauen. Wer weiß, vielleicht wird sich der Flecken mitten in der Taiga zu einem Industriezentrum entwickeln?



Bohrmeister Alexander Panfilow  
mit Brigade

Eine Attraktion, die man  
in einer Großstadt nicht erlebt.

Wie ist der Fund!

Fotos: W. Wolkow



Abendstimmung

Geologin  
N. Timoschkina

Die ganze  
Familie ist  
beisammen





## DEN „MAGNETSTÜRMEN“ ZUM TROTZ

Es gibt verschiedene Eskalationen: militärische, politische, psychologische. Vor nicht allzu langer Zeit war die Welt Zeuge einer militärischen: Die US-Regierung forcierte mit Methode und Vorbedacht die Aggressionsakte gegen das sozialistische Vietnam. Der Krieg begann mit einer Lappalie, mit dem vorfabrizierten „Zwischenfall“ in der Tonking-Bai — und schwoll zu einer Massendezimierung der Zivilbevölkerung, zu schonungslosen Bombenangriffen auf Städte und Dörfer an. Jetzt weiß man, daß die Menschheit nur ein Schritt von einer thermonuklearen Katastrophe trennte, in die das Pentagon sie zu stürzen drohte.

Jetzt übt sich Washington in einer politischen und psychologischen Eskalation. Mit jedem Tag wird die antisowjetische Hysterie, mit der die Konsumenten der westlichen Massenmedien verdummt werden sollen, eifriger geschürt. Zugleich arbeitet man im Pentagon an allerlei Plänen für eine militärische Eskalation.

Doch bei aller Verschiedenheit der damaligen und der jetzigen Situation haben sie doch etwas Gemeinsames. Was hinderte Washington daran, in Vietnam die „Gefahrenmauer“ zu überschreiten, und was wirkt in der jetzigen kritischen Situation stabilisierend?

Es war die Macht und die Gewißheit der sozialistischen Länder, daß ihre Sache die gerechte Sache ist, die den Amerikanern in Südostasien einen Strich durch die Rechnung gemacht haben. Heute kann man sich nur schwer vorstellen, welche Folgen die Ausführung ihres Vorhabens gehabt hätte. Dann hätte sich die ganze Region in einen amerikanisch-chinesischen Bereitstellungsbereich verwandelt, von dem aus der Weg zu neuen Abenteuern freigelegt hätte.

Fahren wir fort: In welcher Lage wäre die Welt heute, wenn sie jener politischen und psychologischen Eskalation der internationalen Spannungen preisgegeben wäre, die von Washington ausgeht? Eigentlich hat die Geschichte das schon beantwortet: Die Eskalation der Aggression Hitlers von 1938 und 1939 wurde nicht zum Stillstand gebracht, denn damals war die sozialistische Außenpolitik so gut wie isoliert. Wäre jetzt alles wie in den 30er Jahren, was könnte Washington in den 80er Jahren daran hindern, mit der iranischen Revolution oder mit der Aprilrevolution in Afghanistan kurzen Prozeß zu machen?

Die Außenpolitik der sozialistischen Länder ist nicht nur ein Hindernis für Abenteurer. Sie ist ständig darauf ausgerichtet, konstruktive Möglichkeiten zur Erhöhung der internationalen Sicherheit ausfindig zu machen. Natürlich liegt uns der Gedanke fern, daß friedensfördernde außenpolitische Schritte ganz dem Sozialismus vorbehalten seien. Die Geschehnisse der letzten Jahrzehnte haben bewiesen, daß die sozialistische Diplomatie allen realistischen Tendenzen im Westen aufgeschlossen ist. Das beweist der Erfolg der KSZE in Helsinki, der des SALT-1-Vertrags und vieler anderer Übereinkünfte. Bei der politischen Hysterie, die jetzt von Washington aufgepeitscht wird, haben die Realisten im Westen aber keinen ganz leichten Stand. In dieser Situation tut besonders ein Kristallisationspunkt für alle gesunden und vernünftigen Tendenzen not.

In seiner Warschauer Rede stellte Michail Suslow mit vollem Recht fest: „Wir können stolz sagen, daß in den für die Menschheit alarmierendsten Tagen, als der weltpolitische Horizont von Wolken verhangen war, die feste und vernünftige Stellungnahme unseres sozialistischen Bündnisses geholfen hat, der Unvernunft Einhalt zu gebieten, und die Aussicht auf eine Normalisierung der Lage geboten hat.“ Diese Rolle der sozialistischen Gemeinschaft ist heute besonders wertvoll. Ebenfalls in Warschau wurde eine neue wichtige Initiative ergriffen: Alle Staaten, die an der KSZE teilnahmen, sind zu einer Konferenz über die militärische Entspannung und über die Abrüstung in die Hauptstadt Polens eingeladen worden.

In der jetzigen unruhigen Zeit setzen die sozialistischen Länder alles daran, der Unvernunft der Imperialisten Einhalt zu gebieten. Zu diesem Zweck machen Vertreter der sozialistischen Länder zahlreiche Besuche im Ausland. Das Leitmotiv in den Reden, die die sowjetischen Spitzenpolitiker jetzt, in der Schlußphase der Wahlkampagne, vor den sowjetischen Wählern halten, lautet, daß die Entspannung aufrechterhalten und ausgedehnt werden muß.

Die Tatsache, daß die einhellige Politik der sozialistischen Länder grundsätzlich und entschieden auf die Ideale des Weltfriedens abgestellt ist, trägt zur Festigung der Entspannungen als ausschlaggebender Tendenz der jetzigen Entwicklung bei.

In der Welt toben jetzt „Magnetstürme“, die von den Widersachern der Entspannung ausgelöst worden sind. Mit den Spannungen, die sie hervorrufen, sollen sie die Menschheit vom richtigen Kurs abbringen. Die sozialistische Diplomatie hat jedoch einen zuverlässigen Kompaß, der unentwegt die Hauptrichtung anzeigt: die Richtung auf den Frieden und die Sicherheit der Völker.



# NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 8 FEBRUAR 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

## IN DIESEM HEFT:

Den „Magnetstürmen“ zum Trotz . . . . .	1
A. Uswatow — UdSSR—Indien. Vertrauen und Verständnis . . . . .	5
A. Simin — Polen. Höchstes Forum der Kommunisten . . . . .	6
D. Wolski — Mittlerer Osten. Künstliche Doktrin, reale Gefahr . . . . .	6
W. Kusnezow — USA—Westeuropa. Zwei gefährliche Tendenzen . . . . .	8
J. Korschunow — Libanon. Triebfedern der Aggression . . . . .	10
W. Leonidow — Ägypten. Kapitulationen am laufenden Band . . . . .	10
T. Shiwwow — Unser Kurs — Vertiefung der Entspannung . . . . .	12
R. Tutschnin — El Salvador. Polarisierung . . . . .	14
Notizen ♦ Glossen . . . . .	16
F. Gorjunow — Alltag eines örtlichen Sowjets (Reportage) . . . . .	18
R. Simenkow — USA. Als Hilfe gefarnt . . . . .	20
Das politische Buch:	
L. Mletschin — Aus der Geschichte der KP Japans . . . . .	22
W. Schweizer — Von reformistischer Warte gesehen . . . . .	22
S. Petuchow — RSA. Geglückte Flucht . . . . .	24
A. Stepanow — Afghanistan. Die Söldner: Schein und Sein . . . . .	25
L. Besymenski — Geheimnisstufe drei (Dokumentarbericht) . . . . .	27
*Diskussion mit dem Leser . . . . .	31
PS . . . . .	32



Alexander Korsakow, 26jähriger Schlosser eines Schleifmaschinenwerks, ist Kandidat für den Obersten Sowjet der Russischen Föderation in einem Moskauer Wahlkreis.

Umschlag: Alexander Korsakow (in der Mitte) mit Kollegen.

Foto: A. Motschaln

Gestaltung: O. Winogradow

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Ploščad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Vom 12. bis 14. Februar hielt sich Andrej Gromyko zu einem offiziellen Besuch in der Republik Indien auf. Er wurde von Präsident NeeLam Sanjiva Reddy und Vizepräsident Mohammed Hidayatullah empfangen. Der Gast stattete Premierminister, Frau Indira Gandhi, einen Besuch ab und überbrachte ihr eine Grußbotschaft von Leonid Breschnew. Es kam zu einem eingehenden Meinungsaustausch zu beiderseitig interessierenden Fragen. Andrej Gromyko führte Gespräche mit Außenminister P. V. Narashima Rao. Die Gespräche verliefen in einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und der Herzlichkeit (siehe S. 5).

Am 15. Februar trafen im ZK der KPdSU Boris Ponomarew sowie Pietro Ingrao, Mitglied der Führung der Italienischen KP, und das Mitglied des ZK der IKP, Paolo Ciofi, zusammen. Die Teilnehmer des Treffens hatten einen Meinungsaustausch zu aktuellen internationalen Fragen sowie zu den Beziehungen zwischen der IKP und der KPdSU.

Kurz vor der Eröffnung der 13. Olympischen Winterspiele in Lake Placid trat das Internationale Olympische Komitee (IOC) zu seiner 82. Tagung zusammen. Über die Vorbereitung auf die Olympischen Sommerspiele in Moskau referierten Ignati Nowikow, Vorsitzender des Organisationskomitees der Olympiade 80 und stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, sowie Wladimir Promyslow, Vorsitzender des Exekutivkomitees des Moskauer Stadtsowjets. Auf einer Pressekonferenz nach Abschluß der Tagung gab IOC-Präsident Lord Killanin bekannt, daß 73 IOC-Mitglieder, die an der Tagung teilgenommen hatten, sich darin einig sind, daß die 22. Olympischen Sommerspiele in Moskau stattfinden. Dieser Beschluß war wegen der Versuche der US-Administration gefaßt worden, die Olympiade in Moskau zu vereiteln und der olympischen Bewegung zu schaden.

Am 15. Februar wurde in Warschau der VIII. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei abgeschlossen. Der Parteitag nahm folgende Resolution an: „Die Aufgaben der Partei bei der weiteren Entwicklung des sozialistischen Polens und der Gestaltung des Wohls des polnischen Volkes“ und „Für die Erhaltung des Friedens, für die Einstellung des Wettübens und die Fortsetzung der Entspannungspolitik“. Ferner wurde ein Beschluß zur komplexen Bewirtschaftung der Weichsel und zur Nutzung der Wasserressourcen des Landes gefaßt. Auf einer geschlossenen Tagung wählte der Parteitag das ZK und die Zentrale Re-





Am 13. Februar wurden in Lake Placid (USA) die 13. Olympischen Winterspiele eröffnet, an denen 1600 Sportler aus 37 Ländern, darunter aus der Sowjetunion, teilnahmen. 12 Tage lang kämpften die Sportler um je 38 Gold-, Silber- und Bronze-medailen. Unser Bild: Die UdSSR-Mannschaft beim Einmarsch ins Stadion nach der Eröffnung der Olympischen Spiele

Foto: TASS

visionskommission. Als Erster Sekretär des ZK der PVAP wurde Edward Gierek bestätigt. Leonid Breschnew gratulierte ihm herzlich zu seiner Wahl (siehe S. 6).

Am 18. Februar kam der Sejm der VR Polen der Bitte von Piotr Jaroszewicz nach, ihn von seinem Amt als Vorsitzender des Ministerrats zu entbinden. Der Sejm berief Edward Babiuch, Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, auf diesen Posten. Jan Szydlak wurde von seinen Pflichten als stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats freigestellt und Kazimierz Barcikowski als sein Nachfolger ernannt.

Vom 12. bis 14. Februar stattete eine Partei- und Regierungsdelegation der CSSR unter dem Generalsekretär des ZK der KPTsch und Präsidenten der CSSR, Gustáv Husák, Vietnam einen offiziellen Freundschaftsbesuch ab. Die CSSR und die SRV unterzeichneten einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit, eine Konsularkonvention und einige Wirtschaftsabkommen.

Am 15. und 16. Februar weilte die CSSR-Delegation zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Kambodscha, bei dem Gustáv Husák mit Heng Samrin zusammentraf.

Am 16. und 17. Februar hielt sich die CSSR-Delegation zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Laos auf. Gustáv Husák und Kaysone Phomvihane unterzeichneten einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der VDR Laos und der CSSR. Ferner wurden Abkommen über den Luftver-

kehr und über Hilfe für die VDR Laos bei der Ausbildung nationaler Kader geschlossen (siehe S. 15).

Am 13. und 14. Februar weilte der Generalsekretär der RKP und Präsident der SR Rumänien, Nicolae Ceaușescu, zu einem Freundschaftsbesuch in Bulgarien, wo er Gespräche mit Todor Shiwkow führte. In der Mitteilung über den Besuch heißt es: Zusammen mit den sozialistischen Bruderländern, mit allen antiimperialistischen und friedliebenden Kräften werden Bulgarien und Rumänien ihren Kampf für die Vertiefung der Entspannung, für Frieden und Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt fortsetzen. Beide Staatsmänner hoben die große Bedeutung des bevorstehenden 25. Jahrestages des Warschauer Vertrages hervor.

Am 13. und 14. Februar weilte Veselin Djuranović, Vorsitzender des Bundesexekutivrates der SFRJ, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in der DDR. Er wurde von Erich Honecker empfangen und führte Gespräche mit Willi Stoph. Die Seiten erklärten im Kommuniqué die Notwendigkeit noch intensiver Bemühungen zur Verteidigung des Friedens und der internationalen Sicherheit.

Am 13. Februar unternahm eine Aeroflotmaschine vom Typ IL-18D den ersten sowjetischen Transkontinentalflug von Moskau über den Nahen Osten und Afrika zur Antarktis und landete auf einem Flugfeld unweit der sowjetischen Antarktisstation Molodjoshnaja. Am

16. Februar flog die IL-18D zum Pol der Unzugänglichkeit, von dort zum geographischen Südpol und kehrte zur Station Molodjoshnaja zurück.

Am 18. Februar wurde in Hamburg das erste Wissenschaftlerforum der 35 KSZE-Staaten eröffnet. Das von der Helsinki-Konferenz vorgesehene Forum soll die internationale Zusammenarbeit der Wissenschaftler bei der Lösung globaler Fragen fördern. Die sowjetische Delegation wird vom Präsidenten der Akademie der medizinischen Wissenschaften der UdSSR, Nikolai Blochin, geleitet.

Am 14. Februar trat in Kabul die Regierung der DR Afghanistan zu einer Sondersitzung zusammen wegen der andauernden Aktionen der Washingtoner Administration gegen das demokratische Afghanistan. Eine Erklärung wurde verabschiedet, in der die Regierung und das Volk Afghanistans die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten des Landes aufs entschiedenste zurückweisen (siehe S. 25).

Eine Delegation der Volksfront für die Befreiung Palästinas stattete Afghanistan einen Besuch ab. Sie wurde von Babrak Karmal empfangen. Die Vertreter der Delegation erklärten bei der Begegnung, sie würden alles tun, damit die arabischen Völker die Wahrheit über die jüngste Entwicklung in Afghanistan erfahren.

Milizen der rechtsgerichteten Kataib-Partei provozierten schwere Zusammenstöße mit den panarabischen Sicherheitskräften in Nordlibanon. Beide Seiten setzten schwere Artillerie, Panzer und andere Waffen ein. Die Kämpfe hielten vier Tage an. Nordlibanesischen Ortschaften nahmen dabei großen Schaden, viele Zivilisten wurden verletzt oder getötet. Tausende Libanesen mußten ihre Häuser verlassen.

Ayatollah Khomeini wandte sich mit einem Aufruf an das Volk anlässlich der bevorstehenden Parlamentswahlen. Er appellierte an die Iraner, die nationale Einheit zu festigen, und sprach sich dafür aus, daß wahre Patrioten, die die Islamische Republik und die Verfassung anerkennen, nominiert werden. Präsident Banisadr teilte nach einer gemeinsamen Sitzung des Islamischen Revolutionsrates und der Regierung mit, daß die Wahlen nicht am 7. März, wie früher erklärt worden war, sondern eine Woche später stattfinden werden. Die Frist für die Aufstellung der Kandidaten wurde bis zum 21. Februar verlängert. Der Präsident sagte, der Islamische Revolutionsrat werde seine Funktionen bis zur Einberufung des Parlaments ausüben.



Ein Sprecher von UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim teilte mit, dieser habe die Bildung der internationalen Juristenkommission abgeschlossen, die die Anschuldigungen des Iran gegen den Ex-Schah untersuchen soll. Der Kommission gehören Vertreter Algeriens, Frankreichs, Sri Lankas, Syriens und Venezuelas an. Die Kommission, die sich, wie erwartet, nach Teheran begeben wird, soll die Beschwerden über die Verbrechen des ehemaligen Schahregimes an Ort und Stelle untersuchen.

Der US-Präsident beschloß, 1800 Marineinfanteristen in den Raum des Arabischen Meeres zu entsenden. Sie sollen bis Mitte März mit vier Landungsschiffen dorthin transportiert werden und sich dann dem dortigen operativen Verband der Navy (25 Kriegsschiffe) anschließen.



In New York fand eine Kundgebung vieler Tausender gegen die Absicht der Administration statt, die jungen Männer und Frauen obligatorisch für den Militärdienst registrieren zu lassen. Unser Bild: Kundgebungsteilnehmer ziehen zu Carters Wahlkampfzentrale in New York.

Foto: UPI-TASS

Am 18. Februar fanden in Kanada Parlamentswahlen statt, aus denen die Liberale Partei von Pierre Trudeau als Sieger hervorging.

In Island wurde eine neue Regierung gebildet. Ihr gehören die Vertreter von drei Parteien an: der Unabhängigkeitspartei, der Fortschrittspartei und der Volksunionspartei. Die Regierungskoalition verfügt über die Unterstützung von 32 der 60 Althing-Abgeordneten. Ministerpräsident wurde der stellvertretende Vorsitzende der Unabhängigkeitspartei, Gunnar Thoroddsen, Außenminister der Vorsitzende der Fortschrittspartei, Olafur Jóhannesson.

Am 15. Februar wurde in Rom der 14. Kongreß der Democrazia Cristiana eröffnet. In seinem Bericht an den Par-

teitag gestand der politische Sekretär der DC, Zaccagnini, ein, daß Italien eine schwere wirtschaftliche und soziale Krise durchmacht, und verwies auf die Unzulänglichkeit der Maßnahmen, die zu deren Überwindung ergriffen worden waren.

Die politische Lage in El Salvador hat sich stark zugespitzt. In San Salvador halten die Aktionen der Volksmassen für eine Demokratisierung des Regimes an (siehe S. 10).

In Peking fand eine nationale Konferenz zur Familienplanung statt, die das ZK der KPCh und der Staatsrat der VR China einberufen hatten.

Am 15. Februar ging in Addis Abeba eine Tagung des Ministerrats der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) zu Ende. In einer Rhodesienresolution verurteilte die Tagung die Handlungen der Regierung Großbritanniens und ihrer Kolonialverwaltung in Simbabwe, die das Volk dieses Landes daran hindern wollen, sein Schicksal bei den Wahlen Ende Februar in freier Selbstbestimmung zu gestalten. Die OAU besteht darauf, daß die „Sicherheitskräfte“ (der Armee des ehemaligen Rassistenregimes) auf deren Sammelpunkten entsprechend den Londoner Vereinbarungen konzentriert werden. Die Resolution verlangt von der britischen Regierung, den unverzüglichen und vollständigen Abzug der südafrikanischen Truppen und Söldner aus Simbabwe zu gewährleisten. Es wurde beschlossen, der Patriotischen Front von Simbabwe 9 Mio Dollar für den Wahlkampf zur Verfügung zu stellen. Auf der Tagung wurde ferner die Lage in Namibia und die afro-asiatische Zusammenarbeit erörtert.



Rhodesische Rassisten und deren Helfershelfer aus Muzorewas Umgebung wollen mit Terror und Drohungen bei Duldung durch die britischen Behörden einen Sieg der Patriotischen Front von Simbabwe bei den bevorstehenden Parlamentswahlen verhindern. Unser Bild: Ein Anhänger der Patriotischen Front wird von rassistischen „Sicherheitskräften“ verhaftet

Foto: TASS

Westliche Politiker vergessen oft Lehren der Geschichte. Der britische Premierminister, Frau Thatcher, drohte dem Sowjetvolk mit noch größeren Leiden als jenen, die es im zweiten Weltkrieg erfahren hat. Brzezinski erörtert seelenruhig die Möglichkeit eines thermonuklearen Konflikts. Und auch Carter ist sich selbst offenbar nicht der verhängnisvollen Folgen des gefährlichen Weges bewußt, den Washington in letzter Zeit einschlägt. Sollten sich denn nicht alle diese Politiker endlich einmal Gedanken machen und eine realistischere Haltung einnehmen, die es ermöglichen würde, die internationalen Streitfragen am Verhandlungstisch, mit gutem Willen in Angriff zu nehmen?

G. SUSLOW

Ufa, Baschkirische ASSR

Bereits ein Jahr ist vergangen, seitdem der chinesische Einfall in die Nordprovinzen Vietnams eine Niederlage erlitten hat. Peking aber hört nicht auf, die Land-, See- und Luftraumgrenzen Vietnams zu verletzen. Seine Agenten verbreiten provokatorische Gerüchte unter der Bevölkerung, rauben Zivilisten und Grenzsoldaten aus und ermorden sie sogar. Am Verhandlungstisch weist die chinesische Seite alle Vorschläge der SRV zu einer wirksamen Lösung der Streitfragen zurück. Doch wer Wind sät, wird Sturm ernten. Und die Völker Indochinas, vereint von dem Streben, ihre Unabhängigkeit zu verteidigen, werden, gestützt auf die Solidarität der sozialistischen Länder und der Fortschrittskräfte, alles tun, um den Chauvinisten und Expansionisten die gebührende Abfuhr zu erteilen!

Nguyễn KHIEU

Hoang Loc, Vietnam

Die NATO stellt durch ihre Aggressivität die größte Gefahr für alle europäischen Länder dar. Ich appelliere an meine Landsleute in Spanien, darüber nachzudenken, und gemeinsam gegen den Eintritt Spaniens in den Nordatlantikblock zu kämpfen. Gleichfalls müssen wir die schnellstmögliche Auflösung der US-Militärstützpunkte auf spanischem Territorium verlangen.

Roque MORILLA  
Hamburg, BRD



# Vertrauen und Verständnis

Der offizielle Indienbesuch des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko von Mitte Februar war vor allem aus zwei Gründen wichtig. Erstens ist eine neue Regierung unter Indira Gandhi an die Macht gekommen; zweitens hat sich aus Verschulden der imperialistischen Kreise die Situation in der Welt, darunter in Asien, merklich zugespitzt, was eine gemeinsame Analyse erforderlich machte.

Der Besuch war mit vielen Treffen, darunter auf höchster Ebene, angefüllt. Die Gespräche verliefen in der für die sowjetisch-indischen Beziehungen charakteristischen Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und der Herzlichkeit, was in der abschließenden Gemeinsamen Erklärung betont wird. Andrej Gromyko bezeichnete sie als sehr nützlich. Das ist begreiflich: Sie trugen zu einer größeren gegenseitigen Verständigung zwischen Moskau und Delhi bei. Es wurde vereinbart, regelmäßig Meinungen zu Fragen von gemeinsamem Interesse auszutauschen.

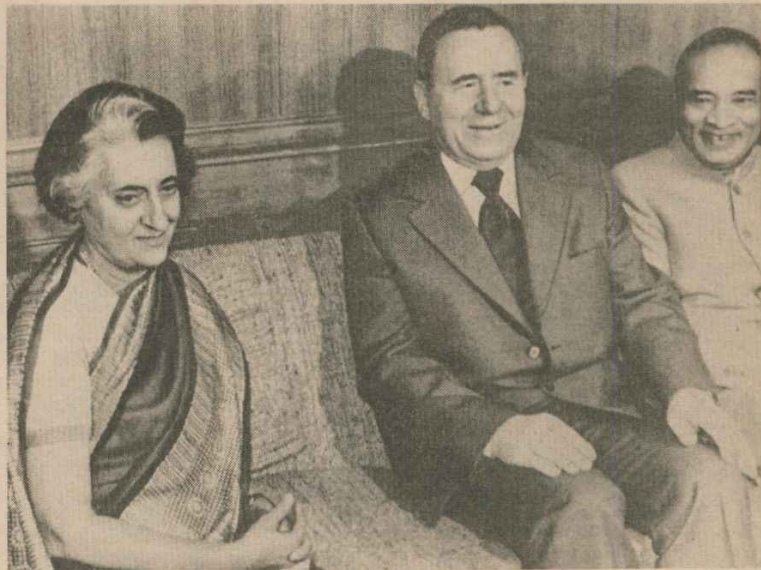
Solche politischen Kontakte, die für die Gesamtheit der sowjetisch-indischen Beziehungen wichtig sind, bieten die Möglichkeit, die Position des anderen besser kennenzulernen und die Richtungen für die Zusammenarbeit in der Welt festzulegen, um das Weltgeschehen positiv beeinflussen zu können.

Bei den Treffen in Delhi bestätigten beide Seiten ihre Entschlossenheit, die Beziehungen zwischen der UdSSR und Indien, die sich u. a. aus dem Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit ergeben, noch mehr zu entwickeln und zu vertiefen.

Außenminister P. V. Narasimha Rao betonte, daß das indische Volk die bewährte, traditionelle sowjetisch-indische Freundschaft, die von Jahr zu Jahr erstarbt und immer bessere Früchte trägt, zu schätzen weiß. Im laufenden Monat wird der 25. Jahrestag der ergiebigen sowjetisch-indischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit begangen. Aus diesem Anlaß richtete Indira Gandhi ein Telegramm an Alexej Kossygin, worin es u. a. hieß: „Die mehr als 70 gemeinsamen indisch-sowjetischen Objekte zeugen baredt von der Zusammenarbeit unserer beiden Länder.“

Der Meinungsaustausch in der indischen Hauptstadt betraf auch viele Weltfragen. Das erklärt sich daraus, daß die Entspannung, für die sich die UdSSR und Indien stets einsetzen, gegenwärtig ernsthaft gefährdet ist.

Andrej Gromyko sagte in Delhi: „Die Verantwortung dafür trifft voll und ganz



Indira Gandhi, Andrej Gromyko und P. V. Narasimha Rao während des Treffens in Delhi

Foto: O. Iwanow (TASS)

die imperialistischen Kräfte, vor allem bestimmte USA-Kreise, die von der Idee der militärischen Überlegenheit besessen, das internationale Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verändern und die Zeiten des kalten Krieges wieder aufleben lassen möchten. ...“

Um ihren seit langem gesteuerten Kurs auf die Unterminierung der Entspannung und die Anheizung des Wettbewerbs zu verschleiern, verzerren die Urheber der Washingtoner Politik unfaire Weise die wirkliche Sachlage: Sie stellen die sowjetische Hilfe für das demokratische Afghanistan, das die äußere Aggression zurückweist, als den Grund für die heutigen internationalen Komplikationen hin. Dabei schmälert die sowjetische Unterstützung für Afghanistan keineswegs die Interessen der Nachbarländer und bedroht nicht die Sicherheit und Stabilität in Asien.

Dagegen wird die Sicherheit und Unabhängigkeit der Völker im Nahen und Mittleren Osten sowie in Südasien unmittelbar durch die Handlungen der imperialistischen Kräfte aufs Spiel gesetzt, die einen nicht erklärten Krieg gegen das revolutionäre Afghanistan entfesselt haben, Iran unter groben Druck setzen, militärische Vorbereitungen auf der Diego-Garcia-Insel (Indischer Ozean) betreiben und Pakistan zu ihrem

Brückenkopf ausbauen. Ähnlich betätigt sich die Pekingische Führung.

Indien ist über die militärpolitische Annäherung von Washington und Peking und über die aktive Belieferung Pakistans mit Waffen beunruhigt. Die friedliebenden Kräfte sind darüber besorgt, daß Pakistan gegenwärtig nicht die Bereitschaft zeigt, auf gegenseitiger Grundlage gute Nachbarschaft mit Afghanistan, Indien und der UdSSR zu erhalten und zu entwickeln.

„Wir denken nicht, daß dies eine weise Politik ist“, hob der sowjetische Außenminister hervor. Zugleich drückte er die Hoffnung aus, daß Pakistan außenpolitisch doch noch den Weg des Friedens und der Freundschaft mit allen Nachbarstaaten einschlägt.

Die Verhandlungen in Delhi führten noch einmal vor Augen, daß die sowjetisch-indischen Beziehungen ein wichtiger Faktor von Frieden und Stabilität in Südasien als auch auf breiterer internationaler Ebene sind und den imperialistischen und hegemonistischen Bestrebungen entgegenwirken.

„National Herald“ (New Delhi) betont mit Recht, daß der Besuch des sowjetischen Außenministers erneut bestätigt hat: Beide Länder „legen Wert auf gegenseitige Freundschaft und Unterstützung.“ Diese Freundschaft entspricht den grundlegenden Interessen nicht nur des sowjetischen und des indischen, sondern auch der anderen Völker und fördert den Weltfrieden.

A. USWATOW



# HÖCHSTES FORUM DER KOMMUNISTEN

Volkszählungen zufolge ist Polen eines der jüngsten Länder — mehr als die Hälfte seiner 35 Millionen Einwohner ist nach dem Krieg geboren. In den 70er Jahren stand die Volksmacht vor einer höchst komplizierten sozialen und wirtschaftlichen Aufgabe: Die Nachkriegsgeneration trat in das Arbeitsleben, und die erforderlichen Voraussetzungen waren zu schaffen, damit jeder junge Mensch seinen Platz in der Gesellschaft fand. In der VR Polen wurden über 2,5 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen und an die 450 Großbetriebe errichtet. Mehr als 600 000 Polen erhielten Hochschulbildung.

Diese beeindruckenden Zahlen nannte Edward Gierek, der Erste Sekretär des ZK der PVAP, in seinem Bericht an den VIII. Parteitag. Das höchste Forum der über drei Millionen polnischen Kommunisten, das kürzlich in Warschau zusammentrat, war das bedeutendste Ereignis im Leben des Landes. Mehr als 200 Korrespondenten der bekanntesten und einflußreichsten Massenmedien vieler Staaten waren beim Pressezentrum akkreditiert.

Natürlich waren die Korrespondenten vieler bürgerlicher Zeitungen keineswegs nach Warschau gekommen, um objektiv über die Errungenschaften und die Aufgaben Volkspolens zu berichten. Weiden sich ja die westlichen Propagandisten viel lieber an den Schwierigkeiten und Mangelserscheinungen in sozialistischen Ländern, an deren tatsächlichen oder angeblichen Problemen. Die gesamte Arbeit des VIII. Parteitages der PVAP, die Reden seiner Delegierten und die von ihnen gebilligten Dokumente haben ein weiteres Mal gezeigt, daß die Kommunisten, die zu Recht stolz auf das Erreichte sind, offen und selbstkritisch von den Schwierigkeiten, Mangelserscheinungen und den Versäumnissen sprechen und Programme vorlegen, die sich auf eine realistische Einschätzung der Perspektiven stützen. Auch darin wird die Kraft der Partei und ihre untrennbare Verbindung mit dem Volk deutlich.

Anfang der 70er Jahre, auf dem VI. Parteitag, hatte die PVAP ein den neuen Bedingungen entsprechendes sozialökonomisches Programm erarbeitet — die Strategie des Auf-

baus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Dieses Programm, das die breite Unterstützung der Arbeiterklasse und des gesamten Volkes erhalten hat, wurde vom VII. Parteitag der PVAP (Dezember 1975) weiterentwickelt und ergänzt.

Polen hat auf diesem Kurs bedeutende Ergebnisse erzielt. Das Nationaleinkommen ist in den zehn Jahren um fast 85% gestiegen. Die Industrieproduktion ist knapp auf das 2,3fache gestiegen und die Agrarproduktion nahm um etwa 30% zu. Seit 1971 sind die Realein-

kommen zusammen mit den Leistungen aus den gesellschaftlichen Konsumtionsfonds um fast 75% angestiegen. 9 Millionen Bürger, d. h. mehr als ein Viertel der Landesbevölkerung, sind in neue komfortable Wohnungen eingezogen.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre, betonte Edward Gierek, haben sich die außen- und binnenwirtschaftlichen Bedingungen bedeutend verschlechtert. Schwieriger wurde die Versorgung des Landes mit Brenn- und Rohstoffen sowie die Exportmöglichkeiten. Wegen der Mißernte mußte Polen einige Jahre lang mehr Getreide und Futtermittel importieren. Die Arbeitsproduktivität und die wirtschaftliche Effektivität erhöhten sich nicht schnell genug. Doch insgesamt machte Polen beachtliche Fortschritte. Es ist mit einem starken und modernen Industriepotential, einer entwickelten Rohstoffbasis sowie mit zahlreichen hoch-

## MITTLERER OSTEN

# KÜNSTLICHE DOKTRIN, REALE GEFAHR

In der Presse einiger Mittelost-Staaten, insbesondere des Iran, sowie der arabischen Staaten des Persischen Golfs wird in letzter Zeit verstärkt die Doktrin von den „beiden Supermächten“ verbreitet. Ihre dortigen Anhänger behaupten, die „Giganten des Westens und des Ostens“ stünden „in gleicher Weise den Werten des Islams feindlich gegenüber“. Sie rufen die „unterdrückten Völker“ auf, sich vom „Einfluß der großen globalen Kräfte zu befreien“. Welche „Kräfte“ gemeint sind, ist unschwer zu verstehen.

Wie unberechtigt es ist, ein Gleichheitszeichen zwischen der Politik der USA und der UdSSR zu setzen, hat das Leben selbst oft genug gezeigt. Die Völker des Mittleren Ostens haben sich davon überzeugen können, daß die Sowjetunion im Gegensatz zum Westen nicht nach den Reichtümern der Region oder nach Aufmarschgebieten auf deren Territorium strebt, sondern vielmehr treu ihrer internationalistischen Pflicht das Freiheitsstreben der Völker unterstützt. Eine „feindselige Haltung Moskaus“ gegenüber dem Islam ist ebenfalls eine Erfindung, die kürzlich eine in der islamischen Welt so angesehene Persönlichkeit wie der Vorsitzende des Ulama-Rates von Afghanistan verspottete. Er erklärte nach einer Reise in die Sowjetunion, dort achte man den Islam „sogar mehr als in Saudi-Arabien“.

Weder die Erfahrungen der islamischen Länder noch deren nationale Interessen sind im Mittleren Osten ein fruchtbarer Boden für die Doktrin von den „beiden Supermächten“ geworden. Genau das Gegenteil ist der Fall. Die einschneidenden Veränderungen im Iran und in Afghanistan sowie der Zusammenbruch jahrhundertealter Sozialstrukturen haben das Weltverständnis ganzer gesellschaftlicher Gruppen schwer erschüttert. Bekannt ist zudem die Zweideutigkeit der Positionen der „Mittelschichten“, vor allem der nationalen Bourgeoisie, in den Entwicklungsländern. Einerseits sind sie gegen den Imperialismus, gegen die Vorherrschaft der multinationalen Monopole, die skrupellos ganze Gruppen wie die Basarhändler in den Ruin stoßen würden; andererseits aber fürchten sie eine „Radikalisierung“ der Massen. Zudem sind jene bürgerlichen Kreise, die von klassenbedingter Blindheit geschlagen sind, bisweilen geneigt, zu vergessen, daß sozialpsychologische Veränderungen durch einen ganzen Komplex innerer Faktoren bedingt sind und nicht von außen aufgetrieben werden können. Das hat ja auch die Sowjetunion nie angestrebt, da sie prinzipiell gegen einen „Export der Revolution“ — wie natürlich auch der Konterrevolution — ist.

Die Konzeption von den „beiden Supermächten“ ist ein offenbar aus



qualifizierten Kadern in die 80er Jahre getreten.

In den breit diskutierten Thesen für den VIII. Parteitag der PVAP „Für die weitere Entwicklung des sozialistischen Polen, für das Wohl des polnischen Volkes“ und in dem programmatischen Bericht des Politbüros des ZK der PVAP wurde der Kurs für 1981–1985 und für das gesamte Jahrzehnt bestimmt. In seinen Hauptzügen ist dieser Kurs die schöpferische Fortführung der sozialökonomischen Strategie des VI. und des VII. Parteitages. Ihr Hauptziel sieht die PVAP darin, durch die Hebung der Effektivität der Produktion und der Qualität der gesamten Arbeit die Bedürfnisse der Bevölkerung, jedes Bürgers besser zu decken und die sozialistische Lebensweise zu festigen. Im folgenden Planjahr fünf sollen das Nationaleinkommen um 14–18%, die Industrieproduktion um 20–24% und die Agrarproduktion zumindest um 12% gesteigert werden. Die

Investitionen in die Energiewirtschaft, die Förderung von Rohstoffen sowie in die Ausweitung und Modernisierung des Verkehrswesens sollen erhöht werden.

Die Agrarpolitik der PVAP sieht vor, in den 80er Jahren günstige Voraussetzungen für die Entwicklung aller Sektoren der Landwirtschaft, die weitere Festigung und den Ausbau des gesellschaftlichen Sektors zu schaffen — der Staatsgüter und der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Die Bevölkerung soll mit Lebensmitteln aus eigener Produktion versorgt und deren Import auf ein Mindestmaß begrenzt werden.

In der mehr als dreimonatigen Volksaussprache über die Thesen des ZK der PVAP zum Parteitag und auf dem Parteitag selbst wurde ständig auf die Bedeutung der weiteren Vertiefung der wirtschaftlichen Integration Polens mit den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, mit der Sowjetunion ver-

wiesen. „Die internationalistische Solidarität unserer Parteien und Völker“, betonte der Leiter der KPdSU-Delegation Michail Suslow, in seiner Rede auf dem Parteitag, „ist wahrlich von unschätzbare Bedeutung für die Entwicklung Polens, der Sowjetunion und der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft. Unser Bruderbund und die allseitige Zusammenarbeit sind für uns ein Inspirationsquell, mehr unsere Kräfte und Möglichkeiten.“

Vom Parteitag aus erging ein Appell an alle Staaten Europas und der Welt, an alle Friedenskräfte, intensiv zusammenzuwirken, um die Errungenschaften der Entspannung zu bewahren und deren Fortsetzung zu gewährleisten. Besonders interessiert wurde der Vorschlag aufgenommen, eine internationale Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa nach Warschau einzuberufen.

A. SIMIN

der Ferne in den Mittleren Osten verfrachtetes „ideologisches Exportmodell“. Seine Herkunft ist kein Geheimnis: Die Pekinger Hegemonisten, die diese Doktrin von bürgerlichen westlichen Ideologen übernahmen, haben sie vor etwa einem Jahrzehnt weiterentwickelt, in Regeln gefaßt und ihren Bedürfnissen angepaßt. Angeblich um den „Supermächten“ entgegenzuwirken, betrat Peking einen Weg, der die Ideale der chinesischen Revolution ernsthaft gefährdet sowie zur Allianz mit Imperialismus und Reaktion geführt hat. Nicht mehr als ein halbes Jahr vor dem Sturz des Schahs stattete Hua Guofeng diesem einen Freundschaftsbesuch ab — und zwar demonstrativ, wobei er dem Schah riet, Festigkeit zu zeigen und einen größeren Beitrag zur „Verteidigung“ der gesamten Region des Persischen Golfs zu leisten. Auch Sadat verwies nur zu gern auf die Doktrin von den „beiden Supermächten“, als er noch versuchte, sein Kapitulantentum zu rechtfertigen.

Doch in der heutigen Lage kann diese Doktrin den Völkern des Mittleren Ostens besonders großen Schaden zufügen — vor allem, weil diese Völker jetzt Geschlossenheit, Zusammenwirken und gerade jene „großen globalen Kräfte“ brauchen,

## DER ISLAM



„Die Welt“ (BRD), der wir diese Verbindung von Emblemen entnehmen, macht Kalkulationen imperialistischer Kreise deutlich, die den Einflußbereich der NATO auf die islamische Welt ausweiten wollen.

Die den Kampf für nationale Unabhängigkeit unterstützen. Gerade der Mittlere Osten ist durch seine Ölressourcen und seine geographische Lage so wichtig geworden, daß die Kontrolle über die Region, wie die Strategen des Imperialismus meinen, ihm günstige Positionen für den Kampf um die Weltherrschaft gewährleisten könnte. Ebendeshalb spricht man heute vom arabischen oder iranischen Öl so, als ob es gar nicht diesen Völkern gehörte, sondern vielmehr dem kapitalistischen Westen, vor allem den USA, die das vermeintliche „Recht“ haben, beliebige Maßnahmen zu ergreifen, um sich den „Zugang“ zu diesen fremden Ressourcen zu sichern. Den Arabern, den Iranern und den anderen Völkern des Mittleren Ostens aber will man das Recht nehmen, nicht nur über ihre nationalen Reichtümer selbst zu bestimmen, sondern auch eigene Wege zu beschreiten, die den Traditionen und dem Fortschrittsstreben der Region entsprechen.

Hierfür wurde ein ganzer Komplex von insbesondere auch propagandistischen Maßnahmen entwickelt, um die UdSSR zu verleumdern und die USA als Unschuldengel hinzustellen. Doch wer wird den Versuchen Washingtons glauben,

sich als „Beschützer des Islam“ aufzuspielen, wenn noch vor nur wenigen Monaten amerikanische Leitartikel ihrem Herzenswunsch lauten Ausdruck verliehen, „lange Listen von zum Tode verurteilten Ayatollahs und Mullahs“ zu sehen? Jetzt zieht man es vor, derartige Drohungen nicht laut zu wiederholen, aber das bedeutet noch keineswegs, daß man solche Hoffnungen aufgeben hätte. Nicht von ungefähr prahlt der letzte Schahpremier Bakhtiar damit, daß er „seine Anhänger im ganzen Land sammelt“. Was ist das, wenn nicht die iranische Variante der Fünften Kolonne, die nach Afghanistan eingeschleust wird? Imperialistische Agenten sind auch in anderen Ländern des Mittleren Ostens am Werk.

Von außen versucht man, diese ganze ausgedehnte Region in eine Art strategisches Dreieck zu spannen: im Westen die israelisch-ägyptische Allianz, im Osten das im Aufbau befindliche Bündnis zwischen China, Pakistan und den USA sowie im Süden, im Raum des Indischen Ozeans, ein Netz von US-Stützpunkten, die mit dem Zentrum auf Diego Garcia geschaffen wurden und werden. Das geht sogar bis hin zu Plänen für eine direkte Besetzung der Ölfelder und zu Drohungen, dort „taktische Atomwaffen“ einzusetzen.

Macht denn all das nicht deutlich, wem und welchen Zielen Versuche nutzen können, die falsche Konzeption der „Supermächte“ auf islamischen Boden umzupflanzen?

D. WOLSKI



# Zwei gefährliche Tendenzen

Wladlen KUSNEZOW

Die Entspannung ist aus dem Leben Europas nicht mehr wegzudenken. Alles, was der Kontinent bei der Sicherung des Friedens erreichte, hat er der Entspannungspolitik zu verdanken. Ebenso deutlich ist, daß die Zukunft dieser Politik in vielem davon abhängen wird, ob Europa das in den 70er Jahren Errungene bewahren können wird.

Alle Möglichkeiten sind gegeben, die Rückkehr zur Instabilität und Konfrontation von gestern zu vermeiden. Doch es wäre ein schwerwiegender Irrtum, die Kräfte jener zu unterschätzen, die die Uhren auf dem Kontinent zurückstellen wollen. Gerade deren Handlungen haben jetzt im politischen Leben Europas zwei negative Tendenzen ausgelöst, die gefährliche Dimensionen annehmen können, wenn sie nicht bereits von Anfang an auf energischen Widerstand stoßen.

## Kastanien für Washington

Die erste negative Tendenz hängt mit der Veränderung der Rolle der USA in den europäischen Angelegenheiten zusammen. Anfang der 70er Jahre weckte die amerikanische Rolle Hoffnungen, Washington leistete seinen Beitrag zur Ausarbeitung des Vierseitigen Westberlin-Abkommens, zur Vorbereitung und Durchführung der Helsinki-Konferenz und bekundete seine Bereitschaft, zusammen mit der UdSSR und deren Verbündeten zu einer Abstimmung in europäischen Angelegenheiten zu gelangen. Washington erklärte sich auch bereit, an den Wiener Truppenabgesprächen teilzunehmen.

Doch bereits auf dem KSZE-Nachfolgetreffen von Belgrad (1977/78) wurde deutlich: Die herrschenden Kreise der USA wollen verhindern, daß Europa auf dem gemeinsamen von Ost und West in Helsinki aufgezeigten Weg voranschreitet. 1978 zwang Washington der NATO das Langzeitrüstungsprogramm und 1979 seine neuen Systeme von Nuklearraketen auf. Sie können Westeuropa in eine Geisel der globalen US-Nuklearstrategie verwandeln, drohen, ganz Europa in eine weitere Runde des Wettrennens zu ziehen und dem größeren Risiko eines militärischen Zusammenstoßes auszusetzen. Der Anfang 1980 war von Versuchen Washingtons gekennzeichnet, unter dem Vorwand der Entwicklung in Afghanistan die friedliche Zusammenarbeit

auf gesamteuropäischer Grundlage zu zerstören, die Schlußakte zu Grabe zu tragen, die militärische Entspannung endgültig abzuschreiben und Westeuropa zu amerikanisieren, indem die USA dessen Außenministerien zur Filiale des State Department und die NATO zur Zweigstelle des Pentagon zu machen suchen.

Die heutige Westeuropapolitik der USA erinnert an jene Zeiten, da sie mit dem „Marshall-Plan“ Westeuropa wirtschaftliche und politische Fesseln anlegten und mit ihrer „Truman-Doktrin“ den Beginn des kalten Krieges gegen Osteuropa signalisierten.

Zwar trägt die Doktrin jetzt Carters Namen, doch dieses Lasso hat man wohl noch fester gezogen, und die Cowboys sind noch verwagener geworden. Von den westeuropäischen NATO-Ländern verlangt man offen eine direkte Beteiligung an Pentagon-Abenteuern — sogar außerhalb der Region, für die der Block eigentlich „zuständig“ ist.

Zur Verwirklichung der „Carter-Doktrin“ werden Ausführende und Geld gebraucht. Die Ausführenden sind bereits da: das Kriegsmarinegeschwader vor der iranischen Küste, die im Aufbau befindliche 110 000 Mann starke Eingreiftruppe und die 1800 Marineinfanteristen, die in die Region des Arabischen Meeres verlegt werden. Auch das Geld ist da: Das Pentagon erhielt ein gutes Viertel des Gesamthaushalts — für wahr ein Rekord besonderer Art!

Doch die Zeiten haben sich geändert. So hohe Ausgaben für die Rüstung überfordern die Wirtschaft selbst des reichen Amerika. Jetzt ist Washington selbst auch schon nicht mehr abgeneigt, von seinen „erfolgreicheren“ Verbündeten eine Art „Marshall-Plan-Hilfe“ zur Unterstützung seiner militärischen Expansion zu erhalten. Doch seine Partner dürften ihr Geld kaum freiwillig locker machen. Washington fühlt sich zu dreister Erpressung „genötigt“.

„Wollt ihr unter dem US-Atomschirm Schutz finden? Wollt ihr Öl?“ — so fragt man in Washington. „Heraus mit den Moneten!“

Doch Geld ist nicht alles. In den USA weiß man, daß gewisse Leute in Westeuropa Finten schlagen und sich lieber mit Geld freikaufen als an dubiosen Pentagon-Operationen teilnehmen wollen. Washington aber will sich nicht täuschen lassen — es verlangt sowohl atlantisches Kanonenfutter als auch NATO-Gelder für dessen Unterhalt oder, wie sich die „New York Times“ ausdrückt, „einen Beitrag mit Menschenmaterial und Geld“.

Die Regierungen der Verbündeten,

griff US-Verteidigungsminister Harold Brown in Washington einem gemeinsamen Beschluß voraus, müßten „einen immer größeren Teil der Last“ tragen. Robert Komer, sein Stellvertreter für politische Fragen, suchte auf einer Konferenz politischer und militärischer Experten für europäische Sicherheitsfragen in München seinem Auditorium einzureden, diese Probleme ließen sich am besten angehen, indem man die militärische Präsenz des Westens im Indischen Ozean und im Persischen Golf verstärkte. Den USA wies Komer die „militärische Hauptrolle“ und die „Führung“ zu.

Sollte Westeuropa der „neuen militärischen Rolle“ nicht zustimmen und nicht zum Helfershelfer des „Weltgendarmen“ werden, dann „stellt sich die Frage, von der das weitere Schicksal des NATO-Bündnisses abhängen wird“. Mit anderen Worten könnten die Amerikaner ihren „Atomschirm“ abziehen und ihre Anvertrauten ohne „Schutz“ zurücklassen, einsam und allein mit der „militärischen Bedrohung“ durch die UdSSR.

Wenn Westeuropa zustimmt, dann werden die USA „ihre Anstrengungen verstärken, den erforderlichen allgemeinen Zugang zum Nahostöl zu gewährleisten“. Den allgemeinen Zugang? Wie viele naive Politiker gibt es eigentlich, die tatsächlich glauben, Washington sei selbstlos bereit, das ersehnte „schwarze Gold“ mit anderen zu teilen? Viel wahrscheinlicher ist wohl, daß Westeuropa überhaupt das Nahostöl verliert, falls Washington zu militärischer Gewalt greifen sollte.

Um die Partner in ihre Abenteuer im Nahen und Mittleren Osten einzuziehen, haben die Urheber der „Carter-Doktrin“ ein respektables Aushängeschild erdacht: eine „Arbeitsteilung“ im Rahmen der NATO. Und schon haben sich Politiker in Westeuropa gefunden, die sich beeilen, diese Doktrin zu akzeptieren und sozusagen als die ihre auszugeben. „Erforderlich ist jetzt eine gemeinsame Strategie des Westens, in der die Partner arbeitsteilig zusammenwirken und mit der dem sowjetischen Expansionsstreben entgegengetreten wird“, verlangte BRD-Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Dem Herrn Minister sei versichert, daß eine solche Strategie bereits entwickelt wurde — und zwar ohne sein Zutun. Die Spitzen des Weißen Hauses und des State Department erachteten es nicht einmal für notwendig, sich mit den Verbündeten vor der Verkündung der „Carter-Doktrin“ und einer ganzen Reihe von Schritten zu konsultieren, die die Kompetenzen Washingtons weit überschreiten und den gesamten Komplex der Ost-West-Beziehungen berühren. Die Verbündeten werden nicht als Mitverfasser der neuen Strategie betrachtet. Sie sollen nur das ausführen, was ihnen vorgeschrieben wird. Jedem das seine.

Die „Frankfurter Allgemeine“, die alles andere als „amerikafeindlich“ ist, hat das Wesen dieser „Arbeits-



teilung“ besser erfaßt als der Bonner Minister. Das Blatt schrieb, daß das, was die Amerikaner nicht tun wollen oder können, den Partnern aufgeladen werde. Etwas klarer als der Herr Minister sah auch „Die Welt“: „Amerika als Globalpolizei — die Kastanien überall dort aus dem Feuer holend, wo es den Europäern zu heiß ist, und Europa nur zur Selbstverteidigung in unmittelbarem Sinne des Begriffes und mit amerikanischem Schutz bereit —, das kann den USA kaum noch länger zugemutet werden.“

Sollen doch die Verbündeten die Kastanien aus dem Feuer holen und sich dabei die Finger verbrennen! Washington aber wird schon dafür Sorge tragen, Brandherde in der „Sphäre seiner Lebensinteressen“, viele Tausende Meilen vom Potomac entfernt, zu legen.

## Die Unverbesserlichen

In Westeuropa hoffen gewisse Leute auf ihren Anteil — warum sollte man sich sonst so ins Zeug legen?

London hat schon vom Leder gezogen, indem es einen operativen Kriegsmarineverband, Tausende Meilen von der eigenen Küste entfernt, ausgerüstet hat, der sich der 6. US-Flotte anschließen und an möglichen gemeinsamen Operationen am Persischen Golf teilnehmen soll. Was man nicht alles tut, um den einstigen Ruhm Großbritanniens, der „Herrscherin der Meere“, wieder aufstehen zu lassen, für die Ambitionen einer Politik „östlich von Suez“!

Doch wie sollen die Rechtskräfte in Bonn bei all dem die Ruhe bewahren? Purer Neid erfaßt sie! Warum sollten nicht auch Bundeswehr oder Bundesmarine eine Expedition zu warmen Meeren unternehmen, in Regionen des „Krisenbogens“, warum nicht eine „Fremdenlegion“ aufstellen? Warum sollen sie schlechter sein als die britischen oder die französischen Seefahrer? Einstweilen wagt es nur die Opposition, offen eine „militärische Präsenz“ der BRD in der Region des Persischen Golfs zu verlangen, und die Regierungskoalition — offenbar im Rahmen einer „Arbeitsteilung“ — weist diese Absichten zurück. Doch wie dem auch sei — beide politischen Lager haben laut DPA in Bonn eine „mögliche Umverteilung der Aufgaben im Rahmen der NATO“ diskutiert, um die „Ölversorgung sicherzustellen“.

„Wenn die Bündnismitglieder USA und Großbritannien mit Schiffen und Flugzeugen die Routen des Westens sichern, werden die europäischen Partner, voran die Bundesrepublik, die Angelsachsen bei ihren Aufgaben in der Nordsee und im Atlantik entlasten“, schrieb „Der Spiegel“.

An mögliche Varianten für eine „Einbeziehung“ der Bundeswehr wird also gezimmert. In Bonner Regierungskreisen wird nach Informationen der „Welt“ der Wunsch Washingtons erörtert, daß die Bundeswehr Transportflugzeuge für den Einsatz im Nahen und Mittleren Osten bereitstellt. Ein Kenner der

politischen Szene am Rhein wie Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß erklärte, die Bundesrepublik könne den Transport von Truppenkontingenten und Material gewährleisten sowie die erforderlichen Aktionen finanzieren.

In Washington ist man gut informiert über das Verlangen des Bonner Partners, in die vordersten Reihen der „Mächtigen dieser Welt“ treten zu dürfen, und sucht das geschickt auszunutzen. „Wir sind überzeugt, daß gerade die Deutschen eine besonders wichtige Rolle bei der weiteren Festigung und Aufrüstung der NATO spielen müssen“, schmeichelt offen Henry Kissinger, Ex-Außenminister und jetzt inoffizieller Emissär



„Amerikas einsame Rolle“ — diese Worte setzte das Nachrichtenmagazin „U. S. News & World Report“ neben dieser Zeichnung auf den Umschlag. Washington befürchtet, es könnte von seinen NATO-Verbündeten zu wenig bei dem von ihm begonnenen militaristischen Treiben unterstützt werden.

Washingtons in Westeuropa. „Gerade die Deutschen“ haben Washington vor allem dabei geholfen, der NATO die amerikanischen Cruise Missiles und die Pershing-2-Raketen aufzuzwingen. „Gerade die Deutschen“ sollen jetzt offenbar die rechte Hand im Bündnis werden. Und das zeigt gleichfalls die Rückkehr Washingtons zu jenen Zeiten, da man jenseits des Atlantik offen auf die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, auf die Revanchepolitik eines Konrad Adenauer und einiger seiner Gefolgsleute setzte, die Washington als wichtigste Stütze seiner Politik in Europa ansah.

Die Rolle eines „bevorzugten Partners“ und des Hauptpartners wird auch von London beansprucht. In Washington macht man sich das zunutze. Die Kamarilla jenseits des Atlantik, die mal den einen, mal den anderen Partner zur Brust nimmt und mit ihm abwechselnd „besondere Beziehungen“ spielt, hetzt die Favoriten gegeneinander auf und will sie zwingen, mit Zugeständnissen und durch Abgehen von einem selbständigeren Kurs um Washingtons Gunst zu buhlen.

Das schließt natürlich weder aus, daß es zu „häuslichem Streit“ in der atlantischen Sippschaft kommt noch daß die uneingeschränkte Macht ihres Oberhauptes ab und an in Zweifel

gezogen wird. Es gibt in Westeuropa auch recht einflußreiche Kreise, die es als „dritte Kraft“ sehen möchten, die erfolgreicher mit den USA konkurrieren könnte. Gerade diese Kreise wollen, das Beispiel der Gründer der „Eingreiftruppe“ vor Augen, derartige Pläne auch Europa aufoktroyieren. Jean-Pierre Fourcade, früher Minister für Wirtschaft und Finanzen Frankreichs, rührte die Trommel für die „Aufstellung gemeinsamer Interventionstrupps durch die europäischen Länder, wenn erforderlich, z. B. in Afrika“. Den Vorschlag, eine europäische Interventionsarmee zu bilden, machte auch die „Frankfurter Allgemeine“.

Auf der antisowjetischen und antiafghanischen Welle tauchen auch andere Pläne wieder aus der Versenkung auf. Erneut werden diverse Varianten für eine „gemeinsame europäische Verteidigung“ vorgeschlagen — als breit angelegte Gruppierungen der NATO- und der EG-Staaten oder als bilaterale Blöcke und Achsen. Der gleiche Kissinger hielt den Augenblick für geeignet, eine Vereinigung der Nuklearstreikräfte Großbritanniens und Frankreichs zu proklamieren — natürlich „im Zusammenwirken mit den USA“, genauer gesagt, unter ihrer Ägide. Der gleiche Strauß machte sich erneut für eine „gemeinsame europäische Verteidigung“ stark. Zudem läßt gewissen Leuten am Rhein der Gedanke eines nuklearen Flirts mit Paris keine Ruhe: Die Bundesrepublik könnte eine reiche finanzielle Mitgift und Frankreich die nukleare Technologie einbringen.

In Westeuropa hat man es ebenso wie in Washington eilig, sich die Entwicklung in Afghanistan zunutze zu machen, um den Versuch zu unternehmen, das zu realisieren, was bisher nicht gelang. Und darin kommt die zweite gefährliche Tendenz im Leben Europas zum Ausdruck.

Die Exhumierung politischer Leichname kann die Atmosphäre in Europa nur vergiften. Europa braucht etwas ganz anderes — die frische Brise der Entspannung, die manche muffigen Ecken in den Machtkorridoren auslüften würde.

Westeuropa genießt heute die Früchte von Frieden, Stabilität und Sicherheit. All das hat es nicht in militaristischen Abenteuern, nicht in Übersee-Expeditionen erlangt und nicht aus der Hand Washingtons erhalten, hat es nicht dadurch erzielt, daß es sich den sozialistischen Staaten Europas entgegengestellt hat.

In Europa, meint Leonid Breshnew, kann in naher Zukunft viel Konstruktives für den Frieden getan werden. Diese Meinung teilen alle realistisch denkenden Menschen, die in der Weiterentwicklung und Vertiefung der Entspannung den für Europa einzig gangbaren Weg sehen. Damit die Entwicklung des Kontinents auch in Zukunft in konstruktiven Bahnen verläuft, muß Europa alles Destruktive über Bord werfen — den ganzen alten oder alten Ballast.



# TRIEBFEDERN DER AGGRESSION

Im Süden des Libanons fließt wieder Blut. In den Straßen von Nabatiye und Tyrus explodieren israelische Geschosse. Die wenigen noch stehenden Bauernhäuser in Kfar Tibnit und Arnun stürzen ein. Auf den Friedhöfen bei den Lagern der palästinensischen Vertriebenen Rashidiyeh und Al-Bass wölben sich frische Gräber. Wie im vergangenen Sommer, so fliehen Bewohner des südlichen Libanons — zum wievielten Male schon! — aus ihren Häusern.

Wieder stößt Tel Aviv wüste Drohungen gegen die „Terroristen“ aus, wie es die Teilnehmer der Palästinensischen Widerstandsbewegung nennt, ja es wälzt die Schuld am Tod libanesischer Zivilisten auf die Palästinenser ab und behauptet, daß die Widerstandsbewegung ihre Geschütze in Städten und Dörfern aufstellt. Daß das eine Lüge ist, haben schon mehrmals westliche Journalisten festgestellt, die an sich mit Tel Aviv sympathisieren, von den Aussagen der UNO-Beobachter ganz zu schweigen. Dieselben Augenzeugen haben auch die Behauptung der Propaganda Tel Avivs widerlegt, daß die Palästinenser ein verheerendes Feuer auf Dörfer eröffnen, die von Truppen des berüchtigten Majors Khaddad, einer Kreatur Tel Avivs, besetzt sind. Fast 80 westliche Journalisten, für die das Informationsministerium Israels unbedachtsam eine Fahrt in diese Dörfer veranstaltete, haben das als frei erfunden bezeichnet.

Die Weißwäsche gelingt dem Aggressor nicht. Was sind aber die Triebfedern seiner Überfälle auf Südlibanon?

Schon lange behaupten die zionistischen Ideologen, geographisch müsse ganz Südlibanon zu Israel gehören, insbesondere die Flußniederung des Litani, die fruchtbar und gut bewässert ist. Die Hauptsache aber ist die strategische Bedeutung dieser Zone, in der der Libanon, Syrien und Israel aneinander grenzen.

Im März 1978 besetzte der israelische Militärklüngel ganz Südlibanon. Tel Aviv nannte den Aggressionsakt sogar Unternehmen Litani. Als Israel dann unter dem Druck der Weltöffentlichkeit weichen mußte, behielt es faktisch in einem Teil Südlibanons, wo dieses an Israel grenzt, ein Aufmarschgebiet, d. h. es stellte den

Streifen unter die Kontrolle der Gruppierung Khaddads. Israel rückte vom Litani ab, gab aber keineswegs sein auf weite Sicht gestecktes strategisches Ziel auf, ganz Südlibanon an sich zu reißen. Das bestätigen neue Tatsachen: Der von den Khaddad-Leuten kontrollierte Streifen ist in seiner ganzen Länge schon um 1,5–2 km verbreitert worden; sie haben in der Zone, in der UNO-Sondertruppen stationiert werden sollten, vor kurzem sechs Dörfer unter ihre Kontrolle genommen.

Tel Aviv hofft, mit Hilfe amerikanischer Phantoms und weittragender Geschütze die Bevölkerung aus anderen Gebieten Südlibanons zu vertreiben, um für die israelische Expansion Platz zu machen. Aber nicht nur da-

zu. Fast nach jedem massierten Beschuß fordern die Israelis die libanesischen Regierung zum Friedensschluß, genauer zur Kapitulation auf. Nach der Blutwoche im vergangenen August beeilte sich die Botschaft Israels in Paris zu erklären, Tel Aviv sei bereit, mit dem Libanon zu verhandeln, „um einen Friedensvertrag wie den mit Ägypten zu schließen und ein Teilabkommen über Frieden zu beiden Seiten der Grenze und über die Ausräumung der Terroristenstützpunkte auf libanesischem Boden zu erzielen“.

Es gelingt aber nicht, den Libanon ins „System von Camp David“ einzubeziehen. Israel stellt sich nur noch mehr bloß. Nicht von ungefähr hat Moshe Dayan als Außenminister seine Kollegen warnend darauf hingewiesen, sie müßten „den militärischen Gewinn aus den Operationen in Südlibanon und das Sinken des Ansehens Israels im Ausland infolge dieser Operationen gegeneinander abwägen“. Vor einigen Monaten verlangte US-Senator Findley sogar Sanktionen gegen Israel, weil es gegen die Gesetze der USA verstoße, nämlich in Südlibanon amerikani-

## ÄGYPTEN

# KAPITULATIONEN AM LAUFENDEN BAND

Der 18. Februar wird in die Geschichte Ägyptens nicht als Festtag eingehen. An diesem Tag ging über einer schönen einstöckigen Villa in Dokki, einem Luxusviertel Kairo, nicht weit von Präsident Sadats Amtssitz sieghaft die Fahne Israels mit dem Davidstern hoch. Es ist die gleiche, die über einem Drittel der von jeher ägyptisch gewesen Halbinsel Sinai weht, über den Kasernen und Wehrdörfern am arabischen westlichen Jordanufer und Gazastreifen sowie auf den syrischen Golanhöhen. Am 26. Februar tauschen Kairo und Tel Aviv Botschafter aus.

Der Kreis der Kapitulationen und Verrätereien hat sich demnach geschlossen, sogar früher, als es das Separatabkommen von Camp David vorsieht. War der Botschafteraustausch tatsächlich für den 26. Februar vorgemerkt, so sollte eine völlige Normalisierung der Beziehungen erst zwei Monate nach erfolgreichem — wohl gemerkt: erfolgreichem! — Abschluß der Verhandlungen über die palästinensische Autonomie erörtert werden, also nicht vor dem 26. Juli. Das ist jetzt aber höchst zweifelhaft. Jedenfalls

hat sich Präsident Sadat sogar über offizielle Erklärungen seiner nächsten Mitstreiter — Ministerpräsident Khalils und Staatsminister für das Auswärtige Ghali — hinweggesetzt und die „Normalisierung“ mit großer Geste fast um ein halbes Jahr vorverlegt.

Und schon arbeiten Ausschüsse und Unterausschüsse, eilen Delegationen hin und her. Eifrig wird an drei großen bilateralen Abkommen herumgefeilt: über Handel, kulturelle Verbindungen und Zivilluftfahrt. Gleichzeitig wird über Fremdenverkehr, Landwirtschaft, Energetik und Fernverbindungen verhandelt. In Tel Aviv beschleunigt man die Aufstellung von Plänen für den Bau eines Kanals vom Nil zur Negev-Wüste, für eine Erweiterung der Ölgewinnung in Ägypten, für die Gründung gemischter Gesellschaften zur Nutzung der Naturschätze Ägyptens usw.

Zugleich kolonisiert Israel arabische Lande am westlichen Jordanufer, wovon u. a. die Erklärung der Okkupanten zeugt, daß sie geschichtlich berechtigt seien, sich in El Khalil, einer arabischen Stadt, anzusiedeln.

Warum hat sich Sadat bemüht





sche Waffen zum Einsatz bringe. Ihm stimmten der ehemalige Generalstaatsanwalt der USA Clark und noch drei namhafte Amerikaner bei, die in Südlibanon gewesen und über die Folgen der dort von Tel Aviv begangenen Verbrechen entsetzt waren. Sie waren es, die Südlibanon mit

Südvietnam und die jetzige Rolle Israels mit der damaligen der USA verglichen.

Aus derartigen Vergleichen macht sich die US-Regierung aber nichts. Sie unterstützt den Aggressor weiter. Deshalb konnte Israel sein aggressives Vorgehen gegen den Libanon erneuern intensivieren. Außerdem meinte man in Tel Aviv, der von Washington aufgelegte antisowjetische Rummel wegen der Vorgänge in Afghanistan wirke ablenkend genug. Auch baut man dort darauf, daß die USA als Weltgendarm nicht nur ihre eigenen imperialistischen Interessen wahren, sondern auch die Expansion Israels bemänteln werden. Ferner hofft man, unter diesen Umständen werde die Weltöffentlichkeit auf die Geschehnisse in Südlibanon nicht so heftig wie im vorigen Sommer reagieren.

Die jetzige Intensivierung der Aggression gegen den Libanon ist nicht nur auf expansionistische Absichten zurückzuführen. Außerdem möchte Tel Aviv damit vom Scheitern seiner Verhandlungen mit Kairo über die sogenannte Autonomie für das west-

liche Jordanufer und den Gazastreifen ablenken. Es möchte einen Schlag gegen die Palästinensische Widerstandsbewegung führen, unter deren Fahnen sich die Bewohner der besetzten Gebiete sammeln, um gegen die Absichten der Besatzer und die Verratspolitik Sadats anzukämpfen. Und schließlich möchte Tel Aviv damit auf Syrien drücken, das im Kampf gegen die imperialistischen Nahostpläne an vorderster Stellung steht.

Bei alledem erkennt man unschwer die Absicht, sich die Spannung zunutze zu machen, die durch die Politik Washingtons entstanden ist, das es auf den Persischen Golf, auf das arabische und das iranische Erdöl abgesehen hat. Wiederum wird durch den Griff Tel Avivs nach fast einem Viertel des Libanons die Spannung nur noch erhöht. Logischerweise stößt es dabei auf festen Widerstand bei den Libanesen und Palästinensern und auf eine entschiedene Verurteilung bei allen Menschen guten Willens.

**J. KORSCHUNOW**

*Beirut, im Februar*

gefühlt, die „Normalisierung“ zu beschleunigen? „Selbst bei einem Überraschungskünstler wie Sadat ist das ein ungewöhnlicher Schritt“, schreibt die israelische „Jerusalem Post“. Begin hätte — so fährt das Blatt fort — höchstens erwarten können, daß Kairo den im Friedensvertrag vereinbarten Zeitplan genau einhält, besonders, da die Verhandlungen über die Autonomie so stockend verlaufen. Sadat habe eine durch keinerlei Schritte Israels gerechtfertigte „Großzügigkeit“ bewiesen. Und weiter:

„Ministerpräsident Begin hat gewiß alle Ursache, befriedigt zu sein, ebenso wie Präsident Carter, der in seiner Botschaft „Über die Lage der Nation“ den Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel eine Wohltat für Amerika genannt hat. Aber den überraschenden Schritt, den Herr Sadat getan hat, erklärt das alles nicht. Da er nicht einfach eine Laune sein kann, muß man ihn als eine neuerliche Herausforderung an die arabische Standhaftigkeits- und Widerstandsfront ansehen. Er soll auch den Palästinensern eine Mahnung sein, daß der Frieden geschlossen ist und es kein Zurück mehr gibt, daß es für sie das Beste sei, die Autonomie zu akzeptieren.“

Das israelische Blatt untersucht wirklich objektiv die Handlungsweise des neuen Verbündeten Israels. Vieles aber hat es dabei verschwiegen, vor

allem, daß Kapitulantentum und Verrat noch nie jemandem dauerhafte Erfolge beschert haben. Bekannt ist der entschiedene Widerstand der arabischen Länder und Völker gegen die Politik Kairs. Weniger bekannt mag es sein, daß der Kurs auf die Kapitulation in Ägypten selbst zunehmenden Unmut und Widerstand auslöst.

Die ersten Touristen aus Israel in Kairo klagen, man habe sie längst nicht so freundlich aufgenommen, wie sie es nach Sadats Reden erwartet hätten. Die erste Tour einer Gruppe aus Tel Aviv nach Kairo anlässlich der „Normalisierung“ endete mit einer großen Blamage. Der Bus, der über 50 gutzahlende Touristen in sechs Stunden an den Nil bringen sollte, blieb im Sinaisand unweit von Al-Arich stecken. Aber nicht wegen eines Sandsturms oder wegen einer Unwegsamkeit, sondern er wurde von ägyptischen Grenzern angehalten. Die Veranstalter der Fahrt hatten offenbar geglaubt, die zionistischen Geschäftsleute hätten Kairo schon ganz in der Tasche, und hatten die Touristen ohne Einreisevisa losgeschickt. Nach einigen erwarteten Stunden mußten sie umkehren.

In den Moscheen von Kairo hört man immer öfter die Forderung, alle Beziehungen zu Israel abzubrechen. In Moslemkreisen heißt es: Wenn wir mit Tel Aviv Botschafter austauschen, machen wir es ihm nur leichter, direkt innerhalb

unserer Grenzen ein Großisrael zu schaffen. Der ägyptische Anwaltsverband hat die „Normalisierung“ scharf verurteilt. Auch in der Armee treten Anzeichen dafür zutage, daß sie abgelehnt wird.

Trotz aller Drohungen und Repressalien nimmt die Nationale (linke) Fortschrittspartei einen klaren und konsequenten Standpunkt dazu ein. In einer kürzlichen Erklärung dieser Partei heißt es: „Nichts kann die Ägypter, die jahrhundertlang gegen fremde Besatzer gekämpft haben, dazu zwingen, mit Israel zusammenzuarbeiten.“ Das ganze Volk müsse seine Würde wahren und den „Ansturm des Weltzionismus“ zurückweisen. Die Partei hat die Ägypter aufgerufen, israelische Waren, Zeitungen und Bücher zu boykottieren und jedwede Zusammenarbeit mit den Zionisten abzulehnen.

Symptome eines Widerstandes gegen die „Normalisierung“ sind in Ägypten nicht zu verkennen. Allerdings ist er vorläufig noch passiv. Aber immer mehr Ägypter erkennen die Unehrlichkeit der offiziellen Redereien vom „Frieden“, die nur die Tatsache verhüllen sollen, daß das Land in die zionistische Knechtschaft geführt wird und daß die Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerungsschichten noch verschlechtert werden.

**W. LEONIDOW**

*Kairo, im Februar*



# Unser Kurs-Vertiefung der Entspannung

Todor SHIWKOW

Erster Sekretär des ZK der BKP,  
Vorsitzender des Staatsrates der VR Bulgarien

In Sofia fand eine Sitzung des Nationalrates der Vaterländischen Front Bulgariens statt. Todor Shiwkow hielt eine große Rede zu aktuellen Fragen der innenpolitischen und der internationalen Lage.

Er sagte: Angaben, die der Ausschuss für einheitliche soziale Information vor kurzem bekanntgab, zeugen davon, daß sich die Wirtschaft Bulgariens 1979 in hohem Tempo entwickelte und daß dieses Jahr eines der ergiebigsten im laufenden Planjahr fünf war.

Die Löhne und andere Zahlungen an die Werktätigen wurden heraufgesetzt, die Groß- und Einzelhandelspreise auf die weitere Entwicklung der Wirtschaft und die Erhöhung ihrer Effektivität abgestimmt. Diese große sozialökonomische Maßnahme ist unter zwei Aspekten zu betrachten: als Schaffung der festen Grundlagen für die Weiterentwicklung unserer Wirtschaft und als reale Erhöhung des Lebensstandards unseres Volkes.

Im vorigen Jahr war das ganze Land bemüht, die Beschlüsse des XI. Parteitag der BKP und der Landesparteikonferenz zu verwirklichen. Diese spielte eine wichtige Rolle bei der Begründung und Ausarbeitung der neuen Leitungsformel für Wirtschaft und nichtproduktive Sphäre.

T. Shiwkow ging auf einige Entwicklungsfragen des Landes im bevorstehenden 8. Planjahr fünf ein und berührte dann internationale Probleme.

Er betonte: In den letzten 10—15 Jahren erreichten die Völker unseres Planeten hervorragende Erfolge im Kampf gegen Ausbeutung und Armut, für Freiheit und sozialen Fortschritt. Wichtiges wurde bei der Festigung des Friedens, im Kampf für die Einstellung des Wettrüstens und die Beseitigung der Kernkriegsgefahr geleistet. Entscheidend für die positive internationale Entwicklung waren die leninistische Außenpolitik der KPdSU und der anderen Bruderparteien, die unüberwindliche Macht der UdSSR und das inspirierende Beispiel der Länder des realen Sozialismus.

Die größten Errungenschaften in diesem Kampf waren die Erhaltung des Friedens, die Überwindung der Atmosphäre des kalten Krieges und die Durchsetzung der Politik der in-

ternationalen Entspannung, der friedlichen Koexistenz und Zusammenarbeit zwischen den Völkern. Nach dem zweiten Weltkrieg leben wir nun schon 35 Jahre in Frieden. Seit fast 10 Jahren wird das Friedensprogramm der KPdSU verwirklicht, das den Weg zur Entspannung eröffnete. Das ist eine unschätzbare Errungenschaft, die für alle Völker, alle friedliebenden Menschen in der Welt gleich wichtig ist und ihren Interessen in gleichem Maße entspricht.

Neuerdings sind die Völker Zeugen einer jähren Aktivierung des westlichen Militär-Industrie-Komplexes und jener politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Kreise, die sich mit der fortschreitenden Entspannung und Zusammenarbeit, mit den Erfolgen des Sozialismus und revolutionären Weltprozesses nicht abfinden können und es nicht dulden wollen, daß immer mehr Länder den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg gehen. Der NATO-Beschluß über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in einigen westeuropäischen Ländern ist eine äußerst gefährliche Phase im Wettrüsten. Die Erklärungen und Schritte Präsident Carters im Zusammenhang mit der Hilfe der UdSSR für das afghanische Volk haben die Weltlage verschlechtert. In seiner Botschaft „Über die Lage der Nation“ rief er erneut zur USA-Hegemonie auf.

Aus Washington hört man auch Aufrufe zur neuen Konfrontation und zur Politik der Stärke gegenüber den sozialistischen Ländern. Die USA und ihre Bündnispartner spielen noch eifriger als bisher die „chinesische Karte“ aus, denn sie hoffen, Peking zu einem antisowjetischen Rammbock, zum Gendarmen in Asien, zur Hauptstütze von Reaktion und Konterrevolution im Raum des Roten Meeres und der Malakkastraße zu machen.

Tatsachen bekräftigen: Diese Absicht der USA deckt sich mit dem hegemonistischen, antisowjetischen Großmachtkurs der heutigen chinesischen Führung. Es ist sehr bedauerlich, daß der USA-Militarismus an den chinesischen Führern höchst aktive Helfer und Verbündete gefunden hat.

Die Verschlechterung der Weltlage ist kein Zufall und hat nicht mit den afghanischen Ereignissen begonnen, wie es gewisse Leute darstellen. Vielmehr ist sie eine logische Folge der nichtabreißen Versuche der reak-

tionären Kräfte aus den 70er Jahren, die Abrüstungsgespräche zu sprengen, die revolutionäre Bewegung zu unterminieren, eine militärische Überlegenheit über die sozialistischen Länder zu erreichen und das Kräfteverhältnis zu eigenen Gunsten zu verändern. Die Völker haben z. B. nicht vergessen, daß die USA die barbarische Neutronenwaffe in Europa stationieren wollten.

Die friedliebenden Kräfte vereiteln diese Pläne. Aber die Washingtoner NATO-Ratstagung, die absichtlich während der UNO-Abrüstungs-sondertagung durchgeführt wurde, faßte den Beschluß, die jährlichen Militärausgaben bedeutend zu erhöhen.

Es wurden neue Programme angenommen, die NATO mit den modernsten Waffen, darunter perfektionierten nuklearen Massenvernichtungswaffen, auszurüsten. So ist es zur Zuspitzung der Weltlage gekommen.

Ein Grund für den Übergang zu diesem Kurs waren auch die Krisenerscheinungen im imperialistischen Lager. Der Kapitalismus ist in die 80er Jahre mit schwerer Inflation, Arbeitslosigkeit sowie Energie- und Rohstoffkrise getreten. Das hat die Gegensätze zwischen den einzelnen imperialistischen Staaten vertieft.

Einige solcher Probleme nehmen angesichts der Wahlkampagne in den USA dramatischen Charakter an. Deren heutige Führung will die Massen ablenken und billiges politisches Kapital erwerben, wozu sie chauvinistische Leidenschaften aufpeitscht und besonders das Lügenmärchen von der „sowjetischen Bedrohung“ kolportiert.

Im Westen versucht man, mit uns in der Sprache des kalten Krieges zu sprechen. Das ist bedauerlich. Folgt aber daraus, daß die Welt in die Zeit vor 20—30 Jahren zurückversetzt wird? Es liegt kein Grund für ein solches Urteil vor. Was erreicht worden ist, läßt sich sehr schwer beseitigen. Niemand kann die bedeutungsvollen Errungenschaften der fortschrittlichen Menschheit aus den letzten Jahren in Frage stellen.

Einige westliche Politiker beeilen sich zu erklären, von Entspannung könne keine Rede mehr sein. Offenbar wollen sie der Welt und vor allem sich selbst einreden, daß ihr Traum in Erfüllung geht. Es gibt auch Politiker und Staatsmänner, die hoffen, daß die Drohungen, die Entspannung „einzufrieren“, sie dazu befähigen werden, uns ihre eigenen Bedingungen für die friedliche Koexistenz zu diktieren.

Welche Antwort kann man darauf geben?

Die UdSSR und die anderen sozialistischen Bruderländer wollen in Frieden leben und sich entwickeln. Wir sind an der Entspannung interessiert und streben danach, wir kämpfen für die Ergänzung der politischen Entspannung durch eine militärische, dafür, daß die Entspannung unumkehrbar wird. All das stimmt.

Doch stimmt es auch, daß die Ent-

„NEUE ZEIT“ 8-80



spannung nicht erst mit dem „Segen“ der imperialistischen Staaten möglich wurde. Ihnen ist sie ebenso notwendig wie uns. Wer glaubt, in den Ost-West-Beziehungen „von der Position der Stärke“ sprechen und uns in die Knie zwingen zu können, irrt sich gewaltig. Wir erlaubten es niemandem, uns gegenüber diesen Ton anzuschlagen, selbst als wir noch nicht so stark waren. Es ist naiv und gefährlich zu denken, daß so etwas heute möglich sei. Nach wie vor glauben wir an die Weisheit und den Friedenswillen der Völker, an den Frieden und den Fortschritt der Menschheit. Die Entspannungskräfte wachsen unablässig.

Natürlich verstehen wir, daß der Sache der Entspannung ein empfindlicher Schlag versetzt wurde. Die Welt steht an der Schwelle eines neuen, komplizierteren und verantwortlicheren Entwicklungsstadiums in den internationalen Beziehungen. Deshalb müssen die Politiker und Staatsmänner ihre Positionen beim Schutz der Entspannung bestimmen, die gegenwärtig, ausgehend von falsch aufgefaßten nationalen, gruppenmäßigen und persönlichen Interessen, kleinmütig sind, Winkelzüge machen, Schwierigkeiten und Spannungen ausschlagen. Ein solcher Weg des Renegatentums unter dem Andrang der reaktionären Kreise und mit ihrer Billigung, die Versuche, zwischen der USA-Politik und der Politik der UdSSR ein Gleichheitszeichen zu setzen, versprechen keine stabilen politischen Erfolge. Noch weniger kann eine solche Position zur Entspannung beitragen. Wer die Überwindung der Schwierigkeiten wirklich fördern will, muß offen und ehrlich den Kurs der gegenwärtigen USA-Führung verurteilen.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Politik des Imperialismus, der reaktionären Kreise eine Politik der internationalen Spannungen, des neuerlichen Wettrüstens, eine entspannungsfeindliche Politik ist. Sie mag noch so sehr verschleiert werden, aber sie richtet sich gegen den Frieden, gegen die Interessen der Völker, der werktätigen Massen. Sie bringt die Welt von heute in neue Gefahr. Wir verurteilen eine solche Politik und weisen sie zurück.

Unser grundsätzlicher Kurs ist nach wie vor Behauptung und Vertiefung der Entspannung, der friedlichen Koexistenz und Zusammenarbeit zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Unbedachten Schritten, die zu neuerlichen Spannungen und zur Gefahr einer nuklearen Katastrophe führen, setzen wir eine Politik des Realismus und gesunden Menschenverstandes entgegen. Eine solche politische Plattform ist in den Antworten Leonid Breschnews auf Fragen eines „Prawda“-Korrespondenten enthalten.

Die Sicherheit in Europa ist nicht dadurch zu garantieren, daß die Menge der Kernraketenwaffen vergrößert wird, daß Pershing- und Flügelraketen in den europäischen NATO-Ländern stationiert werden,

wie die überseeischen Militärstrategen das zu beweisen suchen. Die Völker müssen sich darüber restlos klar sein, daß die überseeischen reaktionären Kreise und Strategen bereit sind, rücksichtslos vor allem die Bevölkerung, die materielle und geistige Kultur Europas zu opfern, um, wie sie hoffen, für den Krieg unerreichbar zu bleiben. Diese entsetzliche Wahrheit muß die Politiker und Staatsmänner wachrütteln und ernütern, muß die Völker zum Kampf gegen die Kernwaffen, für die Einschränkung der Rüstungen und die Abrüstung aufbieten.

Die einzige Alternative für Europa und die ganze Welt ist, das Wett-rüsten zu begrenzen und einzuschränken, die militärische Konfrontation zu reduzieren und entschlossen zum Abrüstungskurs überzugehen. Das ist die außenpolitische Generallinie der KPdSU, der BKP, aller Bruderparteien und -staaten. Das ist die Politik der weltweiten kommunistischen und Arbeiterbewegung, der nationalen Befreiungskräfte, das ist das Bestreben der ganzen fortschrittlichen Menschheit.

Unseres Erachtens besteht für diese einzige Rettungsmaßnahme eine objektive Grundlage: der übereinstimmende Standpunkt der Länder unterschiedlichen Systems zum wichtigsten gegenwärtigen Anliegen der Menschheit, das darin besteht, die nukleare Katastrophe zu vermeiden.

Die sozialistischen Länder, auch die VR Bulgarien, glauben daran, daß Verhandlungen über die Begrenzung der Rüstungen in der jetzigen ersten Situation nicht nur möglich, sondern auch lebenswichtig sind. Damit sie aber einen Sinn haben, ist beim Dialog das in den letzten Jahrzehnten entstandene annähernde militärische Gleichgewicht zu berücksichtigen. Ebenso wie Entspannung ist Abrüstung ein zweiseitiger Prozeß und nur dann möglich, wenn alle Partner ehrliche Absichten haben und sich positiv dazu verhalten. Will die NATO mit uns von der Position der „Stärke“ und vollendeter Tatsachen aus verhandeln, so ist es klar, daß sich für solche Verhandlungen keine Partner finden.

Unter den heutigen Umständen sind die Fragen von Frieden und Abrüstung noch aktueller und dringlicher denn je. Vor allem gilt es jetzt, das Zusammenwirken aller Kräfte, die sich für friedliche Zusammenarbeit und für Entspannung auf politischem und militärischem Gebiet einsetzen, zu stärken. Die Bruderländer, darunter die VR Bulgarien, erachten das als ihre Pflicht. In diesem Sinne bereiten wir uns auf das Treffen in Madrid vor, auf dem die Fragen von Entspannung und Zusammenarbeit, die Verminderung der Kriegsgefahr in Europa sicherlich im Mittelpunkt stehen werden.

Volk und Regierung Bulgariens glauben an die Zukunft der Entspannung. In diesem verantwortlichen Augenblick der Geschichte wenden wir uns an alle Länder, alle Politiker und Staatsmänner, alle auf-

rechten Menschen, denen der Frieden am Herzen liegt. Die Entspannung ist in Gefahr, aber sie ist existent.

Wir sind überzeugt; wenn guter Wille und Realismus an den Tag gelegt und die Interessen der Völker berücksichtigt werden, lassen sich alle Weltfragen friedlich lösen. Wer diesen Weg gehen will, findet an der VR Bulgarien einen zuverlässigen Partner.

Ebenso wie früher werden die Schritte der reaktionären Kreise gegen Frieden und internationale Zusammenarbeit von einer breitangelegten antisowjetischen Propagandakampagne begleitet. Ihr Ziel ist, die Tatsachen zu verzerren und der Welt einzureden, die UdSSR hätte eine Aggression in Afghanistan verübt, was einige imperialistische Staaten zu ihrem jetzigen Kurs bewogen habe.

Wurde eine Aggression in Afghanistan verübt? Doch. Der Imperialismus und die Reaktionäre haben mit aktiver Hilfe der CIA methodisch viele Tausende Banditen ausgebildet, bewaffnet und nach Afghanistan eingeschleust, wo sie die legitime Macht, die aus der demokratischen antifeudalen Revolution im April 1978 hervorging, stürzen sollten. Sie können sich nicht damit abfinden, daß das afghanische Volk einen neuen Weg, den Weg tiefer Umgestaltungen und der Überwindung der jahrhundertalten Rückständigkeit, geht. Die Errungenschaften der Aprilrevolution schwebten in großer Gefahr. Beim Schutz ihrer Macht und ihrer Errungenschaften wandten sich das Volk und die Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan mehrmals an die UdSSR mit der Bitte, ihnen im Kampf gegen die Aggressoren Hilfe, darunter auch militärische Hilfe, zu erweisen.

Konnte die UdSSR die Bitte der legitimen Regierung des souveränen befreundeten Nachbarstaates Afghanistan abschlagen, zumal in einer für dessen Geschicke entscheidenden Zeit, als die Aggression gegen dieses Land Ausmaße annahm, die sein Bestehen bedrohten? Es ging darum, einer internationalen Verpflichtung aus dem sowjetisch-afghanischen Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit nachzukommen, der Volksmacht dieses Landes bei der Unterbindung des Exports der Konterrevolution zu helfen und es zu verhindern, daß ein befreundetes Land in ein Aufmarschgebiet für antisowjetische Operationen umgewandelt wird.

Im vollen Einklang mit den völkerrechtlichen Normen und der UNO-Satzung kam die UdSSR ihren Vertragsverpflichtungen nach.

Um die gewaltige internationale Bedeutung der sowjetischen Hilfe für Afghanistan beurteilen zu können, muß man in Betracht ziehen, daß die USA zu der Zeit bereits das neue Wettüsten ankurbelten und die Weltlage zuspitzten, daß einige westeuropäische NATO-Länder unter grobem Druck der USA in die Stationierung der nuklearen Mittel-



streckenraketen, die sich gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder richten, einwilligten, daß das konterrevolutionäre Bündnis zwischen dem Imperialismus und dem chinesischen Hegemonismus immer deutlicher seine unheimliche Gestalt annahm, daß immer neue US-Flottenverbände in Richtung Westindien und Persischer Golf abfuhren und immer offener mit Gewaltanwendung gedroht wurde.

So steht es um die sowjetische Militärhilfe für Afghanistan. Das ist nicht Aggression, sondern Unterbindung der Aggression, nicht Export der Revolution, sondern Unterbindung des Exports der Konterrevolution, ein Schritt nicht zur Zuspitzung der Weltlage, sondern zur Abwendung einer internationalen Entwicklung, die unweigerlich viele schwere Folgen für den Frieden gehabt hätte, und zwar nicht nur in dem fraglichen Raum, sondern auch in der ganzen Welt.

Die VR Bulgarien billigt und unterstützt die sowjetische Hilfe für Afghanistan.

Als Kommunisten, als sozialistisches Land, als ein Volk, das sich und die anderen Völker achtet, halten wir es für unsere höchste internationalistische Pflicht, noch einmal die Wahrheit über die UdSSR und das Sowjetvolk zu erwähnen, die Wahrheit, die die imperialistischen Aggressoren und ihre Helfershelfer so verbissen durch schmutzige Lügen und Verleumdungen zu übertönen suchen.

Wenn die Welt in Frieden lebt, wenn die Entspannung in den internationalen Beziehungen besteht und reale Schritte zur Abwendung der Kernkatastrophe gemacht wurden, so ist es vor allem ein Verdienst der UdSSR, die konsequent, unermüdet und geduldig die Feindseligkeit, das Mißtrauen, die klassenbedingte Borniertheit und nationalistische Verblendung, die Trägheit und Passivität ihrer kapitalistischen Partner überwindet.

Die VR Bulgarien ist ein treuer Bündnispartner der UdSSR. Unsere Völker sind durch Jahrhunderte der Geschichte, durch brüderliche Gefühle und eine unerschütterliche Freundschaft verbunden. Wir unterstützen die friedliebende und realistische Außenpolitik der UdSSR, ihren konstruktiven Kurs auf politische und militärische Entspannung.

## POLARISIERUNG

Ruslan TUTSCHNIN

In dieser kleinsten der lateinamerikanischen Republiken, die an der Pazifikküste liegt, reifen große Ereignisse heran. Anfang Februar hob die jetzt regierende Junta aus Zivilpersonen und Militärs alle Verfassungsgarantien auf, und die Aussichten auf die erwarteten friedlichen demokratischen Umgestaltungen schwanden. Die Polarisierung der sozialen und politischen Kräfte hat beispiellose Ausmaße erreicht. Nach der einmütigen Meinung der dortigen Beobachter erlebt die Republik heute die tiefste politische Krise ihrer Geschichte.

### Ergebnisse des Militärregimes

Das Volk von El Salvador hat viel durchmachen müssen. Seit fast einem halben Jahrhundert sind dort Militärs an der Macht, die — offen oder unter dem Mäntelchen einer dürrtigen „Verfassung“ — ihre Diktatur ausüben. Die Latifundienbesitzer haben die fruchtbarsten Ländereien an sich gerissen. Nur 2% der Bodenbesitzer verfügen über rund 60% aller Nutzflächen. Politisch nahe stehen ihnen die Industrie-, Finanz- und Handelsgewaltigen, die ein Bündnis mit dem Auslandskapital anstreben. Dieser Oligarchie haben mit dem Segen der USA reaktionäre Generale und Oberste schon immer auf Treu und Glauben gedient.

Statistiken veranschaulichen die schlimme soziale Lage im Lande. Fast 58% der 4-Millionen-Bevölkerung haben ein Einkommen von 10 Dollar im Monat, das sie zu einem Elendsdasein verurteilt. Lediglich 16% der Arbeitsfähigen sind beschäftigt, die übrigen sind Arbeitslose oder Kurzarbeiter. Die Hälfte der Kinder stirbt noch vor Erreichung des fünften Lebensjahres an Unterernährung und Krankheiten. Auf je 10 000 Einwohner kommen nicht einmal drei Ärzte, zudem leben die meisten von ihnen in der Hauptstadt. Die Hälfte der Bevölkerung besteht aus Analphabeten.

### Vorbeugender Umsturz

Der Sieg des nikara-

guanischen Volkes, das die verhaßte Somoza-Tyrannie stürzte, löste in El Salvador, wo sich die Klassengegensätze bis zum äußersten verschärft haben, ein revolutionäres Echo aus. Die Clique des Diktators General Romero mochte noch so sehr wüten, noch so raffinierte Terrormethoden anwenden, es wurde jedoch immer klarer, daß ihr weiterer Aufenthalt an der Macht in sozialer Hinsicht explosiv war. Die Oligarchie in El Salvador wußte, daß eine solche Explosion nicht nur die Diktatur, sondern auch alle Privilegien der herrschenden Schicht hätte vernichten können.

Der Militärputsch im Oktober v. J., bei dem junge Offiziere die entscheidende Rolle spielten, sollte das politische Leben „beruhigen“. Die neue Macht sollte das verwirklichte, was in einigen Washingtoner Kreisen als „reformistisches Projekt“ bezeichnet wurde, nämlich „gemäßigte“ Reformen vornehmen, die die Grundfesten der Ausbeutergesellschaft nicht antasteten. Die Teilnehmer des Umsturzes, die den Diktator Romero entmachteten, ließen sich jedoch nicht von Erwägungen des Kampfes um die wirtschaftliche Unabhängigkeit von den USA, um die soziale Gerechtigkeit leiten. Es ging ihnen darum, die anwachsende Befreiungsbewegung niederzuhalten und einer für die herrschenden Klassen gefährlichen Entwicklung vorzubeugen.

Anfangs versprachen die neuen Machthaber gewisse sozialökonomische Umgestaltungen, darunter eine Agrarreform. Um die Junta respektabler zu machen, führten die Militärs sogar einige zivile bür-

In San Salvador. Der Panzer blockiert den Eingang zur nationalen Universität, wo Tausende Teilnehmer einer regierungsfeindlichen Demonstration Zuflucht gefunden haben.

Foto aus „Granma“ (Kuba)





gerliche Politiker fortschrittlicher Richtung in sie ein. Bald zeigte sich aber, daß die patriotischen Offiziere politisch dem Druck der reaktionären Militärs nicht standhalten konnten. Deren Widerstand gegen die Demokratisierung des politischen Lebens und die Durchführung der herangereiften einschneidenden wirtschaftlichen Umgestaltungen löste eine Regierungskrise aus.

Unter diesen Umständen traten neue „Retter“ auf den Plan: die rechten Christdemokraten, die mit dem Block der Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie sowie mit dem USA-Kapital liiert sind. Ihre Vertreter wurden in die Junta aufgenommen, um der Militärregierung einen zivilen Anstrich zu geben.

## Rechts außen

Früher, unter der Diktatur der Militärs, hatte die Christlich-Demokratische Partei unter José Duarte, die gleichsam in der Opposition stand, ein gewisses Ansehen bei den Massen. Jetzt aber stößt sie auf allgemeine Verurteilung. Die Abmachung der rechten Christdemokraten mit den einheimischen Oligarchen und reaktionären Militärs paßte nur den USA, die somit die Möglichkeit erhielten, mit dem „repräsentativeren“ Charakter der neuen Regierung in El Salvador zu renommieren.

Die Manipulationen um die Bildung der neuen Junta von Militärs und Zivilpersonen riefen bei den breitesten Bevölkerungsschichten Entrüstung hervor und führten das Land dicht an den Rand des Bürgerkriegs. Die Straforgane der Regierung begannen mit einer rigorosen Unterdrückung der Volksbewegung. Am 12. Februar veranstalteten sie in der Hauptstadt erneut ein Blutbad, diesmal unter demotivierenden Studenten und Oberschülern. Etwa 20 Personen wurden getötet, sehr viele verwundet. Der Polizei gingen Terroristengruppen an die Hand, die die Räumlichkeiten der linken Organisationen in Brand steckten.

Das gegenwärtige Regime hat unter dem Druck der Oligarchie allen Stoßtruppen der Reaktion — von den Banden der Gutsbesitzer auf dem Lande bis zu paramilitärischen faschistoiden Organisationen in den Städten — volle Handlungsfreiheit überlassen. Diese Extremrechten ermorden Politiker, verüben Anschläge auf Aktivisten von Volksorganisationen und provozieren Straßenzusammenstöße. Wie Erzbischof O. Arnulfo Romero erklärte, üben die Extremrechten die illegale Macht im Lande aus.

Mit aktivem Beistand des Verteidigungsministers Oberst García verdrängen die rechten Militärs die demokratischen jungen Offiziere von wichtigen Staatsposten, um diese den eigenen Kreaturen zuzuschieben.

Industriemagnaten und Großgrundbesitzer drosseln die Produktion, sabotieren und steigern die ohnehin gewaltige Arbeitslosenzahl noch mehr. All das zeugt davon, daß die Offensive der Reaktion im gesamt nationalen Maßstab geplant ist. Ihr Hauptziel ist es, eine angespannte wirtschaftliche und politische Situation herbeizuführen, die es ermöglichen wird, jederzeit einen



Zeichnung aus: „Granma“ (Kuba)

Staatsstreich zu verüben und die erstarkende demokratische Volksbewegung im Blut zu erstickern.

## Washington eilt zu Hilfe

Bei ihren volksfeindlichen Vorhaben weiß die Oligarchie einen starken Verbündeten im Rücken. Im Weißen Haus verfolgt man die Entwicklung in El Salvador beunruhigt, weil die USA-Politiker Nicaragua noch nicht vergessen haben, wo sie weder durch politische Manöver noch durch direkte Einmischung den Sieg des Volksaufstandes gegen die Somoza-Diktatur verhindern konnten. Unter Hinweis darauf, daß Washington die neue Regierung von El Salvador unterstützt, schreibt die „New York Times“: „Gewisse amerikanische Amtspersonen meinen, eine offene USA-Intervention sei in El Salvador unvermeidlich, aber ebenso wie in Nicaragua könnte sie zu spät kommen, um die Entwicklung noch zu beeinflussen.“

So fühlt sich Washington denn zur Eile angetrieben. Das Pentagon und das Staatsdepartement haben schon unter sich ausgemacht, wo sie sich einmischen werden. Das Pentagon hat 5 Mio Dollar für die militärische „Hilfe“ an El Salvador bereitgestellt. Waffen ergießen sich in dieses Land in breitem Strom: für die Strafrupps der Regierung, die

Terrorbanden und die faschistische verhetzten Gruppen.

Auf diplomatischem Gebiet betätigt sich der stellvertretende Außenminister W. Bowdler, der einst Botschafter in El Salvador war (wenn jemand, dann hat er Erfahrungen mit der einheimischen Oligarchie) und dann, am Vorabend des Sieges der nikaraguanischen Revolution, die Somoza-Leute mit den aufständischen Patrioten „auszusöhnen“ versuchte. Vor kurzem machte er eine Reise nach San Salvador und beglückte die dortigen Behörden mit seinen Ratschlägen. Die hauptstädtische Zeitung „El Independiente“ teilt mit, Bowdler habe sich mit reaktionären Generalen getroffen und ihnen versichert, daß die USA die Politik der jetzigen Junta restlos unterstützen. In den demokratischen Kreisen betrachtet man diese Reise des Abgesandten des Weißen Hauses als grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes und als Versuch, die revolutionäre Entwicklung zu verhindern.

Noch früher war Bowdler in den Nachbarländern Guatemala und Honduras, wo er die dortigen Herrscher dazu überredete, El Salvador mit einem „Sanitätskordon“ zu umgeben und der Reaktion dieses Landes im Kampf gegen das Volk zu helfen. Laut Agentur „Nueva Nicaragua“ wird in den Grenzgebieten Guatemalas eine Intervention vorbereitet. Daran sollen Tausende Vertreter der reaktionären guatemalteckischen Gruppierungen, der geflohenen Somoza-„Gardisten“ und kubanischen Emigranten teilnehmen.

\* \* \*

Heutzutage hängt die Zukunft der Republik entscheidend von der Geschlossenheit aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte El Salvadors ab. Drei einflußreiche linke Organisationen — die Volksbefreiungsfront „Farabundo Martí“, die Bewaffneten Kräfte der Nationalen Résistance und die KP — bildeten Anfang Januar die „Revolutionäre Koordinierungsorganisation“. In ihrer gemeinsamen Erklärung heißt es, daß dieser Beschluß „zur Festigung der Einheit aller revolutionären Kräfte im Lande beitragen wird“. Die Vereinigung der Linkskräfte ist bereit, andere demokratische Gruppierungen aufzunehmen.

In der angespannten Situation, da das Land am Scheideweg steht, ruft die KP das Volk auf, der inneren und äußeren Reaktion eine entscheidende Abfuhr zu erteilen.



## POLIZEIÜBERFALL

Am 22. Januar hielten in Bonn zwei grüne vergitterte Busse vor dem Sitz des Vorstandes des Marxistischen Studentenbundes Spartakus und der Redaktion der Zeitschrift „Rote Blätter“. Dutzende Polizisten besetzten alle Ein- und Ausgänge. Die Haussuchung dauerte über fünf Stunden. Dann entfernten sich die ungebeten Gäste, nachdem sie „manche Dokumente“ hatten mitgehen lassen.

Wie kam es zu diesem Einsatz? Offenbar sind der Polizei die Nerven wegen einer sensationellen Enthüllung in den „Roten Blättern“ durchgegangen. Der Autor eines dort kürzlich veröffentlichten Beitrages rief als angeblicher „Mitarbeiter des Verfassungsschutzes“ bei einigen Universitäten an und stellte Vertretern der Verwaltung einige Fragen. Die Antworten wurden auf Tonband festgehalten. Die Aufzeichnungen beweisen, daß die Universitätsverwaltungen oft als Filiale des Verfassungsschutzes tätig werden und „unzuverlässige Elemente“ bespitzeln. Freiheit à la BRD!

Auf Grund dieser Enthüllungen müßte die Justiz die Verantwortlichen eigentlich zur Rechenschaft ziehen. Doch die Bundesbehörden entwickeln bei der Verteidigung der „Menschenrechte“ nur dann Aktivitäten, wenn es um andere Länder geht.

Unterdes kündigten die „Roten Blätter“ im nächsten Heft eine weitere unangenehme Überraschung für die Universitätsspitzen an. Dokumente sollen veröffentlicht werden, die nachweisen, daß Angaben aus der Bespitzelung von Studenten nicht nur an den Verfassungsschutz, sondern auch an Personalabteilungen von Industrieunternehmen gehen, damit nicht „aus Versehen“ irgendein „Sozi“ eingestellt wird.

K. KARAGESIAN  
Eigenbericht

Bonn

16



## NICHT FÜR SAMMLER

Die Obligation über 20 Pfund Sterling, die die britische Zeitschrift „Economist“ wiedergab, wurde 1911 von der Regierung des kaiserlichen China emittiert. Seit dem Sieg der Volksrevolution von 1949 hatten nicht nur die Schuldverschreibungen des Qing-Reiches, sondern auch die Wertpapiere des Kuomintang-Regimes nur noch Sammlerwert. Die Finanziers im Westen schrieben diese Papiere ab.

Jetzt aber hoffen gewisse Leute, für ihre seit langem fast in Vergessenheit geratenen Obligationen voll ausgezahlt zu werden.

Möglicherweise werden die Peking Finanziers tatsächlich das Wohlwollen westlicher Bankiers kaufen wollen. Wurden ja nicht ohne Grund Obligationen über 500, 5000 und 50 000 Yuan von Peking in Umlauf gebracht. Solche Summen sind für den Durchschnittschinesen, der ca. 50 Yuan monatlich erhält, völlig unerschwinglich. Peking will offenbar die neuen Obligationen für Devisen ans Ausland absetzen.

## BLINDE GEFOLGSCHAFT

„In schweren Zeiten ist es schön, solche Freunde wie Sie zu haben. Das läßt hoffen“, pries Carter den australischen Premierminister Fraser, als jener Washington einen Besuch abstattete. Der Gast blieb nichts schuldig: „In einer Krisensituation müssen gerade die USA die Führungsrolle übernehmen... Australien hat alles getan, um die amerikanischen Aktionen zu unterstützen.“

Der Gastgeber und sein Besucher betonten wie aus einem Mund die Notwendigkeit „gemeinsamer Anstrengungen“ im Raum des Indischen Ozeans und verwiesen auf die „weitgehende Übereinstimmung“

bei der Nutzung australischer Stützpunkte durch die US-Kriegsmarine. „Wir werden möglicherweise dorthin“ (in den Indischen Ozean) „einen Flugzeugträger in Begleitung eines operativen Kriegsschiffverbandes entsenden“, versprach Fraser.

Noch war Carter nicht mit seiner Botschaft „Über die Lage der Nation“ aufgetreten, als Fraser schon per TV seine „Botschaft an das Volk“ gehalten hatte. In beiden Botschaften wird der gleiche Gedanke ausgemalt: Unverzügliche Aktionen gegen die „sowjetische Expansion“ seien notwendig — und das unbedingt unter Führung der USA.

Ob sich der australische Premier bewußt ist, wohin seine blinde Gefolgschaft führen kann?

G. VIKTOROW

## KOLONIALE BALKONS

Der Status der britischen Kronkolonie Hongkong scheint der Peking Führung durchaus recht zu sein. Sie verspricht nicht nur der Kolonialverwaltung von Hongkong, diesen Status für absehbare Zukunft zu respektieren, sondern bemüht sich auch, immer wieder einen neuen „kolonialen Balkon“ — so wird auch Hongkong manchmal genannt — zu schaffen.

1979 erhielten zwei Bezirke der

Provinz Guangdong in unmittelbarer Nähe von Hongkong und Macao einen Sonderstatus, der einen breiten Zutritt ausländischer Investitionen ermöglichen soll. Im August v. J. hatte Peking beschlossen, den Provinzen Guangdong und Fujian „größere wirtschaftliche Autonomie“ einzuräumen. Später folgte eine weitere Küstenprovinz, Zhejiang. Japanischen Pressemeldungen zufolge ist eine „Freihandels-

## ZWEIERLEI MASS

Die Tokioter „Mei Shun“ meldete, Japan wolle die Wiederaufnahme der seit 1975 versprochenen Wirtschaftshilfe für Vietnam als kommende Finanzjahre legen. Warum? „Das japanische Außenministerium trachtet die Lage in Kambodscha immer noch als unhaltbar.“ Die Peking-„Welttribüne“ berichtet, die japanische Regierung sei schlecht über die Pläne der US-Partners aus dem „Freundschafts- und Partnerschaftsvertrag“ informiert ist, ließ Vietnam Hilfe leisten, falls es Truppen aus Kambodscha nicht abziehen“ werde.

Vietnam soll also einmal erpreßt werden. Absicht, die Wirtschaft mit dem künstlich geschaffenen „Kampuchea-Problem“ zu verbinden, ist nichts als Scheitern. Wurden ja keine Pläne für eine Verstärkung der japanischen Hilfe für diverse Länder, vor allem Pakistan, bekanntgegeben. Sprecher des Außenministeriums gab den Beschlüssen bekannt, Pakistan 34 Millionen Dollar Sonderhilfe zukommen lassen — doppelt soviel wie für die pakistanische Regierung. Daß die pakistanische Regierung ihr Land für die Verklärung der amerikanischen chinesischen Krieg gegen benachbarte Afghanistan zur Verfügung hat, stört die japanische Regierung nicht im geringsten. Pakistan ist offenbar Tokio eine wahre Idylle des Friedens.

N. LOSS

zone“ auf einer Insel der Provinz Fujian geplant. Dort Grundstücke auf 100 Jahre pachtet, der Umlauf von Devisen und Investitionen von Steuern befreit werden. 5000 billiger Arbeitskräfte werden ihnen garantiert, und eine internationale Handelskammer geplant.

In Hongkong scherzt man, China werde wohl selbst ein kolonialer Hongkong werden.

F. JURY



Er ist sehr neugierig:  
 „Was ist das — Canberra?“  
 „Was stellt eigentlich die ‚Vier-  
 bande‘ dar?“  
 „Sie meinen, zwischen Indien und  
 Pakistan hat es einen Krieg gegeben?“  
 „Sie sagen also, in Korea bestehen  
 zwei verschiedene Regierungen?“  
 Von Helmut Schmidt und von Valéry  
 Giscard d'Estaing hat er noch nie etwas  
 gehört.

Er fragt interessiert:  
 „Wer ist eigentlich Indira Gandhi?  
 Und wer Deng Xiaoping? Und Cal-  
 laghan? Wer waren eigentlich Nehru  
 und Sukarno?“

All diese Fragen müssen der Londo-  
 ner „Times“ zufolge Mitarbeiter der  
 US-Botschaft in Singapur über sich  
 ergehen lassen. Gestellt werden die  
 Fragen von US-Botschafter Richard  
 Kneip.

Neben einigen Wissenslücken demon-  
 striert der Abgesandte des State De-  
 partment auch ein ganz besonderes  
 Verständnis der Etikette. Er bringt es  
 fertig, ein offizielles Treffen zu verlas-  
 sen, bevor ein führender Politiker des

## SINGAPUR— WO LIEGT DAS?

Landes gesprochen hat. Der Bot-  
 schafter ließ sich einmal breitschlagen,  
 höchstpersönlich eine Gruppe hoher Mi-  
 litärs bei der Besichtigung eines US-  
 Kriegsschiffes im Hafen von Singapur  
 zu begleiten. Auf halbem Wege ließ  
 er seine Gäste stehen und befahl statt  
 dessen seinem Boy, sie weiter zu  
 begleiten.

Die Politiker von Singapur und die  
 Leiter diplomatischer Missionen an-  
 derer Länder bleiben aber glücklicher-  
 weise solcher „Gastfreundschaft“ un-  
 behelligt: Der Botschafter lädt nieman-  
 den in die Embassy ein.

Wie der einstige Stellvertreter von  
 Mr. Kneip sagte, nehmen die „höch-  
 sten Funktionsträger Singapurs den  
 Botschafter einfach nicht mehr ernst“.

Und bei all dem hat das State Depart-  
 ment der „Times“ zufolge offiziell sein  
 „vollstes Vertrauen für die Methoden,  
 mit denen die Botschaft in Singapur die  
 Geschäfte in der Amtszeit des jetzigen  
 Botschafters führt“, bekundet.

Während des letzten Präsidentschafts-  
 wahlkampfes hatte Mr. Kneip, damals  
 Gouverneur von Süddakota, die Ge-  
 schäfte seines Bundesstaates und seines  
 Großhandelsunternehmens für Molke-  
 reianlagen vernachlässigt und sich  
 intensiv für die Wahl Carters eingesetzt.  
 Der Präsidentschaftsanwärter erklärte  
 damals bestimmt, er wolle damit auf-  
 räumen, daß dafür ungeeignete Leute  
 zu Botschaftern ernannt werden, wenn  
 sie nur Freunde des Präsidenten sind  
 oder ihn im Wahlkampf stark unterstützt  
 haben.

Doch auch dieses Wahlversprechen  
 wurde, wie wir sehen, gebrochen —  
 wie so viele andere.

Als der Präsident Mr. Kneip zum  
 Botschafter in Singapur ernannte, soll  
 jener ihm gedankt und gefragt haben:  
 „Singapur, wo liegt das?“

W. SHITOMIRSKI

## CHILLY CHIC

In England zieht der Abhör-  
 skandal immer weitere Kreise. Es  
 sollte sich zeigen, daß vor dem  
 wachsamem Ohr des M15, der  
 britischen „Spionageabwehr“,  
 selbst Parlamentsabgeordnete  
 und Kabinettsmitglieder nicht  
 sicher sind — ganz zu schweigen  
 von Gewerkschaftsaktivisten.



„Sie brauchen uns nicht anzu-  
 rufen, wir hören Sie sowieso  
 ab.“

Aus der „Financial Times“  
 (Großbritannien)

Die Beilage „Zeit Magazin“ (BRD), die  
 dieses Foto brachte, informiert die Le-  
 ser über die letzte Mode, die in US-Ate-  
 liers entstanden ist und die treffende  
 Bezeichnung „Chilly Chic“ („kühler  
 Chic“) erhalten hat. Ein gefütterter Mor-  
 genmantel, der an einen vorn auf-  
 geschnittenen Schlafsack erinnert, ist  
 vielleicht nicht sonderlich elegant, dafür  
 aber wärmt er.

In der New-Yorker „High Society“  
 ist es jetzt „in“, Gäste in Chilly Chic zu  
 empfangen. Die Salonlößinnen prahlen  
 vor einander auf Parties in gerauchten  
 Gamaschenhosen aus „Großmutters  
 Kommode“. In den Geschäften werden  
 für das entsprechende Bargeld umgear-  
 beitete Schlafsäcke, speziell gefütterte  
 Daunendecken und ausgefallene warme  
 Kleidungsstücke feilgeboten.

Die Modeschöpfer wollten offenbar  
 den USA in der schweren Energiekrise  
 zu Hilfe kommen, da die Administration  
 offenbar dazu unfähig ist. Nur mit Ver-  
 sprechungen geizte sie nicht, die Ame-  
 rikaner würden es diesen Winter warm  
 haben, sowie mit Energiesparappellen.  
 Die Preise für Heizöl klettern doppelt  
 so schnell wie die für Rohöl. Weitaus  
 nicht überall kann geheizt werden. Nach  
 wie vor machen allein die Ölmultis das  
 große Geschäft. Die Profite der 19 größ-



ten Ölmonopole werden 1980 voraus-  
 sichtlich 25 Md. Dollar erreichen.

Was hingegen den Chilly Chic angeht,  
 so können sich nur wenige solche Ex-  
 travaganzen leisten. Der letzte Schrei  
 der Mode ist sündhaft teuer.

G. SIDOROWA



# Alltag eines örtlichen Sowjets

Felix GORJUNOW

Tagsüber stellten wir auf Dächern Rundfunkantennen auf, nachts schliefen wir in dem jeweiligen Dorfsowjet, d. h. in gewöhnlichen Bauernhäusern. Der Rayon Uwarowka, über den wir die Patenschaft übernommen hatten, hatte nicht einmal Drahtfunk, und unser Physiklehrer ließ uns Detektorempfänger basteln und während der Winterferien in den Dörfern dieses Rayons Antennen dafür bauen. In seiner Jugend verwaltete Michail Kusmitsch eine der ersten Dorflesestuben und wußte, was Rundfunk für ein entferntes Dorf bedeutete, wo es keine Elektrizität gab und selbst der Postbote nicht jeden Tag aufkreuzte. Unsere Altersgenossen im Dorf hatten uns die recht einfache Arbeit schnell abgeguckt, es waren ja auch nur Kupferdraht auf einer Pappspule, ein Piezokristall und die Kopfhörer.

Man schrieb das Jahr 1947, aber obwohl die 5. Armee von General Goworow diese Gegend um Moshaisk schon im Januar 1942 von den deutschen Okkupanten befreit hatte, waren die Spuren des Krieges unübersehbar: zerschossene Kirchtürme, kahle Schornsteine anstelle von Häusern...

Jetzt saß ich im elektrischen Nahverkehrszug, sah aus dem warmen Waggon auf die im Februarfrost erstarrte Landschaft und mußte daran denken, wie lange wir damals brauchten, um mit einem zerfahrenen Schlitten von Dorf zu Dorf zu kommen.

## Auf der Waagschale der Geschichte

Für die Umgebung von Moskau, deren Wirtschaftsstruktur sich nach dem Krieg einschneidend veränderte, ist der Rayon Moshaisk nicht sehr typisch. Er hat nur eine Stadt, Moshaisk (das ehemalige Rayonzentrum Uwarowka wurde in den 50er Jahren eine Arbeitersiedlung), und ist bei weitem nicht so bekannt wie die anderen, die eine ausgebaute Industrie haben wie Kolomna (Loks und schwere Werkzeugmaschinen), Podolsk (Maschinenbau), Elektrostal (Hüttenwesen), Stupino (Aluminium), Noginsk (Textilien) oder Woskressensk (Chemie).

Die erste Erwähnung der Stadt finden wir in der Nikon-Chronik

aus dem Jahre 1231, die Stadt wird also nächstes Jahr ihr 750jähriges Jubiläum begehen. Moshaisk, ein Lehnbesitz der Moskauer Fürsten, war eine Festung im westlichen Vorfeld der alten Hauptstadt Rußlands.

Moshaisk hat auch eine andere Geschichte, kaum anders als die vorrevolutionäre Vergangenheit anderer solcher Provinznester. Hier ein paar Zahlen von Ende des vorigen Jahrhunderts: Es gab dort 117 Adlige, 53 Geistliche, 234 Ehrenbürger und Kaufleute und 3844 Kleinbürger. Die Adligen und Beamten besaßen in diesem Amtskreis 40 571 Deßjatinen Boden, die Kaufleute 16 394, die Bauern 5486 Deßjatinen. Die Bauern schuldeten alles in allem 13 532 Tschetwert Winter- und 1211 Tschetwert Sommergetreide. \* 2162 Bauernhöfe hatten keine Pferde. Dafür hatte der Amtskreis 25 Kneipen, 18 Wein- und 65 Krämerläden. Angaben von 1893 zufolge gingen von den 9411 schulpflichtigen Kindern nur 1733 zur Schule. Die Stadt zählte drei Ärzte, die drei Krankenhäuser des Amtskreises beschäftigten weitere sechs. Dafür hatte der Amtskreis zwei Klöster und 48 Kirchen.

Wie sieht es heute in und um Moshaisk aus? Diese Frage führte mich in den Stadtsowjet, wo man über das Leben im ganzen Rayon Bescheid weiß.

## „Sie kann alles“

Der stellvertretende Vorsitzende des Moshaisker Stadtexekutivkomitees Lew Krotkow empfing mich sehr gastlich, aber ich merkte, daß er keine Zeit für lange Gespräche hatte. Eine Stunde später sollte das Büro des Stadtparteikomitees zusammentreten, wichtige Fragen standen auf der Tagesordnung, und er mußte sich noch ein wenig vorbereiten. Man hatte eben aus einem Kindergarten angerufen, wo die

\* Deßjatine = 1,09 ha. Zu den Schulden: 1896 betrugen sie im ganzen Russischen Reich 117 Mio. Rubel; in der Hauptsache waren das Rückstände bei der Abfindung für den Grund und Boden, die an die Gutsherren und den Fiskus zu zahlen war. Den verschuldeten Bauern wurden Vieh, Geräte und Getreide (1 Tschetwert = 209,9 l) beschlagnahmt.

Rohre wegen der Kälte geplatzt waren, dann war ein Rentner gekommen, um sich über eine Verkaufsstelle zu beschweren, und auch das wollte nachgeprüft werden...

Der Alltag eines Stadtsowjets eben, lauter kleine Dinge, aber hinter jeder Kleinigkeit stecken Menschen, und wenn sie mit ihren Sorgen zum Deputierten des Stadtsowjets oder direkt ins Exekutivkomitee kommen, zeugt es vom Vertrauen der Menschen zur Sowjetmacht, von ihrer Überzeugung, daß sie „alles kann“. Die örtliche Macht kann natürlich nicht alles. Schön wäre es z. B., wenn Moshaisk ebenso viele komfortable Hochhäuser hätte wie etwa Odinzowo, das von Moskau aus nicht in zwei Stunden, sondern in nur einer halben Stunde Fahrt bequem zu erreichen ist. Schön wäre es, wenn die Geschäfte in Moshaisk reibungslos mit Fleisch versorgt würden, wenn die Zahl der Plätze in Krippen und Kindergärten für alle reichte...

Gewöhnlich ist es so, daß man mehr über Mängel nachdenkt, das andere aber, das da ist, für selbstverständlich hält: daß in der UdSSR alle Arbeit haben, daß die Mieten niedrig, die medizinische Betreuung und die Bildung unentgeltlich sind, daß niemand in einem Mißerntejahr Schulden zu machen braucht. Im Stadtexekutivkomitee erzählte man mir, daß die Abteilung Volksbildung stets Probleme damit hat, die 11 000 Rubel aus dem Fonds für die allgemeine Bildung von Kindern aus minderbemittelten Familien zu verteilen. Im Rayon gibt es nicht eine einzige Familie, in der die Kinder wegen Mangel an Kleidung, Schuhen, an Geld für die Lehrbücher nicht zum Unterricht kommen könnten (zumal die Lehrbücher in der Grundschule unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden).

In dieser Hinsicht unterscheidet sich Moshaisk — Stadt und Rayon — von keinem anderen Ort der UdSSR. Die städtische Zeitung „Nowaja Shisn“ (Neues Leben) bringt immer wieder Inserate: Es werden eingestellt... folgt eine lange Aufzählung: Ingenieure, Techniker, Meister, Fahrer, Laboranten, Schlosser, Agronomen, Kassierer, Speditionsarbeiter, Museumsführer usw. Der Stadtsowjet hat zwar keinen übermäßigen Wirtschaftsfonds (1979: nur 625 000 Rubel), aber die Kommunalwirtschaft und die örtliche Industrie brauchen ständig neue Fachkräfte.

Wie überall in der UdSSR wird der größere Teil des örtlichen Haushalts — 84,6% — für die sozialen und kulturellen Zwecke verwendet: Unterhalt von Schulen und Internatsschulen, Bibliotheken,





In solche Neubauten zogen vor kurzem 14 Familien von Mitarbeitern des Sowchos „Iwakino“, Rayon Moshaisk, ein. Deputierte des Dorfsowjets Koshuchowo (v. l. n. r.): Galina Konowalowa, Viktor Golubkow und Tatjana Sarubowa.  
Fotos: R. Strelow

Klubs, Kindergärten usw. (der Rayon hat zwei große Krankenhäuser, 9 Ambulatorien für je 20–25 Betten und 44 Sanitätsstellen und Entbindungsstationen).

Nicht wenig wird für die Sozialfürsorge ausgegeben, obwohl der Hauptteil der einschlägigen Ausgaben vom Staat bestritten wird. Im vorigen Jahr wurden 18 000 Einwohnern des Rayons Moshaisk 9,4 Mio Rubel an Renten und Beihilfen ausbezahlt (50% mehr als die sämtlichen Jahresausgaben des Stadtsohwjets).

Ebenso wie im ganzen Lande bezieht der örtliche Sowjet seine Einnahmen nicht so sehr aus der Besteuerung der Bevölkerung (die staatlichen Steuern einer Industriefamilie machen im Durchschnitt 8,7% und die einer Kolchosbauernfamilie lediglich 1,3% ihres Familienbudgets aus) wie vielmehr aus der Umsatzsteuer und den Gewinnabführungen von Betrieben. In Moshaisk beliefen sich diese Einkünfte des Sowjets 1979 auf 3,5 Mio Rubel (52% aller Einkünfte). Demnach hängen die Einkünfte der örtlichen Macht von der Tätigkeit aller Betriebe auf ihrem Territorium ab.

## Neubauten

Moderne Betriebe bauen neue Wohnviertel, verändern die Demographie und verjüngen die Stadt sichtbar. Da Industrieobjekte hier etwas später entstanden als in Rayons, die näher an Moskau liegen, entfaltet sich ein großer Wohnungsbau in Moshaisk erst in den 60er Jahren. Jetzt wird das Tempo aufgeholt, jährlich kommen ca. 20 000 m<sup>2</sup> hinzu.

Demnächst werden ein neues Standesamt, ein neues Fernsprekamt, das zweite Einkaufszentrum, ein Hotel, ein Markt, ein Café, eine Musikschule und eine therapeutische Klinik eröffnet.

Viele alteingesessene Einwohner von Moshaisk haben sich schon mit der neuen Industrie angefreundet. Dazu gehören das Werk für die Milchsterilisierung, dessen Erzeugnisse in Moskau besonders guten Ruf haben; ein experimentelles mechanisches Werk, das Bohranlagen erzeugt; eine Fabrik mikromedizinischer Geräte, eines der größten polygraphischen Kombinate des Moskauer Gebiets. Die Arbeit in diesem Kombinat ist beinahe ein Traumberuf: Die Jugendlichen des Rayons wissen, daß das Werk mit neuesten Apparaturen buchstäblich gespickt ist, und schwärmen auch für seine Erzeugnisse: Unter den 70 Mio Exemplaren Bücher in 30 Sprachen finden sich Lehrbücher für die Schulen von Vietnam und Kuba, Ausgaben von Klassikern der Weltliteratur, Werke von Marx, Engels und Lenin.

Die Interessen der Industrie- und Agrarbetriebe des Rayons sind nicht nur im Stadt-, sondern auch im Gebietssowjet vertreten, für den Moshaisk acht Kandidaten aufgestellt hat. Die alten Statistiken veranschaulichten die Standes- und Vermögensdifferenzen in der vorrevolutionären Gesellschaft von Moshaisk, die heutigen Statistiken zeugen von der wahren Volksmacht. Von den 850 Kandidaten der Deputierten der örtlichen Sowjets (250 für den Stadtsohwjet, 45 für den Siedlungssowjet Uwarowka, 555 für

die Dorfsowjets) machen die Arbeiter und Kolchosbauern 67,8% aus; 52% aller Kandidaten sind Frauen, rund 33% Jugendliche.

## Als gute Kameraden

Der Dorfsowjet Koshuchowo liegt in einem ebenerdigen Holzhaus dicht an der Moshaisker Chaussee. Gleich beim Eingang hängt eine Aufzählung der Wähleraufträge: Brunnen anlegen, Straßen verbessern, Bürgersteig anlegen, den Handel regeln.

Der Sowjet zählt 60 Deputierte und hat ein weites Wirkungsfeld: 29 Ortschaften mit insgesamt 5800 Einwohnern. In den drei Schulen sind 30 Lehrer tätig. In der Stadt ist man meist anonym, im Dorf kennt man sich. Deshalb fühlt sich ein Deputierter hier besonders exponiert. Von ihm hängt vieles ab, der Ausbau des Dorfes, die rechtzeitige Lieferung von Waren, die Zuweisung von Weideflächen für das Vieh — ja gibt es wenig Probleme auf dem Lande? Je aktiver und gewissenhafter ein Deputierter ist, desto besser lebt es sich im Dorf. Dabei ist es gar nicht so einfach, das Vertrauen der Dorfnachbarn zu gewinnen.

Tatjana Sarubowa, die heutige Vorsitzende des Dorfsowjets, war zuerst Angestellte seiner Meldestelle; dann beendete sie eine Fachschule für Kultur- und Massenarbeit und leitete eine Bibliothek. Auf dem Lande ist das meist der Kulturherd schlechthin. In den zwölf Jahren, die sie dort tätig ist, haben die Dorfeinwohner Tatjana gut kennengelernt. 1977 wählten sie sie zum Vorsitzenden des Dorfsowjets und taten damit einen guten Griff. Der Dorfsowjet Koshuchowo gehört zu den besten im Rayon.

„Wie sind Ihre Beziehungen zum Staatsgut, vertragen ihr euch?“ fragte ich Kollegin Sarubowa.

„Doch, sogar gut.“ Tatjana lächelte verlegen. „Wir helfen einander.“

Viktor Golubkow, Direktor des Staatsgutes „Moshaiski“ und Deputierter des Dorfsowjets von Rylkovo, lächelte ebenfalls: Es bleibe noch dahingestellt, wer wem mehr helfe: „Im Sowchos arbeiten ja die meisten Einwohner der Dörfer, die zu diesem Dorfsowjet gehören.“

In der Tat, wer braucht wen mehr, der Dorfsowjet den Sowchos oder umgekehrt? Wird z. B. die Futterversorgung bedroht, wendet sich der Sowchos an den Dorfsowjet: Helft! Dieser konsultiert die Wähler und schlägt vor, daß jeder erwachsene Dorfeinwohner eine halbe Tonne Gras mäht. Die Deputierten gehen mit gutem Beispiel voran. Viktor Golubkow schmunzelt: „Auch



ich mußte wie ein Junger die Sense schwingen.“ Der Dorfsowjet zieht auch Rentner heran: gut für das Staatsgut, aber auch für die Rentner, die das Geld gebrauchen können. Das Staatsgut „Moshaiski“ hat sein Vieh mit Futter versorgt, wodurch es sich von den anderen Wirtschaften des Rayons vorteilhaft unterscheidet, hat auch im Winter hohe Milcherträge (täglich werden 17 000 t abgeliefert), erfüllt den Lieferplan bei Fleisch, Eiern und Sämereien mehrjähriger Pflanzen. Dazu hat aber auch der Dorfsowjet beigetragen.

Das Staatsgut hält es mit den Bauern, hilft z. B. denen mit Futter, die Vieh halten, versorgt sie mit Kohle und Holz. Außerdem entsendet das Staatsgut junge Leute in Hochschulen und die Fachschule für Volksaufklärung auf eigene Kosten. In erster Linie werden qualifizierte Mechanisatoren benötigt. Gegenwärtig besuchen 48 junge Leute aus dem Sowchos „Moshaiski“ eine Berufsschule am Stadtrand.

Der Sowchos baut Wohnungen — das Geld ist da, aber die Bauleute... Kollege Golubkow meint: „Wir bleiben mit dem Wohnungsbau zurück, und das ist ein ernstes Problem für uns, weil wir jetzt die Ortschaften zusammenlegen.“

Gibt es Fragen, die das Staatsgut und der Dorfsowjet auch gemeinsam nicht lösen können? Wie verfährt man in solchen Fällen?

Am 7. Februar versammelten sich die Wähler aus den Sowchosen „Moshaiski“, „Klementjewo“ und „Pawlistschewo“ zu einem Gespräch mit ihrem Kandidaten für den Moskauer Gebietssowjet Wassili Kononow, Mitglied des ZK der KPdSU und Erster Sekretär des Moskauer Gebietskomitees der KPdSU. In der Diskussion sprach auch Galina Konowalowa, selber Deputierte des Dorfsowjets Koshuchowo. Sie erteilte ihrem künftigen Deputierten den Auftrag, eine Chaussee zum Dorf Tjossowo anzulegen und den Wohnungsbau zu beschleunigen.

Dicht an der Grenze des Moskauer Gebiets, im Dorf Semjonowskoje hatten wir damals, als ich noch Schüler war, höchstens 10 Detektorempfänger aufgestellt. Andere Bauernhäuser waren nach dem Krieg noch nicht wiederaufgebaut. Im vorigen Sommer war ich wieder in dieser Gegend. Heute zählt Semjonowskoje, das zentrale Dorf des gleichnamigen Staatsgutes, mehrere Dutzend solide Häuser, darunter eine zweigeschossige Internatsschule, mehrere Geschäfte und einen Klub. Kaum ein Dach ohne eine Fernsehantenne.

Moshaiski—Moskau, im Februar

USA

# ALS HILFE GETARNT

Rudolf SIMENKOW

Wirtschaftshilfe für die Entwicklungsländer ist der respektable Name für die politische und wirtschaftliche USA-Expansion. Washington gibt sich viel Mühe, um die sozialökonomischen Prozesse in diesen Staaten zu beeinflussen und sie auf den kapitalistischen Weg zu lenken. Die Hilfe beinhaltet Anleihen, Subventionen, Waren- und sonstige Kredite, technischen Beistand und Nahrungsmittellieferungen. Doch ist das nicht nur ein Mittel zur wirtschaftlichen Expansion und zur Festigung der Positionen der multinationalen Monopole. Mitunter hilft Washington nicht Ländern, die eine solche Hilfe brauchen, sondern Ländern, die es selber braucht. Anfang Februar beantragte Außenminister Vance im Kongreß, der Regierung im Finanzjahr 1981 10,4 Md. Dollar für Auslandshilfe bereitzustellen. Er betonte, dieses Geld sei nötig, um das Kräfteverhältnis USA—UdSSR „auszugleichen“.

## Vergoldetes Joch

Dem absoluten Umfang der Wirtschaftshilfe nach stehen die USA an erster Stelle unter den westlichen Industrieländern. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre betrug sie 3,5—4 Md. Dollar im Jahr. Aber allmählich wird sie gekürzt, sowohl absolut als auch im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt. So kommen die USA und die anderen kapitalistischen Länder heute noch ihrer Verpflichtung nicht nach, den jungen freien Staaten 0,7% vom Bruttosozialprodukt als vergünstigte zwischenstaatliche Anleihen zu gewähren.

Der reale Wert der Hilfe sank zwischen 1970 und 1978 (unter Berücksichtigung der Inflation und des Sturzes des Wechselkurses des US-Dollars) um mehr als 25% und befand sich im realen Ausdruck auf dem niedrigsten Stand seit Anfang der 60er Jahre. Laut „New York Times“ geben die USA alljährlich 6mal soviel für Alkohol aus wie für ihre „Wohltaten“ für die Entwicklungsländer.

Der Umfang der Hilfe geht zurück, die Bedingungen ihrer Gewährung werden härter. Die Summe der Anleihen zu einem relativ

niedrigen Zinsfuß, die die AID (Agentur für Internationale Entwicklungshilfe) als die wichtigste einschlägige Regierungsorganisation gewährt, sank in den letzten 10 Jahren auf ein Drittel, während die Summe der Anleihen, die die Export- und Importbank der USA zu einem höheren Zinssatz gewährt, in diesen Jahren fast auf das 8fache stieg.

Es gibt eine weitere verborgene Seite der amerikanischen „Freigebigkeit“. Die USA investieren ihre Hilfe hauptsächlich im Privatsektor, und zwar vornehmlich nicht in Komplexen, die die effektivste Nutzung der Reserven im Interesse des Empfängerlandes sichern würden, sondern in der Entwicklung von Zweigen, die mehr für den Außenmarkt als für den Innenmarkt produzieren.

Die neue Abart der Washingtoner Expansion ergibt sich aus dem Bestreben, in der Wirtschaft der Entwicklungsstaaten Fuß zu fassen und die einstigen Kolonien und Halbkolonien zu Industrie- und Rohstoffanhängseln zu machen.

Wie die jungen Staaten aus eigener Erfahrung wissen, führt die USA-Hilfe zu wachsenden Auslandsschulden und finanzieller Knechtung. Gegenwärtig geht rund die Hälfte ihrer neuen Anleihen aus den USA drauf, um die Hauptschuld dieser Länder zu tilgen und die Zinsen zu zahlen. Der bekannte USA-Politiker Averell Harriman sagte einmal ganz offen, die Hilfe der USA sei „der Hilfsfonds für die USA selbst“. Wachsen die Schulden der Entwicklungsländer im heutigen Tempo weiter, so wird die Ausfuhr der Finanzmittel von dort bis Mitte der 80er Jahre den gesamten Zustrom ausländischen Kapitals aufwiegen.

## Verzinst Dollars

Die Krise der Zahlungsbilanz und die wachsenden Währungs- und Finanzschwierigkeiten veranlassen die USA, ihre Hilfe für eine eifrigere außenwirtschaftliche Expansion zu benutzen. Die Regierungsausgaben für die Wirtschaftshilfe bieten die Möglichkeit, jährlich für die gesamtationalen Programme der Wirtschaftsentwicklung zusätzlich



2–2,5 Md. Dollar aus dem Staatssäckel zu verwenden. Wenn als Auslandshilfe gebucht, erlauben diese Mittel den USA, die eigenen Produktionskapazitäten in Industrie und Landwirtschaft zu erweitern.

Besonders anschaulich zeigte sich das seit Mitte der 60er Jahre, als die USA ihre Hilfe an Käufe auf dem amerikanischen Markt knüpften. Die Anleihen für Entwicklungszwecke, die sie gewähren, dienen mindestens zu 90% dazu, USA-Waren zu kaufen. So hat sich die Hilfe in eine Form der Stützung mehrerer nationaler Wirtschaftszweige verwandelt. Am stärksten wurden die „kranken“ Sektoren der USA-Industrie – Eisen- und Stahlindustrie, Düngerproduktion – gestützt.

Die Forderung, die Anleihen für den Ankauf von USA-Waren zu verwenden, macht die USA-Kredite für die Entwicklungsländer immer drückender. Sie müssen einige

Waren mit USA-Schiffen befördert werden muß. Insgesamt heimsten die Reeder auf diese Weise über 100 Mio Dollar zusätzliche Gewinne jährlich ein.

Die Programme für wissenschaftlich-technische Hilfe bedeuten staatliche Unterstützung für private Universitäten und Colleges. Fast alle Entwicklungsarbeiten an Industrie- und Agrarobjekten im Rahmen der Hilfsprogramme werden von amerikanischen Fachleuten ausgeführt.

Das Ergebnis: Über zwei Drittel aller Mittel werden in den USA selbst verausgabt.

Schließlich benutzt Washington aktiv auch die Hilfe über andere Kanäle. Die USA zahlen einen Beitrag zur Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), und sie reicht Kundenkredite aus, die nachher für den Ankauf amerikanischer Waren und Dienstleistungen verausgabt werden. Cyrus Vance erklärte: „Auf jeden Dollar, den wir Organisationen wie der Weltbank sowie den regionalen Entwicklungsbanken Lateinamerikas, Asiens und Afrikas gezahlt haben, kamen rd. 2 Dollar, die in der USA-Wirtschaft angelegt wurden.“

Die staatliche Hilfe ebnete dem USA-Privatkapital den Weg, um in die Wirtschaft der Entwicklungsländer einzudringen, und eröffnete ihm neue Bereiche für ihre Ausbeutung.

Im letzten Jahrzehnt herrschen direkte Privatinvestitionen vor, weil sie die höchsten Profite, die Finanz- und Verwaltungskontrolle sowie die besten Möglichkeiten der wirtschaftlichen und politischen Beeinflussung sichern. In den zehn Jahren nach 1966 stieg ihr jährlicher Zustrom in die jungen Nationalstaaten auf das Doppelte und belief sich 1977 auf 2,6 Md. Dollar. Allein 1977 hatten die Multis einen Reingewinn von 5,5 Md. Dollar.

### Morsche Stützen

Immer häufiger benutzen die USA die Wirtschaftshilfe als eine Stütze ihrer expansionistischen Außenpolitik und als Druckmittel, um jene Diktaturen, militärischen Bündnispartner und Regierungen zu unterstützen, die sich bereit finden, im Fahrwasser der USA-Politik zu segeln. Sie bestechen ferner Vertreter der herrschenden Kreise und einzelner sozialen Gruppen. Schon die Verteilung der Hilfe spricht Bände. In den letzten Jahrzehnten erhielten Südvietnam, Südkorea, Taiwan, Thailand und Israel die größten Summen.

Als die Regierung von Peru 1969 die International Petroleum und einige andere USA-Firmen nationa-

lisierte, bekam sie von den USA sofort weniger Hilfe. Als Antwort auf die Nationalisierung von USA-Betrieben und -Banken in Chile unter der Regierung Allende stellte Washington die Wirtschaftshilfe völlig ein. Nach dem siegreichen Ende des Befreiungskampfes der Völker von Vietnam und Laos gaben die USA ihr Programm zur Unterstützung dieser Staaten prompt auf. Wie die „Business Week“ konstatierte, benutzen die USA ihre Möglichkeiten als Druckmittel gegenüber anderen Staaten.

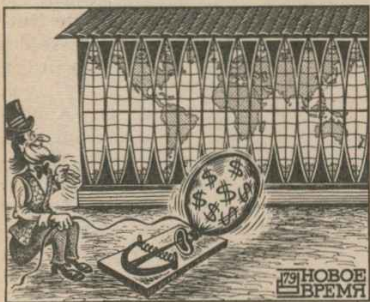
Die heutige Administration knüpft die Frage der Hilfe auch an die „Einhaltung der Menschenrechte“. Dabei gehörten 1978 zu den größten Empfängern von Nahrungsmitteln aus den USA Südkorea, Haiti und Israel, also Staaten, die die Rechte und Freiheiten der Bevölkerung mit Füßen treten.

Die USA beteiligen sich immer aktiver an den internationalen Wirtschaftsorganisationen. Sie erhöhen ihre Beiträge zur IBRD und zum IWF, um ihren Einfluß auf die Politik dieser internationalen Finanzanstalten zu verstärken, die Kreditbedingungen zu erhärten und eine selektive Politik zu treiben. Auf Betreiben der USA gewährt die IBRD Ländern wie Angola, Vietnam, Kuba, Laos und Moçambique keine Kredite.

Im Oktober billigte der USA-Kongreß den Gesetzentwurf über die Auslandshilfe für das Finanzjahr 1980 in Höhe von 4 Md. Dollar. Ebenso wie früher werden die USA-hörigen Regimes den größten Teil davon bekommen (Ägypten: 1 Md.). AID-Generaldirektor Bennet sagte unumwunden, das hänge mit den Ergebnissen von Camp David zusammen. Deshalb bekommt auch Tel Aviv rund 1 Md. Dollar.

Gegenwärtig beschloß die Administration, ihre Wirtschafts- und Militärhilfe für Pakistan rasch zu vergrößern. Regierungssprecher erklärten, in den Finanzjahren 1980 und 1981 werde sie um 0,4 Md. Dollar zunehmen. Diese Gelder kommen hauptsächlich den Ausbildungszentralen auf pakistanischem Boden zugute, in denen Diversanten für späteren Einsatz in Afghanistan gedrillt werden.

Die Probleme um die Auslandshilfe sind seit langem ein Gegenstand heftiger Gegensätze zwischen den USA und den jungen freien Staaten. Eine immer größere Anzahl dieser letzteren sieht: Die USA-Hilfe garantiert keineswegs die Lösung aller Probleme, sie artet immer mehr zur wirtschaftlichen Knechtung aus und wird als politisches Druckmittel gehandhabt.



Zeichnung: W. Tschakiridis

Maschinen und Ausrüstungen in den USA zu Preisen kaufen, die zu 50 und mehr Prozent über den Weltmarktpreisen liegen.

Die staatlichen Mittel, die die USA für die Nahrungsmittelhilfe bereitstellen, sind ebenfalls eine Form, den USA-Export von Agrarerzeugnissen und Nahrungsmitteln zu subventionieren. Diesen Zielen dient das in den USA noch 1954 verabschiedete Gesetz Nr. 480. Auf seiner Basis wurde ein umfangreiches Programm für den Absatz von Agrarerzeugnissen, hauptsächlich in der dritten Welt, aufgestellt. Zwischen 1954 und 1978 lieferten die USA ihnen Agrarwaren und Nahrungsmittel für rund 27,8 Md. Dollar, das sind etwa 15% des gesamten USA-Warenexports in die Entwicklungsländer.

Warenlieferungen im Rahmen des Hilfsprogramms geben der USA-Wirtschaft neuen Auftrieb. Die USA-Reedereien erhalten mindestens 20 Cent je 100 Dollar aus dem Staatshaushalt, um ihre Frachten zu bezahlen: Die Regel lautet, daß die Hälfte der als Hilfe gelieferten



# AUS DER GESCHICHTE DER KP JAPANS

In Japan gewinnt die Kommunistische Partei immer mehr Einfluß und bei den Werktätigen Rückhalt, wovon ihr Erfolg bei den Wahlen zum Parlament und zu den Gemeinderäten zeugt. Sie hat jetzt rund 400 000 Mitglieder und ist die aktivste und geschlossenste Partei des Landes. Die „Akahata“, ihr Zentralorgan, hat über drei Millionen Leser, die die Parteileitung als ihr Aktiv ansieht.

Das Vertrauen beim Volk haben die Kommunisten in ihrem mehr als 50jährigen kompromißlosen Kampf für die Interessen der Werktätigen erworben. Ein festes Fundament für die jetzigen Erfolge legten die Kommunisten schon vor dem Kriege. Von jener Zeit handelt eine Monographie von dem bekannten sowjetischen Japanforscher Iwan Kowalenko\*. Das Erscheinen dieses Buches zeugt vom regen Interesse der sowjetischen Öffentlichkeit für das Wirken der KPJ.

Ausschlaggebend dafür, wie sich in Japan das Proletariat bildete und wie dort die sozialistischen Ideen aufkamen und sich verbreiteten, waren Besonderheiten der Geschichte Japans, sein langjähriges Abgeschnittensein von der Umwelt, das rapide Wachstum der Industrie, besonders der Rüstungsindustrie, und die schnelle Entwicklung des militärisch-feudalistischen Kapitalismus, der Aggressionskriege gegen Nachbarländer anzettelte. Die Arbeiterbewegung mußte dieselben Entwicklungsphasen wie in den anderen Ländern, bloß viel schneller durchlaufen. Im Buch ist geschildert, wie die japanischen Kommunisten die schwierige Kunst des politischen Kampfes erlernten und die Fähigkeit erwarben, die Massen zu überzeugen.

Am 15. Juli 1922 tagte in Tokio der Gründungskongreß der KPJ. Sie entstand unter dem Einfluß der Oktoberrevolution in Rußland, und ihr Entstehen war eine ungemein wichtige Errungenschaft der Arbeiterklasse, ja überhaupt aller Werktätigen. Es wurde von der jungen Sowjetrepublik begrüßt.

Auf dem IV. Kominternkongreß wurde die KPJ als Sektion in die Komintern aufgenommen und gehörte somit von ihren ersten Tagen an zur kommunistischen Weltbewegung. Sie war führend im Kampf um die Anerkennung des ersten sozialistischen Staates der Welt und trat entschieden gegen die Besetzung des sowjetischen Fernen Ostens auf.

Als ihre wichtigste Aufgabe sah sie immer die Arbeit unter den Massen an, bemühte sich um die Heranziehung breiter Bevölkerungsschichten und um die Stärkung ihrer Reihen. Das stellt der Buchverfasser fest und fährt fort,

daß die Gründung der „Sekki“ (1928 — jetzt „Akahata“) eine ganz besondere Rolle spielte.

In den beiden Vorkriegsjahrzehnten führten die Kommunisten ihren Kampf trotz Polizeiterror und Repressalien. Kommunist zu sein, bedeutete damals die ständige Bereitschaft, das Leben für die Zukunft des Volkes hinzugeben. Unter dem Henkerbeil fielen die Revolutionäre Watanabe, Kawai, Iwata, Kobayashi und viele andere. Nach dem Gesetz „Über den Schutz von Ruhe und Ordnung“ wurden Kommunisten zu Hunderten eingekerkert.

Von den ersten Jahren der KPJ an suchten die rechten und „linken“ Opportunisten, sie vom rechten Wege abzubringen. Die einen wollten, daß sie eine enge, sektiererische Organisation wird, die anderen sagten, sie müsse aufgelöst werden. Darüber machte sich die kommunistische Weltbewegung Sorgen. Im Jahre 1927 stellte die Komintern unter Mitarbeit von Sen Katayama, Kyuichi Tokuda und anderen angesehenen Funktionären der KPJ Thesen über die japanische Frage auf, in denen die Ziehung der Klassenfronten in Japan analysiert und konkrete Wege zur Lösung der Aufgaben gewiesen wurden, vor die sich die Kommunisten gestellt sahen. In diesen Thesen wurde erklärt, welche Rolle die kommunistische Partei im Befreiungskampf der Arbeiterklasse und aller Werktätigen spielt, und die Aufgabe gestellt, eine ideologisch geschlossene Avantgardepartei der Massen aufzubauen. Ihre gesunden Kräfte konnten sich gegen die opportunistischen und revisionistischen Tendenzen behaupten. Die KPJ war ein erstzunehmender Kraftfaktor, sie trat gegen die Faschistisierung des Landes und gegen den Kurs auf einen Weltkrieg auf.

Mitte der 30er Jahre ließen das Monopolkapital und die militärisch-bürokratische Spitzenschicht erneut Massenrepressalien gegen die demokratische Bewegung, insbesondere gegen die Kommunisten, los. Alle Mitglieder des ZK wurden eingesperrt. Die illegalen Organisationen aber führten weiter eine umfangreiche Antikriegspropaganda und sagten dem Volk die Wahrheit. Der Buchverfasser stellt fest: „Die KPJ war die einzige Partei, die an die unausbleibliche Niederlage des japanischen Imperialismus und an die Befreiung des japanischen Volks vom grausamen Joch der militärfaschistischen Diktatur glaubte.“

Die gründliche wissenschaftliche Analyse, die zahlreichen erstmalig russisch erscheinenden Dokumente, die neuen Tatsachen über die Entwicklung der Arbeiterbewegung und die Würdigung der Revolutionäre berechtigen zu der Feststellung, daß die Geschichte der KPJ in dem Buch aufschlußreich und detailliert geschildert ist.

L. MLETSCHIN

Im politischen System des Kapitalismus nimmt die Sozialdemokratie einen ansehnlichen Platz ein. Die Stellungnahmen der zur Sozialistischen Internationale gehörenden Parteien lassen die internationale Entwicklung nicht unbeflußt. Begreifliches Interesse finden daher Veröffentlichungen führender Persönlichkeiten des sozialreformistischen Teils der Arbeiterbewegung. So auch das Buch „Die Zeit, in der wir leben“ von Bruno Kreisky.

Der Verfasser ist ein einflussreicher Politiker des Westens, ein Vizepräsident der SI, Vorsitzender der SPÖ und Bundeskanzler der Republik Österreich.

Unter anderem geht er in dem Buch auf internationale Probleme ein. Er ist für eine fortschreitende Entspannung und sieht die Hauptsache darin, daß bei der Abrüstung, bei der Verringerung der Kernkriegsgefahr greifbare Resultate erzielt werden. Das Fortschreiten des Entspannungsprozesses hänge weitgehend von einer Stärkung des Vertrauens zwischen Ost und West ab. Bemerkenswerterweise zweifelt Kreisky ebenso wenig wie andere namhafte Sozialdemokraten daran, daß die UdSSR wirklich an einer militärischen Entspannung interessiert ist. Der Westen dürfe keinen Anlaß zum Mißtrauen geben. Umgekehrt täten vertrauensbildende Initiativen not.

Diese realistischen Ansichten entsprechen im großen und ganzen der Einstellung der SI, die bemüht ist, ihren Platz im Prozeß der militärischen Entspannung zu bestimmen. Das kam u. a. in der Bildung einer Arbeitsgruppe für Entspannungsfragen zum Ausdruck, die Kontakt zu den Spitzenpolitikern der UdSSR und der USA sowie zu mehreren nichtstaatlichen Organisationen aufgenommen hat. Ende September und Anfang Oktober v. J. war die Gruppe unter dem finnischen Sozialdemokraten Kalevi Sorsa in Moskau und traf mit Leonid Breschnew zusammen.

Die internationale Sozialdemokratie könnte zum Erwirken der militärischen Entspannung mehr beisteuern, wenn die Einstellung mancher ihrer führenden Persönlichkeiten nicht deutliche Widersprüche aufwies. Das ist auch bei Kreisky der Fall. Er deutet z. B., ohne sich um eine besondere Beweisführung zu bemühen, recht durchsichtig an, daß die UdSSR nicht bloß ein militärisches Gleichgewicht anstrebe, sondern auch gegen ein Übergewicht nichts einzuwenden hätte. Dabei sind doch zahlreiche Friedensinitiativen

\* И. И. Коваленко. «Очерки истории коммунистического движения в Японии до второй мировой войны». М., «Наука», 1979.

\* Kreisky, Bruno. Die Zeit, in der wir leben. Betrachtungen zur internationalen Politik. Verlag Fritz Molden. Wien — München — Zürich — Innsbruck.



# VON REFORMISTISCHER WARTE GEGESSEN

der UdSSR bekannt, die auf einen Übergang zur militärischen Entspannung und zu einer realen Abrüstung ausgerichtet waren. Weitreichende Anregungen dazu enthielt z. B. die Berliner Rede Leonid Breschnews vom 6. Oktober 1979. Übrigens gehörte Kreisky zu den ersten, die sie als Zeichen guten Willens auffaßten, das zur Stärkung des Vertrauens zwischen Ost und West beitrage. Kennzeichnend ist es auch, daß er in der jetzt so gespannten internationalen Situation zu den führenden Sozialdemokraten gehört, die für eine Fortsetzung der Entspannungspolitik in Europa, gegen einen Rückfall in den kalten Krieg Stellung nehmen.

Positiv betrachtet der Buchverfasser die Probleme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West, er sieht in ihr einen wichtigen Aspekt der Übereinkünfte von Helsinki. Er kritisiert, allerdings indirekt, den Zusatzantrag, den seinerzeit der US-Senat annahm und der dem Handel mit der UdSSR Beschränkungen auferlegt hat. Die Länder des Westens müßten doch an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern interessiert sein, da sie nicht genug eigene Rohstoffe haben. Kreisky ist für die Bildung eines Verbundnetzes für ganz Europa, u. a. durch Zusammenarbeit an der friedlichen Atomenergienutzung.

In einem besonderen Kapitel wird der arabisch-israelische Konflikt analysiert. Die eingehende Behandlung des Geschehens in dieser explosiven Region erklärt sich damit, daß der Buchverfasser in der SI für Nahostangelegenheiten zuständig ist. Viele Ausführungen über die dortige gefährliche Situation und ihre Ursachen sprechen von Realitätssinn. Kreisky verurteilt die Nahostpolitik des Imperialismus aus den 50er und 60er Jahren, namentlich die englisch-französisch-israelische Aggression von 1956. Richtig und polemisch scharf sind die Ausführungen über den Zionismus, den Kreisky dem Rassismus gleichsetzt. Auch gegen die Feststellung ist nichts einzuwenden, daß die Spannung in Nahost dadurch behoben werden kann, daß die Rechte aller dortigen Länder und Völker, auch das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat, respektiert werden.

Ein großer Teil des Buches ist den sozialen und politischen Problemen des modernen Kapitalismus eingeräumt. Kreisky lobt das österreichische System der „Sozialpartnerschaft“. Dank ihr hätten die österreichischen Arbeiter sozial und materiell schon mehr erreicht, als die

Werk tätigen der anderen Länder Westeuropas mit Streiks. Die „Sozialpartnerschaft“ hat jedoch viel dazu beigetragen, daß Österreich ein Tummelplatz der Multis geworden ist. Als Rechtfertigung für die Politik des „Klassenfriedens“ lobt Kreisky die Zusammenarbeit der Regierung mit den Unternehmern, für die durch Steuervergünstigungen und Kredite ein Anreiz geschaffen wurde.

Bezeichnenderweise nimmt Kreisky diese Politik nicht nur wegen ihrer angeblichen Zweckmäßigkeit, sondern auch unter Berufung auf den Marxismus (!) in Schutz: „Sozialpartnerschaft an sich ist keine Widerlegung von Karl Marx.“ Schon die Tatsache ist aufschlußreich, daß sich ein führender Sozialdemokrat auf Marx und dessen Lehre beruft, den die Sozialdemokratie früher veraltet nannte. Das zeugt davon, daß sie eine Anzahl Marxscher Thesen als richtig ansieht. Das Buch enthält überhaupt recht viel anerkennende Worte über Marx. So lesen wir da: „Es bleibt seine ungeheure historische Leistung, daß er der Arbeiterbewegung primär ein politisches Ziel gesetzt hat: die Verwirklichung des Sozialismus.“ Zugleich suggeriert Kreisky dem Leser aber, daß sich die marxistische Lehre mit der Praxis des real bestehenden Sozialismus nicht vereinbaren lasse. Nicht minder kategorisch behauptet er, die ökonomischen Erkenntnisse von Marx könnten „für die praktische Wirtschaft heute nicht unbedingt gelten“, man könne „nicht alle ökonomischen Zusammenhänge von heute mit den Marxschen Methoden erklären“.

Man kann Kreisky verstehen, eine klassenmäßige, marxistische Analyse läßt sich ja nicht in das Prokrustesbett des Sozialreformismus zwängen. Bezeichnend ist da folgender Passus: „Wir verlangen von niemandem, der in unsere Bewegung kommt und in ihr wirken will, daß er ein Glaubensbekenntnis zu Marx ablegt. Wir verlangen von niemandem die unkritische und unbesehene Annahme jener Gedankengänge und Lehren, die auf ihn zurückgehen.“

Welchen Weg weist Kreisky selbst der Arbeiterbewegung? Das Buch enthält viel hochtrabende Sätze über den „demokratischen Sozialismus“. Was das heißen soll, bleibt unklar. Nach Ansicht des Vizepräsidenten der SI braucht das auch nicht erläutert zu werden, weil „unter demokratischem Sozialismus jeder sich etwas anderes vorstellt“. Über verschwommene Formulierungen wundert sich niemand. Weder die schwedischen Sozialdemokraten, die über 40 Jahre am Staatsruder standen, noch die österreichischen, die schon fast ein

Jahrzehnt regieren, haben ihr Land dem Sozialismus näher gebracht, ja sie haben nicht einmal viele der erstrangigen sozialen Ziele erreicht, die von den Ideologen des „demokratischen Sozialismus“ verkündet worden waren.

Um davon abzulenken, bekrittelt der Buchverfasser den real bestehenden Sozialismus. Das Buch wimmelt förmlich von antikommunistischen Schablonenausdrücken aus dem Rüstzeug der bourgeoisen Propaganda: der real bestehende Sozialismus sei antihuman, die Planwirtschaft sei gescheitert, die Mitglieder der sozialistischen Ländergemeinschaft betrieben den Entwicklungsländern gegenüber eine Expansionspolitik.

Als Bekräftigung dafür beruft sich Kreisky auf eine unerfahrene Vergangenheit, schweigt sich zugleich aber über wichtigste weltgeschichtliche Ereignisse aus: über die Zerschmetterung des Faschismus durch die Sowjetarmee, die Tausende Soldaten auch in Gräbern auf österreichischer Erde zurückgelassen hat; die Tatsache, daß die Kommunisten zur Avantgarde der Kämpfer gegen faschistische Diktaturen gehört haben. Darüber braucht man sich kaum zu wundern. Kreisky hält ja eine Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten auf einer prinzipiellen, für die ganze Arbeiterbewegung geltenden Grundlage für unmöglich. Zwischen den Zeilen erkennt man auch die Erwartung, daß sich die Kommunisten spalten und daß die einen die Grundsätze des Marxismus-Leninismus abschwören werden. Der antikommunistischen Anschauung des Buchverfassers entspricht es auch, daß er die KSZE-Schlussakte auf politische Aktionen zugeschnitten haben möchte, die nur als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder angesehen werden können. Ob Kreisky es wollte oder nicht, viele antikommunistische Äußerungen in seinem Buch sind eigentlich keine ideologische Polemik mit dem Marxismus-Leninismus, sondern eher eine Variante der „psychologischen Kriegführung“ der Entspannungsgegner gegen die sozialistischen Länder.

In allgemeinen Zügen gibt das Buch „Die Zeit, in der wir leben“ die Einstellung vieler führender Sozialreformisten wieder, die, wenn auch nicht immer konsequent, für die Ost-West-Entspannung eintreten, aber zuzeiten gewollt oder ungewollt die ideologischen Prinzipien der Verfechter einer „harten“ Politik dem real bestehenden Sozialismus gegenüber in Schutz nehmen. Obwohl der Sozialreformismus manche dringenden Forderungen der Werktätigen zu berücksichtigen bestrebt ist, hat er leider immer noch nicht auf Doktrinen verzichtet, die Wasser auf die Mühle der Monopolkreise, dieser wütenden Gegner einer Einheit der Arbeiterbewegung, sind.

W. SCHWEIZER



# GEGLÜCKTE FLUCHT

Im Morgengrauen wurde im Zuchthaus von Pretoria Alarm gegeben. Drei Kämpfer gegen die Apartheid waren ausgebrochen. Auf ihren Pritschen lagen Puppen in Sträflingskleidung.

Bei den Behörden herrschte helle Aufregung. So etwas war seit 1963 nicht vorgekommen. Einer von den höchsten Beamten des Dezerats Haftanstalten erklärte nach dem Ausbruch, eine Flucht aus dem streng bewachten Block für politische Häftlinge sei äußerst schwierig. Alle Räume seien durch zahlreiche Stahltüren und Gitter voneinander getrennt, und jeder Beamte dürfe nur von zwei Türen die Schlüssel bei sich haben.

Dennoch ist es drei weißen südafrikanischen Patrioten — Alexander Moumbaris (41), Stephen Lee (28) und Timothy Jenkin (31) — gelungen, alle Hindernisse zu nehmen und zu fliehen. Nachdem sie mit Hilfe von Genossen die zahlreichen Polizeisperren hinter sich gebracht hatten, gingen sie über die Grenze nach Sambia.

Nun sind sie in Lusaka. Im Freundeskreis bei einem vom Afrikanischen Nationalkongress (ANC) veranstalteten Treffen erzählen sie von sich und von der Bewegung gegen das Apartheidregime.

Moumbaris ist der älteste, von Beruf Journalist und hat lange am Befreiungskampf teilgenommen.

Verhaftet wurde er im Juli 1972 zusammen mit Marie, seiner Frau, an der Grenze zwischen der RSA und Botswana aufgrund der rassistischen sogenannten Terrorismus-Akte. Sie wurden beschuldigt, Mitgliedern des ANC geholfen und die Grenze nach Botswana und Swasiland wiederholt in beiden Richtungen überschritten zu haben. Der Mann wurde zu 12 Jahren verurteilt, die Frau war vier Monate hinter Gittern und wurde freigelassen, weil sie ein Kind erwartete. Ihr half auch, daß sie französische Staatsbürgerin ist und die Regierung Frankreichs ihre Freilassung forderte. Jetzt lebt sie mit ihrem Jungen, Boris, in Paris. Sie nimmt an allen Kampagnen für die Befreiung der politischen Häftlinge in der RSA und gegen das Apartheidregime teil.

„Unser Ausbruch ist unser gemeinsamer großer Sieg“, sagt Alexander



Alexander Moumbaris und Oliver Tambo, der Präsident des ANC, auf der Pressekonferenz in Lusaka

Foto des Verfassers

Moumbaris. „Um die Freunde nicht zu gefährden, die uns zur Flucht und zum Übertritt in das freie Sambia verholfen haben, will ich hier keine Einzelheiten über unsere Flucht nennen. Ich kann nur sagen, daß der ANC, die KP Südafrikas und die Volksarmee Umkhonto we sizwe (Speer der Nation), die sich illegal betätigen und deren Mitglieder wir sind, bei unserer Befreiung aus dem Zentralzuchthaus von Pretoria eine große Rolle gespielt haben.“

Lee und Jenkin haben an der Universität Cape Town Gesellschaftswissenschaften studiert. Lee sagt:

„Die rassistischen Behörden halten alle Studenten dieser Universität für Kommunisten. Bei uns jedenfalls haben sie sich nicht geirrt. Wir haben erkannt, daß nur der ANC das Volk zum Aufbau eines Staates in der RSA führen kann, der auf Gerechtigkeit beruht, eines Staates ohne Rassenunterdrückung, ohne Gefängnisse und Hinrichtungen. Wir sind auch zu dem Schluß gekommen, daß uns nur ein energischer Kampf gegen das Apartheidregime zum Sieg führen wird.“

Jenkin fügt hinzu:

„Stephen Lee lernte ich 1971 an der Universität kennen. Wir studierten zusammen politische Wissenschaften. Bald enttäuschten uns die Vorlesungen, und wir fingen an, den Marxismus zu studieren. Bei ihm fanden wir die Antworten auf viele Fragen, die uns beschäftigten. Nach dem Studium an der Universität, das 1974 zu Ende war, bildeten wir uns selbständig weiter, traten mit Genossen vom ANC in Verbindung und bekamen von ihnen Schriften, die uns interessierten. Durch die zuneh-

menden Streiks und Aktionen gegen den Rassismus im Land kamen wir politisch weiter.“

Beide wurden am 7. März 1978 wegen Anfertigung und Verbreitung von ANC-Broschüren und -flugblättern festgenommen. Sie bekamen auch 12 Jahre Zuchthaus.

„Im politischen Block, in dem Teil, in dem weiße Südafrikaner gehalten werden, wird man, zum Unterschied von den Gefängnissen für Südafrikaner anderer Hautfarbe, nicht gefoltert. Man versucht aber, sie seelisch zugrunde zu richten. Gleich zu Anfang unserer Haft fingen wir an, den Ausbruch zu planen.“ Das sagt Lee. Jenkin fügt lächelnd hinzu:

„Glauben Sie, das war leicht? Wir mußten ja durch die zahllosen Stahltüren und Gitter und hatten eine starke Bewachung mit Hunderten gegen uns. In der RSA wächst mit jedem Tag die Opposition gegen die Apartheidpolitik sogar in ziemlich weiten Kreisen der Weißen, besonders unter der Jugend. Sie weigert sich, in der rassistischen Armee zu dienen und Strafexpeditionen gegen schwarze Südafrikaner mitzumachen. Viele junge Leute wandern aus, andere bleiben in der RSA, um zu kämpfen. Die Regierung Botha nimmt nur kosmetische Reformen vor, das Regime ist nach wie vor rassistisch. Deshalb treten dem ANC, der im Freiheitskampf an der Spitze steht, immer mehr Südafrikaner verschiedener Hautfarbe bei.“

Auf die Frage, was die drei tapferen Männer weiter vorhaben, antwortet Moumbaris:

„In den nächsten Tagen kommen wir mit unseren Familien zusammen — wir können es kaum erwarten —, und dann schalten wir uns wieder in den Kampf für die Befreiung der RSA von jeglicher Unterdrückung ein. Wir werden dorthin gehen, wohin uns die Partei schickt. Wir sind frei, aber sehr viele Genossen sind noch eingekerkert.“

Wir schließen uns der Forderung der fortschrittlichen Menschen aller Länder an, sämtliche politischen Häftlinge in der RSA unverzüglich zu befreien. Die dortigen faschistischen Behörden wollen den bekanntesten Freiheitskämpfer James Mange hinrichten. Wir werden keine Ruhe finden, solange er und die anderen politischen Häftlinge nicht frei sind. Wir kämpfen weiter.“

S. PETUCHOW  
Eigenbericht

Lusaka



gestoppt. Auf Drängen einiger reaktionärer Regimes wurde ihr, als in Islamabad die Islamkonferenz tagte, dort der Beobachterstatus eingeräumt. Inzwischen zogen die USA eine massive Propagandakampagne gegen die UdSSR und gegen Afghanistan auf. Brzezinski traf in Pakistan ein und besuchte u. a. das 12 Meilen von der afghanischen Grenze entfernte Söldnerlager Sadda. Dort erklärte er feierlich, Amerika unterstütze sie in ihrem Kampf. Jetzt bemühen sich die USA, bei ihrer weiteren Einmischung die konservativen Regimes der islamischen Welt vorzuschieben. Nicht von ungefähr hat z. B. der ägyptische Verteidigungsminister erklärt, in Ägypten seien schon Ausbildungszentren für „afghanische Aufständische“ eröffnet worden. Ausländische Beobachter vermuten, daß gerade in Ägypten die Luftbrücke ihren Anfang nimmt, über die die Konterrevolutionäre amerikanische Waffen bekommen. Eine ansehnliche finanzielle Hilfe hat Ar Riyad gewährt. An die Öffentlichkeit sind Geheimabkommen Saudi-Arabiens und des Omans mit Pakistan gelangt, laut denen die Fischereihäfen Gwadar und Pasni in Pakistan umgebaut sowie die dortigen Flugplätze erweitert werden sollen. Vermutlich werden die Stützpunkte für die Söldner sein.

Immer mehr beteiligt sich Peking an den imperialistischen Vorhaben. Auf der Karakorum-Chaussee kommen Waffen und Munition aus China, und in China herrscht in ebensolchen Lagern wie in Pakistan Hochbetrieb.

Der Imperialismus und die Weltreaktion heizen die Atmosphäre in dieser Region also immer mehr auf und mischen sich massiv in die Angelegenheiten Afghanistans ein. Das geht so weit, daß, wie die einflußreiche „Washington Post“ schreibt, die Regierung Carter dringend einen Mann sucht, der in leitender Stellung „die dem afghanischen Volk feindlichen zersplitterten Gruppierungen“ zusammenkitten könnte. Es sei jedoch „keineswegs anzunehmen, daß sich die Afghanen einen Führer gefallen lassen werden, den die USA für sie ausgesucht hätten“. Am vernünftigsten wäre es, so fährt das Blatt fort, wenn Carter aufhören würde, sich in die Angelegenheiten Afghanistans einzumischen. Ein kluger Rat, namentlich, wenn man bedenkt, daß das afghanische Volk zuverlässige Freunde hat.



## Schon 1945 bereitet die USA einen Atomangriff auf die UdSSR vor

Von unserem politischen Kommentator  
Lew BESYMENSKI

### Sie wählen Ziele aus

Schon in den 20er Jahren machte die Doktrin des italienischen Generals Douhet von sich reden, um in einem Krieg zu siegen, müsse man nur eine starke Luftwaffe haben. Obwohl die späteren Geschehnisse die funkelneulene Theorie nicht bestätigten, wurde sie im Jahre 1945 von den führenden Militärs der USA (in erster Linie vom Oberkommando der US-Luftwaffe) in atomarer Abwandlung eifrig verfochten. So erklärte General Arnold, Oberbefehlshaber der Luftwaffe und Mitglied der Vereinigten Stabschefs:

„Um unsere strategische Macht nutzbringend zu verwenden, müssen wir in der ganzen Welt so angeordnete Stützpunkte haben, daß wir jedes Ziel treffen können, das zu treffen wir als notwendig erachten.“

Bedenkt man, daß derselbe General schon während der Potsdamer

Konferenz meinte, die USA würden zum „nächsten Gegner Rußland“ haben, so kann man folgern, daß gerade die Führung der US-Luftwaffe die Hauptaufgabe bei der Aufstellung des aggressiven Plans übernahm, mit der die Vereinigten Stabschefs beauftragt worden waren. So entstand das Aktenstück 329 des Vereinigten Aufklärungskomitees \* vom 3. November 1945. Punkt 1 lautet:

„20 für den Abwurf strategischer A-Bomben geeignete wichtigste Ziele in der UdSSR und in den sowjetisch kontrollierten Gebieten empfehlen.“

Gemäß diesem Hauptvorhaben entschieden die Verfasser des Dokuments, was in der UdSSR mit Bomben belegt werden soll:

„Die Atombombe zeichnet sich durch eine in einem Behälter zusammenge-

\* Führend im Komitee war bezeichnenderweise Luftwaffengeneral Clayton Bissel, Ex-Chef der Luftwaffenaufklärung, ab 1944 Chef der Aufklärung beim Heer.

Fortsetzung. Anfang s. Heft 7/80.



ballte Vernichtungsgewalt aus. Die Zerstörung wird durch Hitze, Druck und Explosion angerichtet, sie vernichtet auf einem großen Areal nicht nur Material, sondern auch Menschen. Jede der beiden auf Japan abgeworfenen Bomben vernichtete alles im Umkreis von je 4 Quadratmeilen und bewirkte teilweise Zerstörungen verschiedenen Grades auf einer erheblich größeren Fläche. Bei der Auswahl der Ziele muß man alle Potenzen der Bomben ausnutzen und Flächen im Auge haben, wo die Einschlagwirkung möglichst groß sein kann, sowie Gebiete mit starker Konzentration von Menschen und Material."

Deshalb hielten es die Urheber des Projekts für falsch, Atombomben gegen Feldtruppen einzusetzen. Wie es darin unverblümt heißt, sind diese „für Atombomben ein relativ ungünstiges Ziel“. Ebenso hielten sie Atomschläge gegen das sowjetische Verkehrswesen für unangebracht. Im Bericht Nr. 329 heißt es:

„Von Schlägen gegen alle Arten von Transportmitteln ist eine wesentliche Verringerung der Produktionsmöglichkeiten wie auch der Transporte von Technik zum Kriegsschauplatz zu erwarten... Man ist aber der Meinung, obwohl der Atombombeneinsatz gegen Verkehrsmittel gute Resultate haben kann, wären da Bombenabwürfe anderer Art vorzuziehen."

Wenig erwartete man im Pentagon auch von Bombenschlägen gegen die Gebiete mit den wichtigsten Rohstoffquellen der UdSSR:

„Die natürliche Stabilität der Rohstoffquellen macht sie fast unvernichtbar. Man kann dem Gegner auf andere, effektivere Weise die Rohstoffe entziehen, weshalb es nicht als zweckmäßig angesehen werden kann, dafür die strategische Luftwaffe und namentlich Atombomben zu gebrauchen."

Dafür versprochen sich die Verfasser des Plans ganz andere „Möglichkeiten“ von Bombenabwürfen auf sowjetische Städte und Industriegebiete. Punkt c lautet:

„Die Produktionsanlagen der UdSSR sind für strategische Luftangriffe verwundbar... Am vorteilhaftesten werden offenbar Bombenabwürfe auf Betriebe sein, die Fertigerzeugnisse für die bedrohlichsten Truppen herstellen. Deshalb sind lohnendste Ziele dieser Art Betriebe für die gefährlichsten Waffen, darunter für Strahltrieb- und Turbopropflugzeuge, Raketen und elektronische Ausrüstungen."

Danach wurde untersucht, welche „Aussichten“ auf eine Zerstörung des Regierungs- und Verwaltungssystems der UdSSR bestehen. Punkt d sagt darüber folgendes:

„Sehr effektiv... wird die Vernichtung der wichtigsten Staats- und Verwaltungsämter und ihres Personals sein... Zu den wichtigsten Besonderheiten der Atomwaffen gehört es, Menschenansammlungen vernichten zu können, und von dieser Besonderheit muß man zusammen mit ihren anderen Eigenschaften Gebrauch machen."

Schließlich interessierten die Planverfasser gewisse „Sondermaßnahmen". Unter Hinweis darauf, daß die UdSSR ihr Potential erhöhen und ihre Fähigkeit steigern könne, „sich gegen die USA zu verteidigen" (1), bekräftigten sie, daß Atomschläge gegen eine Reihe besonders wichtiger Ziele geführt werden müßten, nämlich:

„Schläge gegen das Industriepotential Rußlands an sich können nur dann einen wesentlichen Effekt haben, wenn sie in großem Umfang geführt werden. Die Zerstörung der wichtigsten metallverarbeitenden Betriebe oder so notwendiger Objekte wie Kraftwerke würde ihren jahrelangen Wiederaufbau erforderlich machen. Laut vorliegenden Aufklärungsangaben ist mit den verfügbaren Atombombenbeständen aber nur eine teilweise Zerstörung der Energiewirtschaft oder der Metallurgie möglich... Als die lohnendsten Ziele sind die aufgezählten Industrieobjekte sowie Spezialbetriebe für Massenvernichtungsmittel wie die Atomwaffen anzusehen."

Infolgedessen berichtete das Vereinigte Aufklärungskomitee den Chefs der Waffengattungen der USA:

„Die 20 lohnendsten Ziele für Atombomben sind eine Reihe gemischter In-

dustriegebiete, in denen Forschungszentren, Spezialbetriebe und die wichtigsten Regierungs- und Verwaltungsstellen am stärksten konzentriert sind. Ihre Wahl gewährleistet eine maximale Nutzung der Potenzen der Atomwaffen."

Auch wurde folgendes erläutert:

„1. In Anhang A sind 20 Stadtgebiete genannt, die als die bestgeeigneten strategischen Ziele für Schläge unter Einsatz von Atomwaffen empfohlen werden. Die Städte sind nach ihrer allgemeinen Wichtigkeit ausgewählt, mit Rücksicht auf 1) ihre Produktionskapazitäten, namentlich für den Bau von Flugzeugen und anderen Waffen, 2) das Vorhandensein von Staats- und Verwaltungsbüros und 3) das Vorhandensein von Forschungsinstitutionen..."

... Wir besitzen nur unvollständige Informationen über Lage und Funktionen der zur Akademie der Wissenschaften der UdSSR (Leitung in Moskau) gehörenden Forschungsanstalten. Diese Einrichtungen, die möglicherweise im Kontakt mit den führenden Universitäten arbeiten, sind die wichtigsten Forschungszentren. Es ist anzunehmen, daß sich ein großer Teil von ihnen in den für Bombenangriffe ausgesuchten Gebieten befindet."

Der Zynismus dieser Äußerungen hat nicht seinesgleichen, namentlich

Diese amerikanischen Dokumente von Ende 1945 enthalten einen Plan für einen Atomangriff auf 20 sowjetische Städte: Aus dem Bericht des Vereinigten Aufklärungskomitees Nr. 329 vom 3. November 1945.

ANNEX "A" TO APPENDIX "B"			
LIST OF RECOMMENDED URBAN TARGETS			
City	Estimated Population (sq. mi.)	Approx. Area (sq. mi.)	Industrial
Moscow	8,000,000	110.0	Primary target for atomic weapons. Includes: 1. Governmental administrative facilities; 2. Scientific research and development facilities; 3. Industrial facilities; 4. Residential areas; 5. Commercial areas; 6. Cultural and recreational areas; 7. Transportation facilities; 8. Public utilities; 9. Defense facilities; 10. Other facilities of strategic importance.
Gorki	640,000	13.5	Industrial facilities for the production of heavy machinery and electrical equipment.
Kuibyshev	500,000	12.6	Industrial facilities for the production of heavy machinery and electrical equipment.
Sverdlovsk	500,000	20.2	Industrial facilities for the production of heavy machinery and electrical equipment.
Novosibirsk	750,000	22.0	Industrial facilities for the production of heavy machinery and electrical equipment.



wenn man bedenkt, daß während die Generale ihre Pläne für die offiziellen amerikanischen Politiker aufstellten, diese wortreich die friedlichen Absichten der USA und deren Bestreben beteuerten, anderen Ländern, auch der UdSSR, zu helfen. Angesichts dieser Tatsachen gewinnt auch das heuchlerische Angebot der USA, den Marshall-Plan auf unser Land auszudehnen, einen bestimmten Sinn. Nicht helfen wollte Washington uns wirtschaftlich. Vielmehr dachte es nur daran, wie es unsere Wirtschaft möglichst schnell vernichten könnte!

## Kalkulation der Massenvernichtung

Die Berichte des Vereinigten Aufklärungskomitees Nr. 329 und 329/1, die der obersten Leitung der USA unterbreitet wurden, enthielten eine Liste der zu bombardierenden Ziele. Das ist eine merkwürdige Kalkulation der Massenvernichtung. Die Liste (Anhang A) hat vier Rubriken:

1. Name des Ziels
2. Schätzungsweise Einwohnerzahl
3. Annäherndes Areal
4. Industrielle/strategische Bedeutung.

Um unseren Dokumentarbericht nicht mit Zahlen zu überladen, bringen wir nur die ersten drei Rubriken\*.

Stadt	Schätzungsweise Einwohnerzahl	Annäherndes Areal in Quadratmeilen
Moskau	4 000 000	110,0
Gorki	644 000	13,5
Kuibyschew	500 000	12,6
Swerdlowsk	600 000	20,2
Nowosibirsk	750 000	22,0
Omsk	514 000	6,6
Saratow	376 000	8,8
Kasan	402 000	20,0
Leningrad	1 250 000	40,4
Baku	809 000	7,0
Taschkent	850 000	28,9
Tscheljabinsk	550 000	11,5
Nischni Tagil	160 000	17,3
Magnitogorsk	250 000	10,0
Molotow	255 000	5,7
Tbilissi	519 000	12,7
Stalinsk	169 000	10,8
Grosny	172 000	1,3
Irkutsk	243 000	11,5
Jaroslawl	298 000	14,0

\* Namen und Zahlen nach dem amerikanischen Dokument

Die eifrigen Statistiker im Pentagon versicherten dem Präsidenten und den Stabschefs der USA, bei einem Schlag gegen die 20 ausgewählten Ziele würde man vernichten:

„90% des Flugzeugbaus, 73% des Geschützbaus, 86% des Panzerbaus, 88% des LKW-Baus, 42% der Stahl-, 67% der Rohöl-, 65% der Benzin-, über 50% der Kugellager-, 25% der Aluminium-, 15% der Kupfer-, 44% der Zinkproduktion...“

Eins haben sich die Generale aber zu tun geniert: ein Fazit aus der zweiten Rubrik zu ziehen. Es lautet: **Atombomben sollten auf ganze 13 Millionen Einwohner der UdSSR, also auch auf Greise, Frauen und Kinder, fallen.**

## 196 Atombomben

Der Bericht Nr. 329 wurde im November 1945 abgefaßt und allem Anschein nach bald danach der obersten Führung zugeleitet. Daraufhin stellte das Vereinigte Aufklärungskomitee schon am 3. Dezember eine neue Variante seines Plans unter Nr. 329/1 vor. Darin sind, wie Peter Vischer, Sekretär des Komitees, erläuterte, die Ergänzungen und Wünsche von dessen Mitgliedern berücksichtigt. Was ist daran neu?

Die Aufgabe, 20 Ziele auszuwählen, ist geblieben. Die Voraussetzung — „der Einsatz von Atombomben gegen die UdSSR“ — ist bestätigt. Ebenso die Prinzipien für die Auswahl. Geändert haben sich nur einige Begleitelemente der beabsichtigten Operation, u. zw.:

— Zu den Teilnehmern von Kampfhandlungen gegen die UdSSR ist England gezählt. Für Bombenangriffe auf die UdSSR könnten Fliegerhorste in Großbritannien selbst, in seinen Pazifikbesitzungen und in allen von den USA und von England besetzten Gebieten benutzt werden;

— zusätzlich ist vorgesehen, daß ein Überfall auf die UdSSR nicht nur mit A-Bomben, sondern auch „gegen geeignete Ziele“ mit konventionellen Waffen ausgeführt werden soll.

Die Liste der 20 sowjetischen Städte war unverändert geblieben. Das blieb sie auch in einer Direktive des Vereinigten Komitees für Kriegsplanung vom 14. Dezember 1945 unter Nr. 432/D. In diesem Dokument waren jedoch wichtige Präzisionen vorgenommen. So hieß es da:

„Die einzige Waffe, die die USA zum Einsatz bringen können, um im Herzen der UdSSR entscheidende Wirkungen zu

erzielen, ist die von Weitsreckenflugzeugen beförderte Atombombe... Auf der Karte zu Anhang A... sind 20 Schlüsselindustriezentren der UdSSR und die Route der Transsibirienbahn, die wichtigste sowjetische Einbahnstrecke, eingezeichnet. Die Karte zeigt auch Standorte, von denen aus superschwere Bomber 17 von den 20 genannten Städten und die Transsibirienbahn erreichen können. Mit 196 Atombomben einschließlich einer 100prozentigen Reserve können die USA von den eingezeichneten Stützpunkten aus einen derart vernichtenden Schlag gegen die industriellen Quellen der sowjetischen Streitmacht führen, daß schließlich eine Entscheidung herbeigeführt werden könnte. Außerdem würde ein Belegen der Transsibirienbahn mit konventionellen Bomben materiell dazu beitragen, die sowjetischen Kriegsbemühungen abzuschwächen.“

Also: 196 Atombomben auf 20 sowjetische Städte!

Und schließlich enthält Punkt 15 dieses aufschlußreichen Dokuments einen Passus, der die Absichten des Pentagons restlos enthüllt. Er lautet:

„Zur Zeit ist die UdSSR nicht fähig, der US-Industrie ähnlichen Schaden zuzufügen. Wenn die Sowjets aber erst eine strategische Luftwaffe mit Bombern eines 5000-Meilen-Aktionsradius und die Atombombe haben, dann werden sie zurückschlagen können, und damit wird die jetzige enorme Überlegenheit der USA null und nichtig gemacht sein.“

Klarer kann man es nicht sagen: Man müsse sich beeilen, solange man noch eine „enorme Überlegenheit“ besitze.

## Getarnt und ungetarnt

Ein Leser, der die Gepflogenheiten der amerikanischen Politiker und Militärs kennt, mag fragen, ob in den zitierten Dokumenten nichts über die „sowjetische Bedrohung“ und die Notwendigkeit stehe, sich „vor einer sowjetischen Aggression zu schützen“. O doch, und das war wohl einer der frühesten Fälle, wo die aggressiven Pläne der USA gegen die UdSSR mit dem Lügenmärchen von der „sowjetischen Bedrohung“ getarnt wurden.

Tatsächlich haben die Leiter des Vereinigten Komitees für Kriegsplanung bei der Aufgabe, „das militärische und politische Potential der UdSSR zu schwächen“, hinzugefügt, man müsse das tun, „um die Sowjets unfähig zu machen, anderen Großmächten ihren Willen aufzuzwingen,



und um eine Weltherrschaft der UdSSR zu verhindern". In einem anderen Dokument wird behauptet, man rüste zu einem Atomschlag, um „eine sowjetische Aggression“, namentlich „eine Invasion in Westeuropa zu vereiteln“.

Man sieht unschwer, daß sich die Urheber dieser Dokumente mit solchen demagogischen Formulierungen nur bloßgestellt haben. Wie konnte man sagen, daß die UdSSR anderen ihren Willen aufzwingen wolle, wo sie damals (1945 und 1946) doch nur eins nachdrücklich forderte: daß die Dreimächtebeschlüsse von Jalta und Potsdam befolgt werden? Wie konnte man von einer „Weltherrschaft der UdSSR“ reden, wo diese doch alle Kräfte anspannte, um die zerstörte Wirtschaft wiederherzustellen? Übrigens kreuzten schon damals auf allen Meeren nicht sowjetische, sondern amerikanische und britische Kriegsschiffe.

Noch wichtiger und vielsagender ist etwas anderes: Die Verfasser der besagten Dokumente, die hier und da die damals aufkommende Floskel von der „sowjetischen Bedrohung“ einstreuten, widerlegten ihre eigenen Argumente. Hier ein Beispiel (aus Bericht 416/1):

„... mindestens in den nächsten 10 oder 15 Jahren wird das Bestreben“ (der UdSSR) „in Frieden innerpolitische Ziele zu verfolgen, stärker sein als die Absicht, außenpolitische Ziele zu erreichen, was mit dem Risiko eines Krieges verbunden sein könnte.“

„Die UdSSR wird in den nächsten

5—10 Jahren einen großen Konflikt möglichst vermeiden.“

In den amerikanischen Dokumenten steht schwarz auf weiß, daß die UdSSR keine Möglichkeiten hatte, die USA zu Lande, zur See oder in der Luft anzugreifen. Im Januar 1945 konstatierte der Vereinigte Aufklärungsstab:

„Das oberste Ziel der sowjetischen Außenpolitik ist es, die Sicherheit der UdSSR zu wahren und zu erhalten.“

Die Verfasser des betreffenden Dokuments verneinten es eindeutig, daß die UdSSR nach der Weltherrschaft strebe, sie schrieben, sie könne keinen Krieg mit den USA führen (Bericht Nr. 250/1 vom 31. Januar 1945). Dieser Meinung war auch die Abteilung Spezialplanung beim Kriegsministerium, die gegen Kriegsende eingerichtet wurde, um die Nachkriegsperspektiven der US-Streitkräfte einzuschätzen.

Mehr noch, in Dokumenten nur für den internen Gebrauch schrieb die oberste militärische und politische Führung der USA klipp und klar, daß diese zum **Erstschlag** bereit sein müßten. So hieß es in der Direktive des Komitees der Vereinigten Stabschefs Nr. 1496/2:

„Wir können nicht zulassen, daß uns infolge einer irreführenden und gefährlichen Idee, wir hätten eine aggressive Haltung zu vermeiden, der erste Schlag versetzt wird. Unter solchen Umständen muß unsere Regierung rasch eine politische Entscheidung treffen und zugleich alles dafür vorbereiten, daß wir

selbst erforderlichenfalls den ersten Schlag führen.“

Das war die wirkliche Absicht der Regierung Truman. Schon lange gehört der Gedanke an einen Präventivkrieg unlösbar zu den militärischen und politischen Auffassungen der USA. Mit dem Entstehen der A-Bombe aber wurde er zum Kern der Kriegsplanung.

Der schon genannte amerikanische Historiker Michael Sherry fand im Archiv ein aufschlußreiches Schriftstück: eine Denkschrift Goldthwaite Dorrs, eines Beraters und Freundes von Kriegsminister Henry Stimson, vom 8. Juni 1945. Zu der Forderung nach einem „harten Kurs“ der UdSSR gegenüber äußerte Dorr:

„Ich begreife nicht, wie wir von den Russen Toleranz für das kapitalistische System und dafür verlangen können, daß es sich in irgendeinem Gebiet etabliert, wenn wir nicht auch Toleranz für die sozialistische Wirtschaftsform an den Tag legen!“

Dorr bezweifelte, daß die Behauptung von einer „sowjetischen Bedrohung“ begründet sei. Er schrieb: „Die sozialistische Wirtschaft ist von Natur aus weniger aggressiv als die kapitalistische, weil sie auf Selbstversorgung abgestellt ist.“ Das Sowjetvolk habe die britisch-amerikanische Intervention in Murrnansk und Ostsibirien und auch die vielen Versuche nicht vergessen, um die UdSSR einen „Sanitätskordon“ zu ziehen.

Und noch eine Äußerung von Personen, von denen man bestimmt nicht sagen kann, sie seien Freunde der UdSSR: von General Lucius Clay, dem Vertreter der USA im Kontrollrat in Deutschland, und seinem politischen Berater Robert Murphy. Nach Durchsicht der Schriftstücke, in denen die „sowjetische Bedrohung“ ausgemalt war, schrieb Murphy:

„Ich möchte betonen, daß ... wir nie an die Gefahr einer sowjetischen Aggression geglaubt haben und auch jetzt keinen Augenblick daran glauben. Ich bin überzeugt, daß die Russen am allerwenigsten auf einen baldigen und großen Krieg ausgehen.“

Tatsache ist, daß das Schreckgespenst einer „sowjetischen Bedrohung“ jetzt ebenso wie 1945 nur Tarnung für eine wirkliche, eine imperialistische Aggression dient. Nicht umsonst schrieb später, im kalten Krieg, das einflußreiche „Harper's Magazine“ sarkastisch:

„Die russische Bedrohung bietet uns einen fast hieb- und stichfesten, äußerst glücklichen Vorwand dafür, etwas zu tun, was wir sowieso unter allen Umständen getan hätten.“

(Schluß folgt)

„NEUE ZEIT“

8-80



## NACHRUf

Alexander Smirnow, bis vor kurzem ständiger Berichterstatter unserer Zeitschrift in Peru, ist im Alter von 39 Jahren von uns gegangen. Wir alle haben einen schweren Verlust zu beklagen.

Alexander Smirnow trat früh ins Arbeitsleben ein, wurde Elektromonteur, dann folgten der Dienst in der Sowjetarmee und ein Studium an der Moskauer Universität und am Moskauer Institut für internationale

Beziehungen neben seiner Arbeit in der Druckerei. Alexander Smirnow war bei Rundfunk und Fernsehen, für die Presseagentur Nowosti und unsere Zeitschrift schöpferisch tätig.

Als Korrespondent in lateinamerikanischen Ländern hat Alexander Smirnow viel zur Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Völkern dieses Kontinents beigetragen. Seine Korrespondenzen zeugten von tiefer Sympathie für die Werktätigen, für alle fortschrittlichen Menschen Lateinamerikas.

Die Mitarbeiter unserer Zeitschrift nehmen Abschied von einem bescheidenen und stets hilfsbereiten Kollegen, von einem kommunistischen Journalisten, der stets mit hohem Verantwortungsbewußtsein an jede ihm übertragene Aufgabe ging, von einem Kollegen, der sich in den sechs Jahren, die er in unserem Kollektiv tätig war, Ansehen und Achtung erworben hat.



Vor noch nicht langer Zeit war ich im sowjetischen Mittelasien und habe festgestellt, daß die Usbeken und die anderen dortigen Völker ihre Muttersprache und nicht Russisch sprechen. Mischehen sind dort sehr selten. Zeugt das nicht davon, daß die Nationalitätenpolitik der Sowjetmacht unwirksam ist!

Robert DUFY  
Paris



Es diskutiert  
das Mitglied  
des NZ-  
Redaktionskollegiums  
Albert  
PIN

In anderen Gebieten unseres multinationalen Landes hätten Sie, werter Herr Dufy, das gleiche feststellen können. Die Esten, Letten, Armenier, Georgier, Moldauer, Ukrainer, Jakuten, Nenzen usw. gebrauchen untereinander ihre Muttersprachen, und das ist auch nur natürlich. Sie aber wollen darin offenbar ein Versagen der Nationalitätenpolitik des Sowjetstaates erblicken, wahrscheinlich aus ungenügender Kenntnis unserer Wirklichkeit.

Jahrzehntelang zeternten die Gegner der Sowjetmacht, daß die Völker der ehemaligen Randgebiete unseres Landes gewaltsam russifiziert würden, daß man ihre Kultur auslösche. Dabei hat gerade die Sowjetmacht die Gleichstellung der Völker nicht nur verkündet, sondern auch alles getan, die vom Zarismus überkommene wirtschaftliche und kulturelle Ungleichheit zu überwinden, d. h. die schwächer entwickelten Völkernationen und Bevölkerungsgruppen auf das Niveau der vorgeschrittenen zu bringen. Sehr viele Lehrer, Ärzte und Wissenschaftler gingen in den ersten Jahren der Sowjetmacht nach weltabgeschiedenen Gegenden, auch nach dem hohen Norden. In den ehemaligen Randgebieten entstanden die ersten Hochschulen, über 40 Völkernationen bekamen erst eine Schrift und besitzen jetzt Hochsprachen. In unseren mittelasiatischen Republiken könnten Sie sich von ihren großen Fortschritten in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur überzeugen. Es genügt zu sagen, daß in Mittelasien und Kasachstan, wo es vor der Oktoberrevolution nur einige wenige Schulen gab und fast die ganze Bevölkerung weder lesen noch schreiben konnte, jetzt 500 Fach-, 115

Hoch- und über 26 300 allgemeinbildende Schulen bestehen.

Niemals sind die gut 100 Völker und Nationalitäten, die in der UdSSR leben, gezwungen worden, russisch zu sprechen. In allen Unions- und Autonomen Republiken, ja auch in den Autonomen Gebieten und Nationalen Kreisen wird der Schulunterricht in der Muttersprache der Kinder gehalten. In diesen Sprachen erscheinen Zeitungen und Zeitschriften, werden Funk- und Fernsehprogramme ausgestrahlt. In der Gebirgsrepublik Dagestan z. B., die nur etwas mehr als 1,6 Millionen Einwohner hat, erscheint die Presse in sieben Sprachen: awarisch, darginisch, lakisch, kumykisch, lesginisch, tabasaranisch und tatisch. Das kulturelle Leben in der UdSSR ist ohne die multinationale Literatur, Bühnen- und Filmkunst nicht mehr vorstellbar. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Sowjetbürger aller Nationalitäten in Staatsämtern und bei gesellschaftlichen Organisationen ihre Muttersprache sprechen dürfen und es auch tun.

Die UdSSR hat nicht eine einzelne Amtssprache. Die Völkernationen und Nationen verständigen sich aber russisch miteinander. Das Russische spielt bei der Festigung der brüderlichen Freundschaft und Zusammenarbeit aller sowjetischen Völker eine wichtige Rolle, es befähigt sie, an

den Schätzen der Landes- und der Weltkultur teilzuhaben. Aufschlußreich ist, daß bei der Volkszählung von 1970 41,9 Millionen Angehörige verschiedener Nationalitäten als zweite Sprache, die sie beherrschen, das Russische angaben, bei der neuesten Volkszählung (1979) aber 61,3 Millionen. Indessen betrachten 93,1% der Landesbevölkerung die Sprache ihrer Nationalität als ihre Muttersprache. Das kann man doch gewiß keinen Fehlschlag der sowjetischen Nationalitätenpolitik nennen!

Auch mit den Mischehen ist es bei uns nicht so, wie Sie sich das vorstellen. Laut Volkszählung von 1970 (die Angaben der neuesten haben wir nicht vorliegen) wurden in der UdSSR über 7,9 Millionen solche Ehen geschlossen, um 5,5 Millionen mehr als 1959. Diese Zahlen stehen für die Schicksale von Menschen, die sich der alten Gepflogenheiten und Vorurteile entledigt haben. Sie drücken die Bildung neuer Charaktere und eine neue Einstellung zu Liebe und Ehe aus. Der unverkennbare Trend zur Zunahme der Mischehen in den letzten Jahren zeugt eindeutig davon, wie sich die sozialen, wirtschaftlichen und geistigen Fortschritte des multinationalen Sowjetstaates auf die Mentalität und die Beziehungen der Menschen auswirken.



Unter den Nichtmitgliedstaaten der UNO stieß ich auf die Republik Nauru. Was ist das für ein Staat?

J. KASANZEW  
Ufa, Baschkirische ASSR

Die Republik Nauru liegt auf der gleichnamigen Insel im Südwestpazifik. Fläche — ca. 22 km<sup>2</sup>, Bevölkerung — über 7000.

Die Insel wurde 1798 von den Engländern entdeckt und Ende des 19. Jh. von Deutschland besetzt. Nach dem ersten Weltkrieg gelangte Nauru — als Mandatsgebiet an Großbritannien, Neuseeland und Australien, und seit 1947 ist es UNO-Treuhandgebiet unter Leitung dieser Staaten. 1966 erhielt die Insel die Selbstverwaltung, und am 31. Januar 1968 proklamierte Nauru die Unabhängigkeit. Die Republik Nauru wird von einem für drei Jahre gewählten Präsidenten geleitet.

Hauptreichtum der Insel sind

die Phosphorite, deren Förderung 1970 vom Staat übernommen wurde. Die Jahresförderung dieser Mineralien beläuft sich auf 2 bis 2,5 Mio t. Die mehr als 60 Jahre, in denen die British Phosphat Nauru ausbeutete, haben dazu geführt, daß auf einem Drittel des Inselgeländes kein Leben mehr möglich ist. Mitte der 60er Jahre schlug der Treuhandschaftsrat sogar vor, die Bevölkerung Naurus zu evakuieren, da der intensive Abbau der Phosphorite zu einer Zerstörung der Insel führen könnte. Doch die Insulaner wollten ihre Heimat nicht verlassen. Jetzt muß Boden herbeigeschafft werden, um die entstandenen Gruben zu zuschütten.



# PS

## ...wachsen auf einem Holz

Der amerikanische Hotelkonzern Hyatt hat aus seinen Gaststätten sowie tische Spezialitäten wie Kaviar und Wodka verbannt. Der Multimillionär und Hyatt-Präsident Pat Foley hat erklärt: „Das ist einfach eine Sache unseres Nationalstolzes.“ Ebenso wie US-Präsident Carter wolle er Moskau für dessen Hilfe an Afghanistan „bestrafen“. Ob Foley in Zukunft auch zu Fuß gehen oder die Perserteppiche aus seiner Villa verbannen will? Öl und Teppiche kommen schließlich aus dem Iran.

## Rhinoze- und andere Rösser



Vor den außertourlichen Parlamentswahlen in Kanada entwickelten die Kandidaten der sogenannten Rhinocerospartei, für die bei den vorjährigen Wahlen 63 000 Stimmen abgegeben wurden, eine rege Betriebsamkeit. Ihr Ehrenvorsitzender ist das Rhinoceros Cornelius I. aus dem Zoo in Granby. Das Programm seiner Anhänger ist ebenso extravagant wie der Parteiname. Im Wahlkampf forderte ein Kandidat, daß in der Armee einfache Soldaten in den Generalsrang befördert werden. Weiter kandidierte für die Partei ein achtjähriges Schulmädchen. Die Partei will, daß mit Kernenergie betriebene Zahnbürsten eingeführt werden. Sie bezieht ihre Einkünfte

hauptsächlich aus der Ablieferung leerer Bierflaschen.

## Kompagnons



Als entdeckt wurde, daß vom Postspeicher in Burmondsy (England) immer mehr Pakete verschwinden, schlug die Polizei Alarm. Zwei Männer wurden festgenommen. Der eine bekam Bewährungsfrist, der andere nur eine Geldstrafe. Bald darauf traten die Polizisten, die sie festgenommen hatten, mit ihnen in Kontakt und boten ihnen ihre Teilhaberschaft an. Von da an arbeiteten die Diebe unter Polizeischutz und bekamen zum Abtransport der Beute sogar Polizeiautos. Nach dem Verkauf der „Sore“ teilten sie den Erlös mit den Kompagnons.

## Taubensegen

Seit einigen Jahren müssen zwei Aufräumer jeden Morgen die Freitreppe beim Kongreß von Oklahoma von den Spuren säubern, die Tauben und Stare dort zurückgelassen haben. Man hat schon alles versucht, um die Vögel abzuschrecken, hat die Stufen mit Spikes bedeckt, mit einer klebrigen Masse überzogen usw., aber vergebens. Auf den Rat eines Fachmanns stellte man rings um das Portal 48 ausgestopfte Schlangen mit aufgerissenen Mäulern auf, und die Stare fielen

tatsächlich auf sie herein. Die Tauben haben sich aber nicht täuschen lassen, und jetzt witzeln die Leute, ob man nicht aus Washington, aus dem US-Kongreß, ein paar „Falken“ kommen und auf die Tauben loslassen soll.

## „Wir haben's ja!“

Ein SS-Mann, der in Holland 45 Geiseln niederschöß, wurde 1949 zum Tode verurteilt und später zu einer Freiheitsstrafe begnadigt, die 1960 abließ. In die Bundesrepublik zurückgekehrt, beantragte er sofort eine Entschädigung als ehemaliger Kriegsgefangener. Darauf bewilligte man ihm „bis auf weiteres“ die Entschädigung und zahlte ihm mit der Zeit rund 100 000 DM aus. Noch später wurde ihm eine Rente als ehemaligem Beamten der Kriminalpolizei von Bremen ausgesetzt. Als die Sache ruchbar wurde, verlangte die Senatskommission für das Personalwesen schließlich, daß von seiner Rente die widerrechtlich bezogenen 100 000 Marker einbehalten werden. Vorläufig ist aber alles beim alten geblieben. In Bremen scheint es einflußreichere Leute als die Senatoren zu geben.

## Mit Geduld und Spucke



In Eaglehawk (Australien) fanden sich über 200 Sportler zu den Weltmeisterschaften im Fliegenfangen ein. Das Wetter war aber ungünstig, es wehte ein starker Wind. Die Sportler nahmen im Freien an Tischen Platz, an jedem zwei einander gegenüber, aber sie konnten noch so gut in Form sein, es nützte ihnen nichts. Immerhin konnte der Sieger, John Turner, der sich eine Flie-

genklappe gebastelt hatte, 79 Fliegen zur Strecke bringen. Zweiter wurde ein Rivale, der es auf 76 brachte.

## Eine schlagfertige Dame



Zwei Einbrecher stießen in einer Kirche von Drammen (Norwegen), in die sie eingestiegen waren, auf eine 70jährige Nonne und glaubten, sich ihretwegen nicht aufhalten lassen zu müssen. Da hatten sie sich aber verrechnet. Die alte Dame schlug den einen mit einem Faustschlag nieder, und der riß im Fallen den anderen mit.

## Immer auf der Höhe

Beamte des Büros zur Bekämpfung des Drogenschmuggels, die im Staate Florida eingesetzt sind, fahren Luxusautos und haben moderne Flugzeuge und Schnellboote zu ihrer Verfügung. Die kostspieligen Verkehrsmittel haben sie bei geschnappten Schmugglern beschlagnahmt. Wie die „Time“ schreibt, verlieren sie aber trotzdem im „technischen Krieg“ gegen die Gangster, weil die immer noch modernere Verkehrsmittel benutzen. Wenn ihnen z. B. zweimotorige Flugzeuge abgenommen worden sind, so schaffen sie sich viermotorige an. Das können sie sich ohne weiteres leisten, denn nach Angaben des Büros werden über Florida jedes Jahr Drogen für mehr als 3 Md. Dollar eingeschmuggelt.

Zeichnungen:  
V. Trintschenko

NEUE ZEIT

НА НЕМИЦКОМ ЯЗЫКЕ

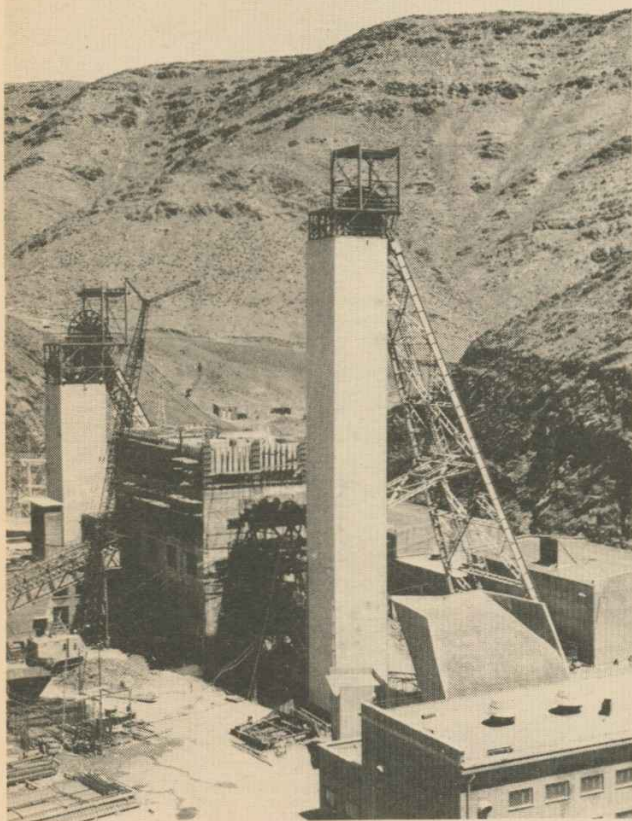
„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ





Die Unionsvereinigung „Tsvetmetpromexport“ leistet technische Hilfe bei Entwicklungs-, Forschungs-, Bau- und Montagearbeiten, liefert Ausrüstungen, stellt Anlagen auf, setzt sie in Betrieb und bildet Kader im In- und Ausland aus. Ihre Fachgebiete sind:



### NE-METALLURGIE —

BAU VON BERGWERKEN, GRUBEN, AUFBEREITUNGSANLAGEN UND HÜTTENWERKEN (ZUR PRODUKTION VON BLEI, KUPFER, ZINK, ALUMINIUM UND ANDEREN NE-METALLEN), BEARBEITUNGSWERKEN FÜR NE-METALLE (ALUMINIUM, BLEI u. a.), WERKEN FÜR DIE ERZEUGUNG VON HALBLEITERSTOFFEN (SILIZIUM, GERMANIUM u. a.);

### KOHLEINDUSTRIE —

BAU VON KOHLEGRUBEN, SCHACHTANLAGEN, KOHLEAUFBEREITUNGSANLAGEN;

### GAS- UND ERDÖLINDUSTRIE —

BAU VON FERNGASLEITUNGEN, GASPUMPANLAGEN, KOMPLETTEN GASTURBINENAGGREGATEN, GAS- UND BENZINWERKEN, ÖL-PIPELINES, PUMPANLAGEN, ÖLBUNKERN.

Unsere Anschrift:

UdSSR, Moskau, 113324, Owtschinnikowskaja nab., 18/1;  
V/O TSVETMETPROMEXPORT

Telegrammadresse: Moskau, Tsvetmetpromexport

Ruf: 220-18-61

Telex: 7158

# TSVETMETPROMEXPORT



## Im Objektiv: ÖSTERREICH



Internationale Kongreßzentrale an der Donau



Wiener Studenten demonstrieren  
für bessere Lebens- und  
Studienbedingungen

Wien, Altstadt



Mozart-Denkmal



Die Barockpaläste Österreichs lassen uns an die anmutigen Mozartsonaten und die gastlichen Österreicher, an die reizenden Straußwalzer denken.

Das schöne Wien, das einst als Weltzentrum der Musik galt, weist heute neue Züge auf. Dort haben jetzt mehrere internationale Organisationen ihren Sitz, finden zahlreiche internationale Foren statt. Das ist die Hauptstadt eines neutralen Staates, der freundschaftliche Beziehungen zu den meisten Ländern unterhält. Das neue Wien kündigt von Entspannung, gutem Willen und friedlicher Zusammenarbeit.

In Salzburg



Fotos: TASS



Blick auf Badgastein